JN
3970
N3A43

UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 01592347 7

Programmatische Kundgebungen

der

Nationalliberalen Partei

HANDELSKAMMER HALLE a. S.
4538

1866–1909

Berlin W.
Buchhandlung der Nationalliberalen Partei
1909

JN
3970
N3A43

Erstes Programm des Nationalvereins. 14. August 1859.

Die augenblicklichen gefährlichen Zustände Europas und Deutschlands und das Bedürfnis, politische Parteiforderungen der großen gemeinsamen Aufgabe der deutschen Einigung unterzuordnen, haben eine Reihe Männer, welche teils der demokratischen, teils der konstitutionellen Partei angehören, aus verschiedenen deutschen Ländern zusammengeführt, um sich über die Herbeiführung einer einheitlichen deutschen Verfassung und die zur Erreichung eines solchen Zieles erforderliche gemeinschaftliche Tätigkeit zu verständigen.

Dieselben haben im Anschluß an die Eisenacher Erklärung vom 17. und die Hannoversche Erklärung vom 19. Juli 1859 über folgende Punkte sich vereinigt:

I. Wir erblicken in der gegenwärtigen politischen Weltlage große Gefahren für die Unabhängigkeit unseres deutschen Vaterlandes, welche durch den zwischen Oesterreich und Frankreich abgeschlossenen Frieden eher vermehrt, als vermindert worden sind.

II. Diese Gefahren haben ihren letzten Grund in der fehlerhaften Gesamtverfassung Deutschlands, und sie können nur durch eine schleunige Aenderung dieser Verfassung beseitigt werden.

III. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß der deutsche Bundestag durch eine feste, starke und bleibende Zentralregierung ersetzt und daß eine deutsche Nationalversammlung einberufen werde.

IV. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können die wirksamsten Schritte zur Erreichung dieses Zieles nur von Preußen ausgehen; es ist daher dahin zu wirken, daß Preußen die Initiative dazu übernehme.

V. Sollte Deutschland in der nächsten Zeit von außen wieder bedroht werden, so ist bis zur definitiven Konstituierung der deutschen Zentralregierung die Leitung der deutschen

Militärkräfte und die diplomatische Vertretung Deutschlands nach außen auf Preußen zu übertragen.

VI. Es ist Pflicht eines jeden deutschen Mannes, die preußische Regierung, insoweit ihre Bestrebungen davon ausgehen, daß die Aufgaben des preußischen Staates mit den Bedürfnissen und Aufgaben Deutschlands im wesentlichen zusammenfallen, und soweit ihre Tätigkeit auf die Einführung einer starken und freien Gesamtverfassung Deutschlands sich richtet, nach Kräften zu unterstützen.

VII. Von allen deutschen Vaterlandsfreunden, mögen sie der demokratischen oder der konstitutionellen Partei angehören, erwarten wir, daß sie die nationale Unabhängigkeit und Einheit höher stellen, als die Forderungen der Partei, und für die Erreichung einer kräftigen Verfassung Deutschlands in Eintracht und Ausdauer zusammmenwirken.

Eisenach, den 14. August 1859.

R. v. Bennigsen, Gutsbesitzer aus Hannover. Dr. Jul. Frese aus Berlin. G. C. Schüler aus Jena. Aug. Lammers aus Hannover. E. Jacobs aus Gotha. J. Streit, Advokat in Coburg. Dr. H. G. Plitt aus Lübeck. H. V. v. Unruh aus Berlin. Dr. Habicht aus Dessau. Th. Winter aus Leipzig. H. Hering aus Eisenach. Dr. B. Jäger aus Hirschberg i. S. Fr. Duncker aus Berlin. W. Albrecht aus Hannover. C. Breusing aus Osnabrück. Dr. E. Brockhaus aus Leipzig. Adv. Siegel aus Dresden. H. Fries aus Weimar. E. Lucius aus Braunschweig. A. Reuß, Redakteur in Nürnberg. Dr. Fr. Zabel, Redakteur der Nationalzeitung in Berlin. J. Katzenstein, Advokat in Eisenach. L. Cretzschmar, Gutsbesitzer in Rödelheim. Dr. Taschner aus Eisenach. A. L. v. Rochau. Fr. Henneberg aus Gotha. H. Schulze aus Delitzsch. A. Metz aus Darmstadt. Dr. S. Müller aus Frankfurt. J. Hoffmann aus Eisfeld. Dr. Kreuznacher, Advokat in Eisenach.

Ansprache vom 27. September 1866.

Die zwei bedeutenden Abstimmungen über die Indemnität und die Anleihe veranlassen uns, vor dem Lande die Gesichtspunkte darzulegen, von denen wir bisher geleitet worden sind und denen wir ferner zu folgen gedenken.

Für unsere dringendste Aufgabe in der außerordentlichen Session hielten wir, der Regierung in ihrer auswärtigen Politik den vollen Beistand der Landesvertretung zu verschaffen. In dem kraftvoll geführten Kriege und seinen

Erfolgen sehen wir den ersten glücklichen Anfang zu einer wahren Einigung des deutschen Vaterlandes.

Die Erweiterung des preußischen Gebietes und die Unterordnung des Nordens unter die Führung Preußens sind für immer berechnet; die Trennung des Südens aber soll nur zeitweilig und nicht länger andauern, als die zwingende Macht der widerstrebenden Verhältnisse. Leicht erkennbare Gefahren bedrohen auch in Zukunft den vorgezeichneten Fortschritt und selbst das schon erreichte Ziel. Ihnen gegenüber war es die heiligste Pflicht der Volksvertretung, ungesäumt bei der ersten und bei jeder folgenden Gelegenheit vor aller Welt den Beistand zu bekunden, auf welchen jede Regierung in Preußen rechnen darf, soweit sie die deutsche Einheit gegen fremden Eingriff und heimische Sonderinteressen vorzubereiten und die Stärke der gesamtdeutschen Macht zu erhöhen bestrebt ist. Auf das Zutrauen, daß unter der gegenwärtigen Leitung der auswärtigen und militärischen Angelegenheiten das Streben dahin gerichtet ist, hat die Regierung einen unabweisbaren Anspruch erworben.

Unverträglich mit einer solchen Kundgebung, unverträglich mit den brennendsten Bedürfnissen des Vaterlandes war der schwere Konflikt der vergangenen Jahre, neben welcher die Eintracht zwischen Regierung und Volksvertretung nirgend zu erreichen und jeder tatkräftige Beistand des Landtags ausgeschlossen war. Glücklicherweise hatten die Taten des Volkes in Waffen und die veranlassenden Verdienste der Regierungspolitik einige Ursachen des Streites gänzlich weggeräumt, andere zurzeit zurückgedrängt. Das Anerkenntnis des Geschehenen war der Ausspruch der Indemnität, welcher zugleich die Mitwirkung der Landesvertretung vorbereitete.

In der Anleihe galt es, der Regierung die Mittel, ohne welche sie nicht glaubte die volle Verantwortlichkeit für die weitere Durchführung der Aufgabe Preußens übernehmen zu können, im zweckentsprechenden Maße zu gewähren und gegen die Bewilligung Bürgschaften zu erlangen, welche die Rechte des Volkes vermehren und die älteren Rechte mit besseren Schutzmitteln versorgen, ohne hierdurch der Leitung irgend einen Grad von Kraft zu entziehen.

Die Wachsamkeit über die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes, von denen keines aufgegeben und keines verkürzt werden darf, hat die ganze entschieden liberale Partei auch in dieser Session stets einig gefunden und von anderen Parteien gesondert. Dasselbe Band wird auch in Zukunft ihr gemeinsames Merkmal bleiben. Trotz des Vertrauens zu der umsichtigen und hochstrebenden Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und zu dem energischen Schutze der preußischen Macht

und des preußischen Berufs, trotz des Zeichens der Versöhnung in der Amnestie, ist in der inneren Verwaltung des Landes noch nicht die Wendung gesichert, welche auch hier uns gestattete, die Schritte der Regierung mit Vertrauen zu begleiten. Wir fühlen die Pflichten einer wachsamen und loyalen Opposition auf uns ruhen und glauben sie nicht bloß den Rechten des preußischen Volkes zu schulden, sondern auch der Zukunft Deutschlands zu widmen, wenn wir dem Schaden vorzubeugen streben, mit welchem eine mißliebige Regierungsweise im Innern des Landes selbst die Erfolge der auswärtigen Politik bedroht, indem sie das harmonische Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung gefährdet, den innigen Zusammenschluß der älteren und neuen Landesteile und den Anschluß des übrigen Deutschland an Preußen erschwert. Neben der gerüsteten Macht und dem Ansehen der Waffen bedarf es einer freisinnigen Verwaltung. In der Mischung beider Elemente, in der Ausbildung der lange schon vorbehaltenen organischen Gesetze und in der Selbstverwaltung als Grundlage des Gemeindewesens erkennen wir den geraden Weg zur höchsten Bedeutung Preußens und zu seiner Herrschaft in Deutschland.

Das ist der Sinn unserer Unterstützung und unserer Opposition. Doch sind wir fest entschlossen, so lange uns in diesem Sinne zu wirken vergönnt ist, die Opposition nicht hinübergreifen zu lassen auf das Gebiet der gebilligten deutschen Politik. In dem großen Moment des erstarkten und sich verwirklichenden Einheitsdranges halten wir keine Partei und keine Maßregel berechtigt, welche der deutschen Entwicklung Hindernisse bereitet oder die möglichen Förderungsmittel versagt.

Von solchen Gründen wurde unser Verhalten bestimmt, und so meinen wir unsere Mandate am besten zu verwalten.

Berlin, im September 1866.

Aegerter. Berger (Posen). v. Bockum-Dolffs. Cetto. Frank. Hammacher. v. Hennig. Hinrichs. John (Labiau). Kannegießer. Lasker. Lautz. Lent. Lette. Lüning. Metzmacher. Michaelis (Stettin). Pieschel. Rautenstrauch. Reichenheim. Röpell. Techow. Twesten. v. Unruh.

Aufruf zur Wahl des Konstituierenden Norddeutschen Reichstages.

(Aufruf des vom Linken Zentrum und der Fortschrittspartei unterm 12. November eingesetzten gemeinsamen Zentralwahlkomitees, dem von der im Entstehen begriffenen nationalliberalen Partei Hennig, Lasker, Michaelis, Siemens, Unruh u. A. angehörten.)

Die denkwürdigen Ereignisse dieses Jahres haben der nationalen Entwicklung Deutschlands eine neue Bahn angewiesen.

Die Bevölkerung wird durch die Ausschreibung der Wahlen zum norddeutschen Parlament in Kürze aufgerufen werden, an der Neugestaltung des Vaterlandes tätig mitzuwirken. Alle Männer liberaler und nationaler Gesinnung sind darum verpflichtet, nach besten Kräften zu wirken, daß in den durch das Wahlgesetz angeordneten allgemeinen und direkten Wahlen der Wille des Volkes zu seinem wahren Ausdruck gelange. Bei der Neuheit der direkten Wahlen wird es ihrer energischen Tätigkeit bedürfen, damit nicht durch den Einfluß der entgegenstehenden Parteien eine für die Geschicke unserer Nation verhängnisvolle Zusammensetzung des Parlaments bewirkt werde.

Die Unterzeichneten sind deshalb zu einem Zentralwahlkomitee zusammengetreten, um in dem ganzen Gebiete des norddeutschen Bundes die freie Vereinstätigkeit für die Wahlen zum Parlamente anzuregen und sich den einzelnen Kreis-Komitees als Vermittler für die gemeinsamen Angelegenheiten und Interessen anzubieten.

Nach den Waffenerfolgen des preußischen Heeres kann über den Beruf Preußens zur Führerschaft in dem zu errichtenden nationalen Gemeinwesen kein Streit mehr sein. Damit ist ein großer Schritt getan zur Erreichung des Zieles, welches die nationale Partei seit Jahren erstrebt hat. Aber die preußische Regierung allein hat es nicht vermocht, den berechtigten Anspruch der ganzen deutschen Nation auf Einigung zu verwirklichen. Sie hat ihre Aufgabe darauf beschränkt, den norddeutschen Bund herzustellen und für diesen ein Parlament zu schaffen. Am Volke wird es nun sein, durch das Parlament den norddeutschen Bund derart zu gestalten, daß derselbe baldigst zum Gesamtstaat deutscher Nation erweitert werden könne. Hierzu gehört auf der einen Seite die Uebertragung einer wirklichen Regierungsgewalt an die Krone Preußen in bezug auf die militärischen, diplomatischen, Zoll-, Handels- und Verkehrs-Angelegenheiten, auf der anderen Seite sind dem Parlamente in bezug auf Budget und Gesetzgebung des neuen Bundes entscheidende Befugnisse, dem Volke ein gemeinsames deutsches Bürgerrecht und die Selbstverwaltung in allen nicht gemeinsamen Angelegenheiten sicher zu stellen.

Die Einheit, die Freiheit und die Größe unseres deutschen Vaterlandes ist also unser Ziel: Mit Männern, die dieses Ziel auf dem Boden der einmal gegebenen Tatsachen mit uns erstreben wollen, sind wir bereit, in rüstiger Arbeit vorzugehen, unbekümmert um solche Meinungsverschiedenheiten, welche in der Erreichung des großen gemeinsamen Zieles ihre Ausgleichung finden werden.

Wahlaufruf

des Nationalvereins vom 16. November 1866.

Die Nationale Partei hat folgenden Aufruf an die Vereinsgenossen beschlossen: „Durch die Ereignisse des Krieges und den Inhalt des Friedens ist, wie in den öffentlichen Zuständen unseres Vaterlandes, so im Geiste des deutschen Volkes eine Revolution hervorgebracht, welche in das politische Parteileben überhaupt und insbesondere in das des Nationalvereins tief eingegriffen hat. Monatelang durch den Druck übermächtiger Tatsachen in seiner Bewegung gehemmt, hat der Nationalverein, wie die Nation selbst, auch nachdem die Bahn wieder frei geworden, längere Zeit gebraucht, sich zu sammeln und innerhalb der neuen Lage der Dinge Stellung zu nehmen. Während dieser inneren Arbeit, die auch heute noch nicht als vollendet angesehen werden kann, sind wir dem Ende des Jahres so nahe gekommen, daß der Ausschuß von der Einberufung der Generalversammlung für diesmal absehen zu müssen glaubt, um so mehr, als mit dem Zusammentreten des Parlaments des Norddeutschen Bundes ein Zeitpunkt bevorsteht, wo die Regierungspolitik mit ihren Verfassungsplänen deutlicher hervortreten muß als bisher, wo ein sicheres Urteil über die Bedeutung des Parlaments möglich wird, und wo also der Verein mit besserer Kenntnis der Sache, als im jetzigen Augenblicke, seine Entschlüsse wird fassen können. Angesichts der Wirksamkeit eines aus unmittelbarer Volkswahl hervorgegangenen Organs des Nationalwillens werden alsdann unsere Vereinsgenossen durch die Generalversammlung sich darüber entscheiden können, ob sie, unter wesentlich veränderten Umständen, die nationale Arbeit, der sie sich gewidmet haben und niemals entziehen werden, in der Form des Nationalvereins fortzusetzen gesonnen sind. Unterdessen aber ist es die Hauptaufgabe des Vereins, seine volle Tätigkeit auf die Parlamentswahlen zu richten, welche in naher Aussicht stehen. In allen Ländern des Norddeutschen Bundes wird der Verein seine Kräfte aufzubieten haben, um im Anschluß an verwandte Organisationen, die Wahl von Männern durchzusetzen, deren nationale Gesinnung und politische Vergangenheit Bürgschaft dafür leistet, daß sie als Mitglieder des Parlaments im Dienste der Nationalsache ihre Schuldigkeit tun, und namentlich für die Freiheitsrechte des deutschen Volkes mit Hingebung und Nachdruck eintreten werden. Die oberste Forderung der nationalen Pflicht aber geht dahin, daß von seiten des Parlaments selbst alles geschehe, damit der Norddeutsche Bund erweitert werde zum Reiche der gesamten deutschen Nation. Die Bildung von Wahlausschüssen und die Aufstellung

geeigneter Kandidaturen darf keinen längeren Aufschub leiden, wenn das Wahlergebnis nicht dem Zufall oder der größeren Rührigkeit der Gegenpartei preisgegeben werden soll. In allen Wahlbezirken lasse man sich angelegen sein, mit den benachbarten Wahlkomitees, und nach Umständen mit dem Berliner Zentral-Wahlausschuß für Preußen, in Verbindung zu treten, um sich durch gegenseitige Hilfeleistung den Erfolg zu erleichtern und zu sichern. Ein jeder von uns betreibe die Wahlagitation wie seine eigenste Angelegenheit, und das Gelingen, welches unsere Parteitätigkeit schon bei manchem Unternehmen der Volkspolitik belohnt hat, wird uns auch diesmal nicht fehlen.

Ein höherer Preis als diesmal aber stand nie auf dem Spiele.

Berlin, 16. November 1866. Der Ausschuß.

Parteiprogramm von 1867.

(Aufruf zur Wahl des ersten Ordentlichen Norddeutschen Reichstags.)

Als im vorigen Jahre der alte Bund zusammenbrach und die preußische Regierung den ernsten Willen bekundete, das nationale Band zu erhalten und die deutsche Einheit auf festeren Grundlagen herzustellen, da war es uns nicht zweifelhaft, daß die liberalen Kräfte der Nation mitwirken müßten, wenn das Einigungswerk gelingen und zugleich die Freiheitsbedürfnisse des Volkes befriedigen sollte. Um dieses Zweckes willen waren wir zur Mitwirkung bereit; möglich wurde sie erst dadurch, daß die Regierung von der Verletzung des Verfassungsrechtes abließ, die von der liberalen Partei so nachdrücklich verteidigten Grundsätze anerkannte, daß sie die Indemnität nachsuchte und erhielt. Die Mitwirkung zu sichern, konnten die durch den Verfassungsstreit bedingten Gruppierungen innerhalb der Partei nicht genügen. Dem neuen Bedürfnis entsprach die Bildung der nationalliberalen Partei zu dem Zwecke: auf den gegebenen Grundlagen die Einheit Deutschlands zu Macht und Freiheit herzustellen.

Wir verkannten niemals das Schwierige der Aufgabe, im Zusammenwirken mit einer Regierung, welche jahrelang den Verfassungskonflikt aufrecht erhalten und ohne Budgetgesetz verwaltet hatte, mit unvollkommenen konstitutionellen Waffen die freiheitliche Entwickelung zu fördern. Aber wir unterzogen uns dieser Aufgabe mit dem festen Willen, durch fortgesetzte ernste Arbeit die Schwierigkeit zu überwinden, und mit der Zuversicht, daß die Größe des Zieles die Tatkraft des Volkes stärken wird.

Denn uns beseelt und vereinigt der Gedanke, daß die nationale Einheit nicht ohne die volle Befriedigung der liberalen Ansprüche des Volkes erreicht und dauernd erhalten, und daß ohne die tatkräftige und treibende Macht der nationalen Einheit der Freiheitssinn des Volkes nicht befriedigt werden kann. Deshalb ist unser Wahlspruch: Der deutsche Staat und die deutsche Freiheit müssen gleichzeitig mit denselben Mitteln errungen werden. Es wäre ein verderblicher Irrtum, zu glauben, daß das Volk, seine Fürsprecher und Vertreter, nur die Interessen der Freiheit zu wahren brauchen, die Einheit dagegen auch ohne uns durch die Regierung auf dem Wege der Kabinettspolitik werde aufgerichtet werden.

Die Einigung des ganzen Deutschlands unter einer und derselben Verfassung ist uns die höchste Aufgabe der Gegenwart.

Einen monarchischen Bundesstaat mit den Bedingungen des konstitutionellen Rechtes in Einklang zu bringen, ist eine schwere, in der Geschichte bisher noch nicht vollzogene Aufgabe; die Verfassung des Norddeutschen Bundes hat sie weder vollständig im Umfange, noch in endgültig befriedigender Weise gelöst. Aber wir betrachten das neue Werk als den ersten unentbehrlichen Schritt auf der Bahn zu dem in Freiheit und Macht gefestigten deutschen Staate. Der Beitritt Süddeutschlands, welchen die Verfassung offen hält, muß mit allen Kräften und dringlich befördert werden, aber unter keinen Umständen darf er die einheitliche Zentralgewalt in Frage stellen oder schwächen.

Eine aus der Vermittlung der praktischen Bedürfnisse hervorgegangene Verfassung ist niemals ohne Mängel zustande gekommen; diese wuchsen mit der Zahl der widerstreitenden Interessen, doch war es stets ein Zeichen gesunder Lebenskraft, daß die bessernde Hand sofort zu wirken begann. Wir sind dem Lose menschlicher Unvollkommenheit nicht entgangen, aber die Schwierigkeiten haben uns nicht entmutigt und die Mängel uns nicht blind gemacht gegen die guten Keime. Wie unsere Partei im Entstehen zu bessern bemüht war, so wird sie ununterbrochen und schon im nächsten Reichstage darauf hinarbeiten, die Verfassung in sich auszubauen.

Im Parlament erblicken wir die Vereinigung der lebendig wirkenden Kräfte der Nation. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist unter unserer Mitwirkung zur Grundlage des öffentlichen Lebens gemacht. Wir verhehlen uns nicht die Gefahren, welche es mit sich bringt, so lange Preßfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht polizeilich verkümmert sind, die Volksschule unter lähmenden Regulativen steht, die Wahlen bureaukratischen Einwirkungen unterworfen

sind, zumal da die Versagung der Diäten die Wählbarkeit beschränkt. Aber da die Garantien nicht zu erreichen waren, haben die Gefahren uns nicht abgeschreckt. Am Volke liegt es jetzt, für die Reinheit der Wahlen einzutreten; angestrengten Bemühungen wird es gelingen, seine Stimme wahrheitsgetreu zum Ausdruck zu bringen, und dann wird das allgemeine Wahlrecht selbst das festeste Bollwerk der Freiheit sein, wird es die in die neue Zeit hineinragenden Trümmer des ständischen Wesens wegräumen und die zugesicherte Gleichheit vor dem Gesetz endlich zur Wahrheit machen.

Wir sind entschlossen, die Bundeskompetenz zu befestigen und über alle gemeinsamen Angelegenheiten auszudehnen. Als Ziel schwebt uns vor, daß die parlamentarischen Funktionen des Staates möglich vollständig in den Reichstag verlegt werden. Auch der preußische Landtag soll sich nach und nach mit einer Stellung begnügen, welche in keiner Weise geeignet sei, dem Ansehen und der Wirksamkeit des Reichstages Eintrag zu tun. Dieses Ziel wollen wir auf dem verfassungsmäßigen Wege erstreben; bis es in dieser Weise erreicht ist, müssen die beiden parlamentarischen Körperschaften ihre Befugnisse wechselseitig achten und einen friedlichen Wetteifer in der Erfüllung des eigenen Berufes bekunden.

Nach dem Beispiele der preußischen Verfassung haben die entsprechenden Unvollkommenheiten in der Reichsverfassung Eingang gefunden. Auf beiden Gebieten sind nunmehr gleichzeitig und gleichmäßig die wesentlichen Reformen zu erstreben, welche die allein sichere Grundlage des öffentlichen Rechtes gewähren. Namentlich und vor allem ist das Budgetrecht zu vervollständigen, damit der Volksvertretung der volle Einfluß auf die Staatsgeschäfte zufalle. Nicht minder dringend sind Gesetze, welche eine wirksame Verantwortlichkeit für die Minister und alle Beamten herbeiführen, auf der juristischen Grundlage, daß Jedermann für seine Handlungen einzustehen habe. Im Bunde ist überdies für eine vollständigere Repräsentation der verantwortlichen Träger der Regierungsgewalt zu sorgen und ihr Verhältnis zu den Regierungen der Einzelstaaten zu klären.

Durch die Ereignisse des vorigen Jahres und die begonnenen Umgestaltungen haben die Aufgaben des preußischen Staates, der Regierung wie des Volkes, sich vervielfältigt.

Der Anschluß der neu erworbenen Landesteile macht eine energisch reformierende Gesetzgebung, welche unter der Herrschaft der konservativen Partei verzögert worden ist und während des Verfassungskonflikts gänzlich geruht hat, dringend und unaufschiebbar. Der schleunigen Abhilfe warten in allen Teilen des Landes zahlreiche Mißstände, wie die Lähmung des Realkredites, die Beschränkung der Freizügigkeit, der Druck

des Gewerbes und der Arbeit in den Fesseln der Gewerbeordnung. Die notwendige Verschmelzung der alten und neuen Landesteile verlangt umfassende Reformen in den organischen und anderen wichtigen Gesetzen. Doch schulden wir den neuen Provinzen, welche in Justiz und Verwaltung mancher Vorzüge sich erfreuen, den Schutz dieser Institutionen, die unmöglich durch mangelhafte altpreußische Einrichtungen ersetzt werden dürfen. Die Gleichmäßigkeit ist vielmehr zu bewirken, indem wir ihnen folgen, wo sie uns voran sind. Dem ganzen Deutschland schuldet Preußen das gute Beispiel in Gesetz und Verwaltung, soweit beide den Einzelstaaten vorbehalten sind, denn die Zukunft des gesamten Vaterlandes hängt von diesem Beispiele ab. Wir meinen deshalb, daß der Ausbau und die Revision der preußischen Verfassung nur um so eifriger zu erstreben ist. Nach wie vor verlangen wir die Ausführung der in der Verfassung verheißenen Gesetze und die Reform des Herrenhauses als Vorbedingung aller Reformen. Von diesen stehen weit voran:

> Die Entfernung des ständischen Prinzips aus den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassungen und die Reform derselben nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung und Selbstverwaltung; die Aufhebung der gutsherrlichen Ortsobrigkeit und gutsherrlichen Polizei.

Der Aufschwung des Vaterlandes bedarf dieser sicheren und breiten Grundlagen, die wachsende Größe des Staatsgebietes vermehrt die Gefahren der bureaukratischen Einwirkungen, und die in den Verfassungen anerkannten Grundsätze des modernen Rechtes sind unverträglich mit der Herrschaft des auf Bevorzugung und Privilegien beruhenden Systems in der Gemeindeverwaltung. Die Bevölkerung aber, die städtische wie die ländliche, hat in den großen und willigen Leistungen zu dem letzten Kriege das Anrecht erneuert, ihre dringenden Wünsche endlich erfüllt zu sehen.

Unter den anderen zahlreichen Gegenständen nennen wir: den Schutz des Rechtszustandes durch unabhängige Richter; die Unabhängigkeit und Erweiterung des Rechtsweges; die Revision der Gesetze über die Kompetenzkonflikte und die Administrativjustiz; die Ausdehnung der Geschworenengerichte auf alle politischen Strafsachen unter Aufhebung des Staatsgerichtshofes; die Abschaffung der Kautionen und der Steuer für Zeitungen und Zeitschriften.

Eingedenk ihrer schweren Verantwortlichkeit und treu ihren früher ausgesprochenen Grundsätzen hat die Partei in den Tagen der Gefahr und der Entscheidung den Frieden im

Innern auf den Grundlagen des verfassungsmäßigen Rechtes hergestellt, die Mittel reichlich gewährt und die Rüstungen gutgeheißen, welche die freie Wirksamkeit des preußischen Berufes sichern sollten. Für die Ehre und Machtstellung des Vaterlandes werden wir ferner in gleichem Sinne handeln. Doch spornen die Lasten der chronischen Kriegsbereitschaft uns an, die neuen Zustände in Deutschland schnell zu befestigen, um bald, jedenfalls nicht später als mit dem Ende des Provisoriums, zu der so notwendigen Sparsamkeit eines wirklichen Militär-Friedensetats zu gelangen. Inzwischen muß die in der Reichsverfassung zugesicherte Verkürzung der Kriegsdienstpflicht bis zum vollendeten 32. Lebensjahre schnell verwirklicht und auf jede mögliche andere Entlastung hingewirkt werden.

Wir hegen nicht die Hoffnung, den zahlreichen Bedürfnissen auf einmal abzuhelfen, aber wir werden keines derselben aus den Augen lassen und je nach der Gunst der Umstände das eine oder das andere in den Vordergrund stellen. Aber als die unerläßliche Bedingung für das gedeihliche Zusammenwirken der Regierung und der Volksvertretung, für die Verhütung neuer Konflikte erachten wir zu allen Zeiten eine den Gesetzen entsprechende, Recht und Freiheit der einzelnen Staatskörper, wie der Gesamtheit unverbrüchlich achtende Verwaltung. Rückfällen in eine andere Praxis der Vergangenheit muß auf jede Gefahr hin rückhaltslos entgegengetreten werden. Nur mit einer gesetzestreuen Regierung können wir Hand in Hand gehen. Mit einer solchen sind wir die richtigen Wege aufzusuchen bereit.

Eine eindringliche Erfahrung hat uns gelehrt, daß nicht in allen Zeiten für dieselben Aufgaben mit denselben Waffen gekämpft werden darf. Wo so bedeutungsvolle und inhaltsschwere Ziele gleichzeitig zu erstreben sind, wie gegenwärtig in Deutschland und Preußen, da genügt es nicht, lediglich an hergebrachten Sätzen festzuhalten und zugunsten einer einfachen und bequemen Tradition die neuen und mannigfaltigen Bedürfnisse unbeachtet zu lassen. Es bedarf der schweren und umsichtigen Arbeit, den verschiedenartigen Ansprüchen gerecht zu werden, den Gang der Ereignisse zu überwachen und der Gelegenheit den Vorteil abzugewinnen. Die Endziele des Liberalismus sind beständige, aber seine Forderungen und Wege sind nicht abgeschlossen vom Leben und erschöpfen sich nicht in festen Formeln. Sein innerstes Wesen besteht darin, die Zeichen der Zeit zu beachten und ihre Ansprüche zu befriedigen. Die Gegenwart spricht deutlich, daß in unserem Vaterlande jeder Schritt zur verfassungsmäßigen Einheit zugleich ein Fortschritt auf dem Gebiete der Freiheit ist oder den Antrieb hierzu in sich trägt.

Wir sind nicht gesonnen, anderen Fraktionen der liberalen Partei feindselig entgegenzutreten, denn wir fühlen uns eins mit ihnen im Dienste der Freiheit. Aber gegenüber den großen Fragen der Gegenwart und in dem verantwortlichen Bewußtsein, wieviel von der richtigen Wahl der Mittel abhängt, streben und hoffen wir, innerhalb der Partei die entwickelten Grundsätze zur Geltung zu bringen.

Berlin, im Juni 1867.

Aßmann. R. v. Bennigsen. Berger (Posen). Born (Langenscheid). Braun (Wiesbaden). Brausewetter (Königsberg). G. v. Bunsen. Dr. W. Cohn (Charlottenburg). Graf Dohna. Elliffen (Göttingen). Dr. Falkson (Königsberg). v. Forckenbeck (Elbing). Grumbrecht (Harburg). Dr. Hammacher (Essen). Hellwig (Hofdamm b. Fritzlar). v. Hennig. Hinrichs (Jessin). Jung (Köln). Kanngießer. Knapp (Dauborn in Nassau). Dr. H. König (Osterode). Koppe (Wollup). Kurtius (Altjahn). Lasker. Lantz (Trier). Lent (Breslau). Dr. Lette. Lipke (Danzig). Dr. Lüning (Rheda). Dr. Meyen. Dr. Meyer (Thorn). Nebelthau (Kassel). H. B. Oppenheim. Oppermann (Nienburg). Pannier (Oranienburg). Pieschel (Brumby). von Puttkammer (Sorau). Rautenstrauch (Trier). L. Reichenheim. Richter (Berlin). Rickert (Danzig). Römer (Hildesheim). Samuelson (Königsberg). Schottler (Danzig). Frhr. v. Seydlitz (Dresden). Siebert (Wiesbaden). Soltmann. Stephan (Königsberg). Techow (Rastenburg). Twesten. v Unruh. v. Vaerst. Weber (Stade). Dr. Werenberg (Werden). Dr. Wiß. Wölfel (Lützen).

Rundschreiben vom 11. August 1867.

Der Geschäftsführende Ausschuß der Nationalliberalen Partei (Aßmann, v. Hennig, H. B. Oppenheim) hat ein Rundschreiben erlassen, in dem es heißt:

Die Aufgaben der nächsten Reichstagssession sind von unermeßlicher Wichtigkeit. Eine Verfassung, die bis jetzt nur auf dem Papiere steht, soll der Wirklichkeit verwickelter Voraussetzungen angepaßt werden. Nur mit gereifter Erfahrung, nur mit gediegener, staatswissenschaftlicher Bildung kann es gelingen, den Abstraktionen eines aus Parteikompromissen hervorgegangenen, auf ganz neue, noch völlig unerprobte Verhältnisse berechneten Verfassungsgesetzes die wahrhaft lebensfähigen Seiten abzugewinnen, welche den Norddeutschen Bund befähigen, in Gemeinschaft mit den süddeutschen Staaten allen

etwa drohenden Kriegsgefahren zu begegnen, den süddeutschen Staaten den Zutritt offen halten und dennoch den Norddeutschen Bund als ein selbständiges Ganzes auftreten zu lassen. Nicht darauf kommt es an, im Namen der liberalen Partei ungemessene Forderungen zu stellen, sondern mit ernstem Willen und ohne falsche Popularitätssucht dahin zu wirken, daß das Erreichen baldigst sicher gestellt, das deutsche Staatsgebäude rasch unter Dach und Fach gebracht werde.

Es wird die Pflicht der Reichstagsabgeordneten sein, gegen jede höhere Belastung des Volkes, ja, für verhältnismäßige Entlastung und für eine gerechtere Verteilung der drückenden Steuerlast mit allen Kräften zu wirken. Die bisherigen Steuersysteme sind durchweg nicht so vortrefflich, daß sie keinesfalls modifiziert werden dürften. Gerade die Konstituierung des Bundesstaates, dessen Vertretungskörper ein weit kräftigeres Budgetrecht besitzt, als z. B. der preußische Landtag mit seinem Herrenhaus und mit seinem Art. 109, bietet willkommene Gelegenheit, das ganze Steuerwesen zu reformieren; daß zu einer Umbildung des alten Steuerwesens, bei Beseitigung der drückendsten unter den bestehenden Steuern, neue Steuerformen erfordert werden, liegt auf der Hand. Als Stein und Hardenberg ihr Steuersystem in Preußen einführten, kamen sie auch nicht durch ohne neue Steuern, aber gerade die Einführung einer gleichmäßigen und gerechteren Besteuerung hob den Wohlstand des Volkes. Es ist daher falsch, den kahlen Satz hinzustellen: „Es dürfen unter allen Umständen keine neuen Steuern bewilligt werden.“ Es sollte vielmehr heißen: „Die auf dem Volke ruhende Steuerlast darf nicht vergrößert werden.“ Bei jeder neuen Steuer wird vorzugsweise ins Auge zu fassen sein, daß sie keine Umgehung der konstitutionellen Befugnisse und kein willkürliches Anziehen der Steuerschraube gestatte, sowie, daß sie scharf kontingentiert sei. Von diesem Punkte ist die konstitutionelle Praxis bei uns auszubilden und zu entwickeln, und hoffentlich wird die Rückwirkung auf das konstitutionelle Leben in den Einzelstaaten nicht ausbleiben! Denn daß die Ausführung der Bundesverfassung eine Revision der Landesverfassung nach sich ziehen muß, erhellt immer deutlicher.

Ferner wird es Sache des Reichstags sein, das allgemeine deutsche Staatsbürgerrecht gesetzlich zu verwirklichen, dessen Prinzipien auch auf die gewerblichen Gebiete auszudehnen, und mit Energie dem Widerstande zu begegnen, den der Partikularismus einiger zurückgebliebener Zweigstaaten dagegen erheben könnte. Ebenso muß der Reichstag beeifert sein, die Regierung zur schleunigen Anbahnung eines einheitlichen deutschen Gesetzbuches zu veranlassen. Er wird

Staatsverträge (Militär-Konventionen, Allianz-, Akzessions- und Handels- und Zollvereinsverträge) zu prüfen haben, und hat dabei den Standpunkt des einheitlichen Bundesstaates und das Bedürfnis der Gleichmäßigkeit in der Gesetzgebung allen Velleitäten der Einzelsouveränitäten gegenüber zu wahren.

Vor allen Dingen aber ist es der Beruf des nächsten Reichstages, mit den nationalgesinnten unter den süddeutschen Zollparlamentsmitgliedern die nötigen Schritte zu verabreden, um aus den ersten unvollkommenen und unzulänglichen Gestaltungen die volle nationale Einheit zu entwickeln.

Ansprache zur Landtagswahl. 1867.

Die Unterzeichneten haben sich im Namen und Auftrag der nationalliberalen Partei in Preußen als geschäftsführender Ausschuß für die bevorstehenden Landtagswahlen konstituiert, da die bei den bisherigen Reichstags- und früheren Landtagswahlen gewonnenen Erfahrungen die Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit eines Zentral-Komitees zu vielseitiger Vermittlung und Verständigung, namentlich zu möglichster Vermeidung von Doppelwahlen bestätigt haben. Unsere Tätigkeit wird hoffentlich den Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen um so willkommener sein, je bereitwilliger sie selbst politische Tatkraft und selbständiges Wollen entfalten. Ihr Eifer wird freilich diesmal auf eine schwere Probe gestellt, da sich die neue Wahlbewegung so enge an eine kaum abgelaufene anschließt, und eine große Anzahl bewährter Führer durch den Reichstag von Hause fern gehalten wird. Was somit an persönlicher Einwirkung verloren geht, muß nach Kräften durch brieflichen Gedankenaustausch ersetzt werden. Das Bewußtsein der hohen Aufgaben und der großen Wichtigkeit des Moments muß vor Ermüdung bewahren, welche durch die allzu häufigen Wahlen einzutreten droht. Denn jeder Schritt, der jetzt vorwärts geschieht, erspart der Zukunft lange und sorgenvolle Umwege. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß wir gegenwärtig in einer Uebergangsepoche stehen, die gegen starke Anstrengungen glänzende Resultate verspricht, pflichtvergessene Säumnis aber doppelt hart bestraft.

Von den jetzt bevorstehenden Wahlen wird es abhängen, ob das Werk der Assimilierung zwischen den alten und neuen Provinzen zur Ehre Deutschlands gelingen oder zum Frohlocken der Reaktion mißlingen wird, ob wir freisinnige Einrichtungen aus den neuen Provinzen herübernehmen oder sie durch die Reste des altpreußischen Feudalismus und Bureaukratismus uns entfremden werden. Auch für die richtige Auseinandersetzung zwischen Bundes- und Landes-Gesetzgebung, für die

Förderung des Reichstags als Organs der deutschen Einheit ist der künftige Landtag von entscheidendem Gewicht. Darum, ist es notwendig, denselben Männern, welche die Bundesverfassung zur Lebens- und Entwicklungsfähigkeit, und sogar schon zu weit über die Grenzen reichender Popularität ausgebildet haben, auch die damit zusammenhängende Regelung der preußischen Verfassungsverhältnisse anzuvertrauen; sonst könnte leicht durch übel angebrachte Kompetenzstreitigkeiten das ganze Werk der letzten beiden Jahre wieder in Frage gestellt werden. Die Zukunft des Bundesstaates muß nach allen Seiten gesichert sein; dazu ist aber auch erforderlich, daß Deutschland von Preußen die inneren Reformen, welche den übrigen Staaten zum Muster dienen, erwarten könne. Denn Preußens Geschicke sind enger als jemals mit den Lebensbedingungen des deutschen Volksgeistes verknüpft; sie werden sich um so schleuniger und glorreicher erfüllen, je weiter und breiter die Beteiligung aller Klassen herangezogen wird.

Das beschränkte Klassenwahlsystem hat sich überlebt, und der nächste Landtag wird zu prüfen haben, in welcher Weise und unter was für Voraussetzungen der Uebergang zum allgemeinen Stimmrecht zu bereiten ist. Allein das allgemeine Stimmrecht kann keine vereinzelte Einrichtung bleiben: es bedarf einer Reihe auf Selbstverwaltung und Volksbildung gerichteter Gesetze, ohne welche der Staat, der sich auf das allgemeine Stimmrecht stützt, den gefährlichsten Schwankungen preisgegeben würde. Hierher rechnen wir vor allen Dingen die Reform unserer völlig veralteten Kreisordnung und der ländlichen Polizei-Verwaltung, die gründliche Verbesserung der Gemeindeordnung und des Volksschulwesens. Ueber die Behandlung dieser und der damit verwandten Aufgaben im Sinne der nationalliberalen Partei verweisen wir auf unser Programm vom Juni d. J.

Wir legen es unseren Parteigenossen dringend ans Herz, sich überall schleunigst in Lokal-Komitees zu vereinigen und zu beraten, damit bestimmte Kandidaten noch vor den Wahlmännerwahlen ins Auge gefaßt werden können. Ferner ersuchen wir sie um baldige Nachricht, wie weit in ihren Kreisen die bisherigen Reichstags- oder Landtags-Abgeordneten zu berücksichtigen sind oder ob neue Persönlichkeiten vorgeschlagen werden sollen. Auf jeden Fall wird es nützlich sein, uns über die Begründung der Lokal-Komitees in Kenntnis zu setzen und die Namen der leitenden Vorstandsmitglieder mitzuteilen.

Berlin, den 18. Oktober 1867.

Aßmann, Genthinerstr. 37. Braun, Anhaltische Kommunikation 9. v. Forckenbeck (Elbing). v. Hennig, Anhaltische

Kommunikation 9. Lasker, Köthenerstr. 18. H. B. Oppenheim, Segershof 4a. Twesten, Potsdamerstr. 125. v. Unruh, Chausseestr. 7.

Wahlaufruf 25. Januar 1871.

In schneller Entwicklung sind wir unmittelbar nach dem Schlusse des ersten norddeutschen Reichstages bei den allgemeinen Wahlen zum ersten Deutschen Reichstage angelangt. Unsere schönste Hoffnung hat sich erfüllt: den Norden und den ganzen Süden umfaßt jetzt das deutsche Reich und seine Verfassung. Dem Zuge der Ereignisse folgend, tritt jetzt an uns die Aufgabe, den anerkannten Mängeln der Verfassung abzuhelfen und unser öffentliches Wirken einer Reform zu widmen, welche, bei der ehrlichen Achtung des Bundesstaates, die Zentralgewalt des Reiches bis zur Machtfülle einer wirksamen und wohlgeordneten Staatslenkung stärkt, die Freiheit auf dem gesicherten und fruchtbaren Boden des deutschen Staates ununterbrochen fortbildet, das Recht und die Vorschriften der Gesetze zum unbeugsamen Maßstabe der bürgerlichen Pflichten erhebt.

Für die gefährdete Sicherheit des Vaterlandes setzt gegenwärtig das gesamte Volk alles ein, was das Leben wert macht. Der gesicherte Friede soll uns ein sparsames, rechtliebendes und weises Regiment bringen, welches allen nützlichen Kräften gestattet, sich frei zu entfalten, die Wohltaten, welche der Staat zuzuwenden fähig ist, sowie die Lasten, die er auferlegen muß, auf alle Erwerbsklassen nach einem gerechten Verhältnisse verteilt. In diesem Geiste rufen wir die Wähler des Landes auf, von diesem Sinne wünschen wir die zu erwählenden Vertreter des Volkes erfüllt. Wir wenden uns an keine einzelne Berufsklasse und wollen nicht, daß unsere Abgeordneten die vorwiegende Vertretung besonderer Interessen übernehmen.

Der Ausfall der allgemeinen, auf gleichem Stimmrecht beruhenden Wahlen soll jederzeit als Ausdruck der politischen Einsicht und Energie des Volkes gelten. Aber am Beginne der neuen Geschichtsepoche, an welchem wir stehen, sind die jetzigen Wahlen von noch höherer Bedeutung, weil die ersten Jahre des neuen Verfassungslebens leicht die Richtung bestimmen, in welcher die Entwicklung demnächst sich bewegen soll. Wir wünschen deshalb, daß kein Wähler ohne die äußerste Not an der Wahlurne fehle. An unsere Gesinnungsgenossen aber richten wir die Bitte, in jedem Wahlkreise die Vorbereitung der Wahl zu beginnen und bis zum Wahltage

unausgesetzt zu betreiben. Mächtige gegnerische Parteien wirken für ihre Interessen durch Organisationen, welche für andere Zwecke eingerichtet sind, aber zur Wahlbewegung jener Parteien sich benutzen lassen. Wir können nur durch die freiwillige Tätigkeit der einzelnen wirken.

Auf dieser freiwilligen und entschlossenen Tätigkeit der unabhängigen Wähler ruht die ganze Verantwortlichkeit für die Zusammensetzung des Reichstages, für die nächste Zukunft des deutschen Verfassungslebens.

Berlin, im Januar 1871.

Im Auftrag des Landesausschusses der nationalliberalen Partei: Der Vorstand: v. Unruh (Vorsitzender), v. Hennig (Geschäftsführer), Bamberger, v. Bennigsen, Biedermann, Braun (Wiesbaden), v. Bunsen, v. Forckenbeck, Fried, Hardt, Lasker, Lent, Miquel, Oetker, Oppenheim, Soltmann, Zabel.

Aufruf zur Reichstagswahl 1877.

Erst ein Jahrzehnt ist seit der Begründung des Norddeutschen Bundes, der ersten unerschütterlichen Grundlage für die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, verflossen, und heute umschlingt ein gemeinsames Verfassungsband alle Glieder der Nation.

Von Jahr zu Jahr ist die Macht und das Ansehen des Deutschen Reiches gewachsen. Je weiter sich in Europa das Bewußtsein von der Stärke des deutschen Staates verbreitete, desto mehr hob sich zugleich das Vertrauen zu dem friedlichen Beruf der deutschen Nation.

Nach Außen stark und geachtet, hat das Deutsche Reich zugleich nach Innen seine reformatorische und befreiende Tätigkeit bewährt.

Gewaltige Umgestaltungen der inneren Verhältnisse waren erforderlich, um dem neuen Staatswesen Raum zu schaffen innerhalb der seit Jahrhunderten zerrissenen Nation.

Es galt eine Vertretung nach Außen, ein Heerwesen, ein Verkehrsgebiet, gleiche Bedingungen für die freie Bewegung und die freie Arbeit herzustellen. Es galt, Gewicht, Maß und Münze gleichmäßig zu ordnen. Es galt, die bürgerliche Ehe nach denselben Normen zu regeln. Es galt, die zur Erleichterung des Verkehrs notwendigen Institutionen zu entwickeln und zu gemeinsamen Einrichtungen des Reiches umzugestalten

Solche tiefgreifende Aenderungen führten selbstverständlich auch Unzuträglichkeiten und schwierige Uebergänge herbei. Noch

sind nicht alle Früchte der Arbeit reif. Lücken sind auszufüllen, Mängel, welche die Erfahrung gezeigt hat, sind zu beseitigen.

Viele Aufgaben bleiben dem nächsten Reichstag vorbehalten. Neben den notwendigen Ergänzungen der Justizgesetze, wird auf dem Gebiet des Verkehrslebens unser Verhältnis zu anderen Nationen durch Erneuerung von Handelsverträgen zu ordnen sein. Die Revision des Aktien- und Genossenschafts-Rechts wird den Reichstag beschäftigen. Der in den Gesetzen der letzten Legislaturperiode der Kunst und den Gewerben gewährte Schutz ist durch den Erlaß eines Patentgesetzes zu vervollständigen. Die Organisation der Behörden des Reiches muß vollendet werden. Mit dem wachsenden Umfang und der steigenden Ausdehnung der Reichsgewalt wird das Bedürfnis nach Einsetzung verantwortlicher Träger der einzelnen Zweige der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches immer dringender.

Mit den Erfolgen wachsen die Pflichten. Die Nation ist dessen eingedenk, nicht minder muß es auch ihre Vertretung sein.

Unsere Partei hat einen guten Teil an den unter schwierigen Verhältnissen errungenen Erfolgen. Sie hat die Verfassung des Norddeutschen Bundes mitbegründet, fruchtbare Keime freiheitlicher Entwicklung in sie hineingetragen und sie gegen die vereinten Angriffe der Gegner geschützt. Sie hat mit ihrer Initiative eingegriffen und die Reichsregierung unterstützt, wo es darauf ankam, unerläßliche einheitliche Institutionen zu begründen und den inneren Ausbau des Reiches zu fördern. Ueberall strebte sie nach den Bedingungen der einheitlichen Neugestaltung die freiheitlichen Forderungen zu wahren.

In voller Freiheit prüfte sie alle Maßregeln der Reichsregierung. Sie suchte nicht mutwillig Konflikte, wo eine die Volksrechte wahrende Verständigung möglich war, sie widerstand aber ebenso entschieden den nach ihrer Ueberzeugung unberechtigten Anforderungen der Regierungen.

Dies Verhalten unserer Partei hat, wie die Wahlen der Vergangenheit beweisen, im deutschen Volke wachsende Zustimmung gefunden und hat dem Vaterlande zum Heil gereicht.

Auch die eben abgelaufene Legislaturperiode legt hiervon Zeugnis ab. Als im Beginn derselben ein Konflikt mit der Reichsregierung über das Militärgesetz drohte, haben wir die Rechte der Volksvertretung bei der Feststellung der Militärausgaben und gleichzeitig den Frieden mit der Regierung zu wahren gewußt gegen ein Opfer, welches im Verhältnis zu dem erzielten Preis nicht zu hoch bemessen war. Der viel-

jährige Streit um die Organisation des Heeres und die verfassungsmäßige Behandlung des Militärbudgets wurde endgültig beigelegt und als erstem unter allen Staaten des Kontinents wurde Deutschland eine vollständige Kriegsverfassung zuteil, in welcher die Pflichten und Leistungen jedes Bürgers gesetzlich geregelt sind

Bei der Revision des Strafgesetzbuches haben wir das anerkannte Bedürfnis befriedigt, weitergehende Ansprüche aber abgelehnt. — Die Forderung neuer Steuern haben wir als durch die Lage der Finanzen nicht gerechtfertigt abgewiesen.

Am Schluß der Legislaturperiode war es uns beschieden, durch eine unter den schwierigsten Verhältnissen erreichte Verständigung über die Justizgesetze die Rechtseinheit, die unerläßlichste Bedingung unseres nationalen Lebens, zu sichern, und damit dem Volk das idealste Gut der Einheit sowohl wie der Freiheit zu schaffen.

Ein verständiges Eingehen auf den Kern und Inhalt der Justizgesetze wird die Wahrheit dieser Behauptungen dartun und wird dem Volke zeigen, daß die, mit Rücksicht auf die verfassungsmäßige Stellung der Regierungen gebotene Vertagung einzelner Forderungen bezüglich der Presse, die hohe Bedeutung der nationalen und freiheitlichen Errungenschaft nicht abzuschwächen vermag.

Das junge deutsche Reich bedarf der Anspannung aller Kräfte, des Zusammenwirkens der Reichsregierung und des Reichstags. Es widerspricht der Würde des Reichstags nicht, dies Einverständnis auf den, der Einheit und Freiheit günstigen Grundlagen zu suchen und zu fördern. Noch hat das deutsche Reich der äußeren Feinde und der inneren Hindernisse genug! Noch bedarf das deutsche Reich mehr als ein anderer Staat Europas der aus der gegenseitigen Verständigung aller seiner Freunde erwachsenden Kräftigung!

So war unser bisheriges Verhalten, so wird es auch in Zukunft sein. Unserer Pflicht und unserer Verantwortlichkeit, für das Reich schaffend zu wirken, waren und bleiben wir uns bewußt. Wir erwarten mit Ruhe den Spruch des deutschen Volkes zwischen uns und unseren Gegnern!

Berlin, den 28. Dezember 1876.

L. Bamberger. v. Benda. v. Bennigsen. Dr. K. Braun. Fr. Dernburg. v. Forckenbeck. Dr. Fr. Kapp. Eduard Lasker. Miquel. H. B. Oppenheim. H. Rickert. Freiherr Schenck v. Stauffenberg. Dr. Techow. v. Unruh. Dr. Wehrenpfennig. Dr. Weigel.

Aufruf zur Reichstagswahl 1878.

Die unerwartete Auflösung des Reichstags ruft die Wähler in schwerer Zeit zur Wahlurne.

Unerhörte Freveltaten sind an dem ehrwürdigen Haupte und Einiger der Deutschen Nation verübt. Eine tiefe Aufregung durchzuckt das Deutsche Volk. Kummer, Scham und Zorn erfüllen alle Gemüter und werden noch gesteigert durch die in erschreckendem Umfange hervortretenden Zeichen einer weitverbreiteten Verirrung und Verwilderung.

Infolge einer gewaltigen, alle Kulturländer umfassenden, von der Gesetzgebung einzelner Länder unabhängigen Krisis und des orientalischen Krieges liegen Handel und Gewerbe noch immer darnieder, die besitzenden und die arbeitenden Klassen leiden gleichmäßig unter dem schweren wirtschaftlichen Drucke.

Politische und konfessionelle Kämpfe lähmen die einheitliche Kraft der erhaltenden Elemente. Die politische Organisation des Deutschen Reichs ist noch nicht erstarkt. Das Finanz- und Steuersystem harrt einer umfassenden Reform.

In dieser Lage ergeht die Aufforderung der Reichsregierung an die Nation, auf's neue Vertreter zu entsenden, welche bereit und entschlossen sind, ihr Hilfe und Unterstützung zu gewähren in dem Kampfe gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie.

Wir sind davon überzeugt, daß auch die große Mehrheit des aufgelösten Reichstages hierbei ihre Mitwirkung nicht versagt haben würde, welche unsere politischen Freunde schon damals anboten, als der Reichstag sich gezwungen sah, das im letzten Augenblick vorgelegte Gesetz abzulehnen.

Unsere politischen Freunde werden auch im neuen Reichstage es als ihre erste Pflicht erachten, der Reichsregierung in der Verteidigung der Grundlagen gesellschaftlicher Ordnung und staatlicher Sicherheit entschlossen zur Seite zu stehen, und überall, wo eine aufmerksame und energische Handhabung der bestehenden Gesetze nicht ausreicht, die erforderlichen gesetzlichen Vollmachten und Befugnisse ohne Schwanken gewähren.

Alle Vorschläge, welche darauf gerichtet sind, in wirksamer Weise die auf den Umsturz der bestehenden Rechtsordnung und die Zerstörung des bürgerlichen Friedens gerichteten Angriffe zu verhindern und abzuwehren, ohne die dauernden Garantien unserer schwer errungenen bürgerlichen Freiheit zu gefährden, werden unsere Unterstützung finden. Wir werden solche Gesetzentwürfe lediglich nach ihrem Wesen und ihrer Wirksamkeit prüfen. Eine gleiche Unbefangenheit setzen wir

bei allen Mitwirkenden voraus und zweifeln daher nicht, daß die Einigung der gesetzgebenden Faktoren gelingen werde.

Aber in voller Würdigung des Ernstes der Lage und der durch die Verhältnisse der Gegenwart unerläßlich gebotenen Maßregeln müssen die Wähler inmitten der jetzigen Erregung sich erinnern, daß der Nation unentbehrliche dauernde Rechte und Freiheiten nicht verloren gehen dürfen, daß eine soziale Krankheit zu heilen ist, nicht allein ihre gefährlichen Symptome zu unterdrücken sind, und daß eine wahre Heilung nicht von den Gesetzen allein zu erwarten, sondern durch die freie und tätige Mitwirkung aller Teile des Volkes bedingt ist.

Wir unsererseits weisen gegenüber der gewaltigen, allen Freunden des Vaterlandes gleichmäßig gestellten Aufgabe jede einseitige Rücksicht auf das Partei-Interesse von uns. Wir werden auch in Zukunft lediglich nach unserer Einsicht von den Bedürfnissen des Landes handeln.

Die Deutschen Wähler werden eingedenk bleiben, daß der nächste Reichstag auch berufen ist, eine große Anzahl anderer wichtiger Fragen zu lösen.

Es gilt, die Institutionen des Reiches in konstitutionellem Sinne auszubauen und die Bedingungen einer stetigen und wohlerwogenen Leitung der Regierung zu sichern.

Es gilt, mittelst einer planmäßigen Steuerreform das Reich durch Vermehrung der eigenen Einnahmen finanziell selbständig zu machen und Ersatz für die ungleich belastenden Matrikularumlagen zu schaffen.

Es gilt, für lange Zeit die Handelspolitik des Deutschen Reiches festzustellen.

Wir verlangen nach wie vor eine Steuerreform, welche zugleich die Verhältnisse des Reichs und der Einzel-Staaten berücksichtigt und nicht bloß eine Mehrbelastung des Volks herbeiführt. Wir verlangen ein Finanzsystem, welches die konstitutionellen Rechte der Deutschen Volksvertretungen wahrt. Wir werden Vorschlägen nicht zustimmen, deren Annahme große und blühende Gewerbezweige vernichten würde.

Die Zollfragen haben niemals einen Teil unseres politischen Programms gebildet. Ueber manche derselben gehen auch in unseren Reihen die Ansichten auseinander, aber einig sind wir darüber, daß die Handelspolitik nach festen Gesichtspunkten und dauernden Grundsätzen geleitet werden muß, daß nur das allgemeine Interesse des Landes bestimmend sein darf, und daß die großen Grundzüge der durch ein halbes Jahrhundert erprobten Politik nicht durch unsichere Experimente verdrängt werden dürfen.

An den Grundlagen der Verkehr, Handel und Gewerbe regelnden Gesetze halten wir fest, doch wird uns dies auch in Zu-

kunft nicht hindern, die bessernde Hand anzulegen, wo die Erfahrung Mißstände oder Mängel klar gelegt hat. Insbesondere werden wir alle Maßregeln unterstützen, welche den Zweck haben, das geistige und materielle Wohl der arbeitenden Klassen zu fördern.

Das Deutsche Bürgertum in Stadt und Land hat bei den letzten Wahlen sich nicht beirren lassen durch die gegen uns erhobene Anklage, daß wir beim Abschluß der Justizgesetze der Staatsgewalt zu viel eingeräumt hätten. Es wird sich nicht beirren lassen durch die jetzt von anderer Seite erhobene Anklage, daß wir der Staatsgewalt zu wenig einräumen und nicht bereit seien, die Autorität des Staates und der Behörden in vollem Maße sicher zu stellen.

Die nationalliberale Partei, welche seit den ersten Tagen nationaler Einigung bestrebt war, an der Errichtung und dem Ausbau des Deutschen Reiches auf den Grundlagen bürgerlicher Freiheit und Gesittung mitzuwirken, wird auch in Zukunft allen Angriffen zum Trotz, ihren bisherigen Grundsätzen getreu bleiben.

Das Deutsche Volk wird, dess' sind wir sicher, seine Entscheidung auch diesmal mit Besonnenheit und Festigkeit treffen.

Berlin, den 16. Juni 1878.

Das Zentralwahlkomitee
der nationalliberalen Partei.

Dr. Ludwig Bamberger. v. Benda. v. Bennigsen. Georg v. Bunsen. Fr. Dernburg. v. Forckenbeck. Dr. Friedrich Kapp. Kiefer. Lasker. Marquardsen. Miquel. H. B. Oppenheim. Pogge-Strelitz. Rickert. Freiherr Schenk v. Stauffenberg. Stephani. Dr. Techow. v. Unruh. v. Vahl. Dr. Wachs. Dr. Weigel.

Wahlruf vom 6. September 1879.

In wenigen Wochen werden die preußischen Wähler zur Neuwahl von Abgeordneten berufen. Die große Bedeutung, welche diese Wahlen für unsere ganze innere Entwicklung haben, legt unseren Freunden im Lande erhöhte Pflichten auf. Unsere Gegner haben sich bereits zu dem Rufe vereinigt: „Niederwerfung der liberalen Majorität im Abgeordnetenhause, Umkehr in der Gesetzgebung, Umkehr in Schule und Kirche." In der Staatsregierung sind während der letzten Wochen wesentliche Veränderungen eingetreten. Ueber den Gang, welchen unsere innere Politik nehmen wird, herrschen in weiten Kreisen Zweifel und Unsicherheit.

Die handelspolitischen Fragen, welche in dem deutschen Reichstage heftige Kämpfe hervorgerufen haben, werden den preußischen Landtag nicht beschäftigen. Wohl aber sind wir alle einig in der Ueberzeugung, daß hoch über den Sonderinteressen stets das Gemeinwohl stehen muß, daß auch das materielle Gedeihen des Volkes abhängig ist von der Festigkeit und dem Geiste seiner politischen Organisation und daß vor allem der deutsche Nationalstaat jener Kraft nicht entbehren kann, welche durch freiheitliche Institutionen erzeugt und erhalten wird.

Unsere verfassungsmäßigen Einrichtungen und die Rechte der Volksvertretung wollen wir ungeschmälert aufrecht erhalten; wir wollen insbesondere keine Aenderung der Verfassungsbestimmungen, welche der Staatsregierung die Pflicht auferlegen, jährlich den Landtag zu berufen und demselben den Staatshaushalt vorzulegen.

Unter ausdrücklicher Genehmigung seitens der Krone hat auf das Andrängen unserer Partei die Staatsregierung in der letzten Session eine Erklärung abgegeben, welche für die Zukunft dem Landtag einen wirksamen Einfluß auf die Bemessung der Höhe der direkten Steuern einräumt. Jeder aufrichtige Liberale hat die Verpflichtung, darüber zu wachen, daß dieses Recht zur Wahrheit werde, und der Vermehrung der Last indirekter Steuern, welche jetzt eine feststehende Tatsache ist, nach Maßgabe der vorhandenen Mittel, eine Entlastung bezüglich der direkten Steuern zugunsten der ärmeren und mittleren Volksklassen, sowie eine Erleichterung der durch Abwälzung staatlicher Aufgaben überbürdeten Gemeindeverbände nachfolge.

Auch wir wünschen mit dem ganzen Volke lebhaft die Herbeiführung des kirchlichen Friedens. Dem Ruf aber nach Aufhebung oder Sistierung der Maigesetze werden wir entgegentreten. Kann eine Revision derselben den Streit zwischen dem Staat und der katholischen Kirche schlichten, so werden wir uns derselben nicht widersetzen, vorausgesetzt, daß dadurch die dem Staate allen kirchlichen Verbänden gegenüber unentbehrlichen Rechte nicht beeinträchtigt werden.

Das Gesetz über die Schulaufsicht wollen wir nicht preisgeben. An der Forderung des Unterrichtsgesetzes halten wir fest. Wir werden zu verhüten streben, daß die Verwaltung der Schule in einem anderen Geiste geführt werde, als welche die Amtsführung des Ministers Falk beseelte.

In der Reform unserer inneren Verwaltung ist seit mehreren Jahren ein Stillstand eingetreten. Das Reformwerk ist unvollendet geblieben. Noch fehlt für den größten Teil der Monarchie die unerläßliche Grundlage: eine den Anforde-

rungen der Gegenwart entsprechende Landgemeindeordnung; noch besteht die alte Organisation der Behörden; noch fehlt die Ausdehnung der Selbstverwaltung auf den ganzen Staat. Soll das preußische Volk endlich der Vorzüge dieser Reform teilhaftig werden, so ist dieselbe nach einem festen einheitlichen Plan zum Abschlusse zu bringen. Wir werden die Grundlagen der Reformgesetze festhalten und dabei auf eine klare Regelung der Kompetenzen, Vereinfachung des Instanzenzuges und Billigkeit der Einrichtungen sowie des Verfahrens hinwirken.

An die Prüfung der zu erwartenden Vorlagen über den Ankauf von Eisenbahnen werden wir mit Unbefangenheit herantreten. Wie auch der Einzelne über die weitere Verstaatlichung der Eisenbahnen denken mag, wir werden gemeinsam dafür Sorge tragen, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates nicht beeinträchtigt und daß die Garantien, welche gegenüber der Ausdehnung der Befugnisse der Verwaltung notwendig erscheinen, hergestellt werden.

Wir wollen eine sparsame Verwaltung, wie sie unsere wirtschaftlichen Verhältnisse bedingen, wir wollen die altbewährten finanziellen Traditionen des Preußischen Staates aufrecht erhalten.

Je ernster und schwieriger die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich gestaltet haben, desto dringender mahnt die Pflicht jeden aufrichtigen Anhänger der liberalen Sache, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß die Stimme des freisinnigen Bürgertums in Stadt und Land in der Volksvertretung zu kräftigem Ausdruck gelange und daß den liberalen Mittelparteien derjenige Einfluß gewahrt bleibe, welcher die unerläßliche Bedingung für den stetigen Ausbau unseres Verfassungsstaates ist. Nur so kann den Schwankungen entgegen gewirkt werden, welche die ruhige Entwicklung unseres politischen und sozialen Lebens bedrohen.

Wir gehen auch in den bevorstehenden Wahlkampf in unverbrüchlicher Treue für unseren Kaiser und König, mit dem festen Entschluß, das Verfassungsrecht des Landes gegen jeden Angriff zu wahren, mit dem aufrichtigen Bestreben, alle Gesetzvorlagen rein sachlich zu prüfen und überall einzutreten, wo es gilt, die Wohlfahrt aller Klassen der Bevölkerung durch eine gerechte, besonnene und sparsame Verwaltung zu fördern.

Berlin, September 1879.

Parteiprogramm vom 29. Mai 1881.

Die am 29. Mai in Berlin versammelten, der nationalliberalen Partei angehörenden Mitglieder des Reichstages und

der Volks-Vertretungen deutscher Einzelstaaten haben beschlossen, die nachstehende Erklärung der Oeffentlichkeit zu übergeben:

Die nationalliberale Partei steht in unverbrüchlicher Treue zu Kaiser und Reich. Bei voller Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten wird sie nach wie vor der weiteren Entwickelung der Reichs-Institutionen in nationalem und freiheitlichem Sinne ihre Dienste widmen. Was für diese Entwickelung unter entscheidender Mitwirkung der Partei geschehen ist, bezeugt die Geschichte und die Gesetzgebung des Reichs in den ersten zehn Jahren seines Bestehens. Die nationalliberale Partei hält es für ihre nächste und wichtigste Aufgabe, das auf diesem Wege Geschaffene in seinen wesentlichen Grundlagen ungeschmälert zu erhalten, ohne der bessernden Abhilfe sich zu versagen, wo einzelne Mängel in der Erfahrung hervorgetreten sind.

Ihr Vertrauen zu der das Ansehen Deutschlands und den Frieden Europas sichernden Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten besteht unerschüttert fort.

Ueber die veränderte Richtung, welche die innere Politik der Reichsregierung zur Zeit verfolgt, gibt sich die Partei ebensowenig einer Täuschung hin, wie über die Veränderung, welche ihre eigene Stellung zur Reichsregierung dadurch erfahren hat. Aber die Zurückhaltung, welche hierdurch der nationalliberalen Partei auferlegt ist, wird sie nicht abhalten, alle Vorlagen der Regierung auch auf dem Gebiete der inneren Gesetzgebung unbefangen und sachlich zu prüfen, und dem als nützlich Erkannten ihre Unterstützung zu leihen. Dies gilt namentlich auch von den Vorschlägen, welche für die arbeitenden Klassen die Förderung der Wohlfahrt und den Schutz gegen die Folgen von Unglücksfällen im Auge haben. Getreu der natürlichen und übernommenen Verpflichtung werden wir der sozialistischen Bewegung nicht lediglich durch die Niederhaltung drohender gewaltsamer Ausbrüche, sondern vor allem auch durch positive Maßregeln für das Wohl der arbeitenden Klassen entgegenzutreten bemüht sein.

Alle Bestrebungen, gleichviel von welcher Seite sie kommen, welche auf die Schmälerung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung und auf die Rückkehr zu abgestorbenen Formen unseres wirtschaftlichen Lebens gerichtet sind, wird die Partei mit Entschiedenheit bekämpfen.

Sie ist jederzeit bereit, dazu beizutragen, daß ein friedliches Verhältnis zwischen Staat und Kirche wieder hergestellt und aufrecht erhalten wird. Sie weiß auch sehr wohl die große Bedeutung des kirchlichen Lebens für unser Volk zu würdigen. Aber den notwendigen und unveräußerlichen Rechten des Staates gegenüber der Kirche wird sie keinen Abbruch

geschehen lassen, namentlich auch nicht auf den Gebieten der Schule und der Ehegesetzgebung, wo Uebergriffe kirchlicher Reaktion gerade in Deutschland stets am peinlichsten empfunden sind und am unheilvollsten gewirkt haben.

Entschlossen, die bestehende gewerbliche Gesetzgebung und die auf ihr beruhende wirtschaftliche Freiheit gegen reaktionäre Angriffe zu verteidigen, halten wir an der Ueberzeugung fest, daß entgegenstehende Meinungen über Schutzzoll und Freihandel nicht zur Grundlage politischer Parteibildung dienen dürfen. Die Verschiedenheit der landschaftlichen Interessen, je nach dem Vorwiegen von Handel und Schiffahrt, von Ackerbau oder von Industrie, erfordert dringend, daß innerhalb unserer Partei abweichenden Anschauungen über Zollfragen Raum gelassen wird. Ein Aufgeben dieser Freiheit würde eine über ganz Deutschland sich erstreckende nationalliberale Partei unmöglich machen. Kaum vollständig zurückgedrängte politische Gegensätze von Norden und Süden, von Osten und Westen müßten in unserem noch so jungen Deutschen Reiche auf das Gefährlichste immer von neuem hervorbrechen, wenn große wirtschaftliche Interessen zugleich als politische Parteien sich bekämpften.

Die Steigerung der eigenen Einnahmen des Reiches und die ausreichende Befriedigung seiner finanziellen Bedürfnisse gehört zu dem alten Programm der Partei. Sie ist einer entsprechenden Vermehrung der indirekten Reichssteuern zu diesem Zwecke nicht entgegengetreten. Gegen das Projekt des Tabaksmonopols hat sie aus wirtschaftlichen wie politischen Gründen entschieden Widerspruch erhoben. Vor dem Eingehen auf weitere umfassende Pläne, welche die Steuerkraft des Landes in höherem Maße in Anspruch nehmen, muß zunächst das volle und nachhaltige Ergebnis der vom Reichstage im Jahre 1879 bewilligten Zölle und Verbrauchssteuern abgewartet werden.

In Preußen wird die Partei bei einer Reform der direkten Steuern mitwirken, welche die Entlastung der weniger bemittelten Klassen von einem Teile der ihnen auferlegten direkten Steuern herbeizuführen bestimmt ist. Einer Zerstörung des direkten Steuersystems oder einer wesentlichen Schmälerung seiner Erträge zugunsten ungemessener Vermehrung indirekter Steuern werden wir uns widersetzen. Für die Ueberweisung eines Teils der Grund- und Gebäudesteuer in Preußen an Kommunen und Kommunalverbände — eine alte Forderung der liberalen Partei — werden hoffentlich die im Jahre 1879 bewilligten Reichssteuern in ihren nachhaltigen Erträgen unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen einer umsichtigen Finanzverwaltung die Mittel bieten.

Gegen eine übermäßige Zentralisation der Staatsgewalt werden wir die Selbständigkeit und die Selbstverwaltung der Gemeinden verteidigen und weiter entwickeln.

Nach schmerzlichen Erfahrungen und Prüfungen der Vergangenheit ist die nationalliberale Partei aus der Ueberzeugung unseres Volkes hervorgegangen, daß eine über ganz Deutschland ausgebreitete, unabhängige, reaktionären wie radikalen Tendenzen gleichmäßig sich fern haltende, durch die Unterordnung individueller Ansichten unter die großen gemeinsamen Ziele starke liberale Partei eine Notwendigkeit ist. Ohne eine solche Partei würde ein fortdauernder, die Grundfesten des Staates erschütternder Kampf zwischen extremen Richtungen, an dem andere Völker kranken und nicht zur Ruhe kommen können, unserem Vaterlande nicht erspart bleiben.

An dieser Ueberzeugung hält die nationalliberale Partei auch in der heutigen Zeit unerschütterlich fest, wo wirtschaftliche Sorge, wie politische Enttäuschung und Verbitterung das ruhige Urteil zu verwirren und die Bevölkerung in großer Zahl dem politischen Leben zu entfremden oder extremen Richtungen nach rechts oder links zuzutreiben drohen.

Für Deutschland ist nach wie vor eine Partei notwendig, welche die weitere Entwicklung unseres Vaterlandes auf den mühsam erkämpften Grundlagen in entschieden freiheitlichem, aber zugleich maßvollem und die realen Verhältnisse beachtendem Sinne erstrebt.

Wir halten fest an der Zuversicht, daß diese Auffassung bei unserem Volke in Stadt und Land noch in weitestem Umfange volle Zustimmung findet. Unabhängig, in sich geeinigt, frei von Ermüdung wie von Verbitterung, zu ernster Arbeit entschlossen, wird die nationalliberale Partei auch unter gesteigerten Schwierigkeiten ferner ihre politische Pflicht erfüllen. Parteien, welche gleiche und ähnliche Ziele verfolgen, werden uns zur Verständigung und zu gemeinsamem Wirken immer bereit finden.

(197 Unterschriften.)

Wahlaufruf der nationalliberalen Partei. 15. September 1881.

Wir stehen vor Reichstagswahlen, die für die fernere politische Entwicklung unseres Vaterlandes von schwerwiegendster Bedeutung sein werden. Die nationalliberale Partei hat ihr Programm erst vor wenigen Monaten in der Erklärung vom 29. Mai dieses Jahres niedergelegt. Wir weisen auf diese Kundgebung zurück, welche wir in ihrem vollen Umfange bestätigen und aufrechterhalten.

An der Spitze unseres Programms wird immer die Beteuerung unverbrüchlichster Treue zu Kaiser und Reich stehen. Je mehr in den Parteikämpfen unserer Zeit der nationale Gedanke oft getrübt erscheint, um so mehr halten wir es für unsere Aufgabe, die schwer errungene Einheit unseres Reiches und Volkes gegen alle Anfechtungen zu schützen und unter Achtung der verfassungsmäßigen Rechte der Bundesstaaten weiter zu entwickeln. Wo es die Sicherheit und Festigkeit des Reiches galt, ist nie vergeblich die Hilfe der nationalliberalen Partei angerufen worden.

Wie wir die nationalen Errungenschaften einer großen Zeit ungeschmälert zu bewahren und kräftig fortzubilden streben, so auch die freiheitlichen. Es ist unsere feste Ueberzeugung, daß eine nationale deutsche Politik dauernd und heilbringend nicht zu führen ist im Gegensatz und Kampf gegen die Bestrebungen eines maßvollen Liberalismus, wie er in den breiten Mittelschichten unseres Volkes seine festen Wurzeln hat. Jeder Schmälerung der verfassungsmäßigen Rechte des Volks und seiner Vertretung, jedem Versuch, die Grundlagen unseres konstitutionellen Lebens zu verrücken, werden wir mit allen Kräften entgegentreten.

Ebenso werden wir jede Verkürzung unveräußerlicher und unentbehrlicher Rechte des Staats in seinen Beziehungen zur Kirche und Schule abwehren. Für die Wiederherstellung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche sind wir bereit, mitzuwirken, wenn dasselbe ohne Preisgebung der in hartem Kampfe errungenen Stellungen des Staats herbeigeführt werden kann.

Die neue Gesetzgebungsperiode des Reichstags wird wieder in ganz hervorragendem Maße mit wirtschaftlich-politischen Fragen sich zu beschäftigen haben. Unsere Partei wird auch in Zukunft den Grundsatz persönlicher Freiheit in Erwerb und Verkehr festhalten und gegen reaktionäre Angriffe verteidigen.

Immer von neuem bestätigt die Erfahrung, daß Zollfragen nicht zur Grundlage politischer Parteibildung gemacht werden dürfen und daß die Verpflichtung auf eine einzige handelspolitische Richtung nicht zum Erfordernis liberaler Gesinnung gehört.

Weiteren Anforderungen an die Steuerkraft des Volkes werden wir nur im Falle des dringendsten nachgewiesenen Bedürfnisses oder bei einem vollwertigen Ersatz durch gleichzeitige Steuererleichterungen und Steuerreformen unter Aufrechterhaltung eines gesunden Verhältnisses zwischen der direkten und indirekten Besteuerung und unter Wahrung der konstitutionellen Rechte der Volksvertretung zustimmen.

Den sozialpolitischen Fragen werden wir unsere volle Teilnahme widmen und alle auf die geistige und materielle Wohlfahrt der arbeitenden Klassen abzielenden Vorschläge aufs sorgfältigste und mit dem ehrlichen Streben positiven Schaffens prüfen, getreu der übernommenen Verpflichtung, als wir der Staatsgewalt die Waffen gewährten, gewaltsame Ausbrüche der sozialdemokratischen Bewegung niederzuhalten. Wir verlangen aber, daß Fragen, welche an Ernst und folgenschwerer Bedeutung alle anderen überragen, nicht zum Gegenstande unübersehbarer, finanziell unausführbarer Experimente gemacht, sondern mit ruhigster Prüfung in stetem Hinblick auf das Erreichbare und Mögliche in Angriff genommen und ihrer Lösung zugeführt werden, ohne Ueberlastung des Staates mit Aufgaben, welche nur unter ernstlicher Gefährdung des Gemeinwesens, der Tätigkeit und Selbstverantwortlichkeit des einzelnen entzogen werden können.

Bei Wahrung ihrer vollen Selbständigkeit und Unabhängigkeit wird die nationalliberale Partei gegenüber der drohenden Gefahr eines immer engeren Bündnisses der kirchlichen und politischen Reaktion mit anderen liberalen Richtungen fest zusammenstehen in der entschlossenen Abwehr klerikalkonservativer Angriffe auf unsere Verfassung und Gesetzgebung.

Von diesen Gesichtspunkten geleitet, fordern wir alle Parteigenossen auf, der Vorbereitung für die Reichstagswahlen nunmehr ungesäumt ihre ganze Kraft und Tätigkeit zuzuwenden, in allen Wahlkreisen sich schleunigst und kräftig zu organisieren und vollzählig bei der Wahl zu erscheinen. Der Ernst der politischen Lage duldet kein Zaudern und keine Lässigkeit. Er legt jedem Gesinnungsgenossen die Pflicht auf, bei den Wahlen in vollem Maße und mit aller Hingebung seine Schuldigkeit zu tun. Es gilt zu zeigen, daß unser Volk seine Einheit und Freiheit nicht allein in einem raschen Anlauf zu erringen, sondern auch in Not und Gefahr zu behaupten vermag.

Berlin, 15. September 1881.

Der Zentralausschuß der nationalliberalen Partei:

R. v. Bennigsen. v. Benda. Dr. Böttcher. Dr. Buhl. Büsing. Dr. v. Cuny. Forkel. Fries. Dr. Gareis. Dr. Hammacher. Hobrecht. Kiefer. Dr. Marquardsen. Dr. Miquel. Pogge (Blankenhof). Pogge (Roggow). Schöttler. Dr. Stephani. Dr. Wachler. Dr. Wachs. Dr. Friedrich Weber. Dr. Max Weber. Dr. Weigel. Dr. Wolffson.

Heidelberger Erklärung vom 23. März 1884.

Die am 23. März 1884 in Heidelberg zur Besprechung über die politische Lage versammelten Mitglieder der nationalen und liberalen Partei in Baden, der deutschen Partei in Württemberg, der nationalliberalen Richtung in Bayern diesseits und jenseits des Rheins, der hessischen Fortschrittspartei und der nationalliberalen Partei der Provinz Hessen-Nassau fanden sich, im Anschluß an das nationalliberale Parteiprogramm vom 29. Mai 1881, durchaus einig in der Beurteilung der allgemeinen Verhältnisse des Deutschen Reiches und der Stellung der nationalen und liberalen Landesparteien Süddeutschlands zu den wichtigsten Tagesfragen. Sie betrachten die Kräftigung des Reiches und die Förderung der gemeinsamen Angelegenheiten des deutschen Volkes auf dem bundesstaatlichen Boden der Reichsverfassung nach wie vor als ihre vornehmste Aufgabe.

Insbesondere werden sie unablässig für die Erhaltung einer starken deutschen Heeresmacht eintreten und kein notwendiges Opfer scheuen, um die Unabhängigkeit des Vaterlandes allen Wechselfällen gegenüber sicherzustellen.

Mit der ganzen Nation teilen sie die hohe Befriedigung über die auswärtige Politik des Deutschen Reiches und die großen Erfolge der Friedensbestrebungen des Reichskanzlers.

Sie billigen die auf eine erhöhte Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen gerichteten Bestrebungen des Reichskanzlers und unterstützen, vorbehaltlich einer sorgfältigen Prüfung der einzelnen Maßregeln, die Reichsregierung in ihren Bemühungen, die soziale Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern.

Sie hoffen, daß das Unfallversicherungsgesetz noch in der gegenwärtigen Session des Reichstages zustande kommt.

Ihren liberalen Traditionen treu werden sie alle etwaigen Reaktionsversuche bekämpfen und namentlich die Rechte des Reichstags, falls deren Minderung versucht werden sollte, entschieden verteidigen.

Für die Aufrechterhaltung des geheimen Stimmrechts werden sie eintreten.

Die Zollgesetzgebung des Deutschen Reiches betrachten sie vorerst in ihren wesentlichen Grundlagen als abgeschlossen und halten gegenwärtig eine systematische Anfechtung derselben für nachteilig und gefährlich. Dies schließt jedoch eine durch die Erfahrung begründete Aenderung einzelner Zolltarifbestimmungen ebensowenig aus, als die Berücksichtigung neu hervortretender Bedürfnisse des Verkehrslebens.

In vollem Maße würdigen sie namentlich die gegenwärtige Lage der deutschen Landwirtschaft und werden unbefangen die

aus der Notwendigkeit der Erhaltung dieser wichtigen Grundfeste unseres Volkes hervorgehenden Anforderungen prüfen.

Sie erkennen in der Aufrechterhaltung der Ordnung und eines gesicherten Rechtszustandes die erste Pflicht des Staates, werden bereitwillig der Reichsregierung die zur Abwehr staatsgefährlicher Umtriebe erforderlichen Machtmittel gewähren und erachten deshalb die Verlängerung des Sozialistengesetzes für dringend geboten.

Durch höhere Besteuerung der Börsengeschäfte, durch Erhöhung der Branntweinsteuer unter Wahrung der Interessen besonders der kleineren landwirtschaftlichen Brennereien, sowie durch eine bessere Regelung der Zuckersteuer könnten die Mittel gewonnen werden, um in erster Reihe schwerer drückende Steuern anderer Art zu erleichtern.

Das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz halten sie in vielen Beziehungen für mangelhaft und eine Revision desselben, unter voller Aufrechthaltung der Freizügigkeit, für geboten.

Eine Verschmelzung mit anderen Parteien ist nach ihrer Ansicht unter den gegenwärtigen Verhältnissen durch die Verschiedenheit der Beurteilung entscheidender Tagesfragen ausgeschlossen. Die liberalen Landesparteien Süddeutschlands werden ihre bisherige unabhängige Stellung als Vertreter der Anschauungen großer Bevölkerungskreise nach allen Seiten hin festhalten.

(42 Unterschriften.)

Berliner Erklärung vom 18. Mai 1884.

(Beschluß des Allgemeinen Parteitags.)

Die nationalliberale Partei hält an der Grundlage des Programms vom 29. Mai 1881 fest; sie steht in unverbrüchlicher Treue zu Kaiser und Reich, sowie zu der ungeschmälerten Aufrechterhaltung der durch die Reichsverfassung verbürgten Rechte der Volksvertretung.

Sie wahrt ihre volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit nach allen Richtungen hin; die Verschmelzung mit anderen Parteien ist bei der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse ausgeschlossen.

Sie begrüßt mit lebhafter Befriedigung die auf dem Boden jenes Programms stehende Heidelberger Kundgebung süddeutscher Parteigenossen vom 23. März d. J.

Sie erblickt in derselben und in dem Anklange, welchen die Erklärung in den weitesten Kreisen gefunden, den erfreulichen Beweis für das in der Partei mit neuer Kraft erwachte politische Leben und für die Entschiedenheit und Energie, mit welcher die Parteigenossen in die Bewegung für die bevorstehenden Reichstagswahlen einzutreten entschlossen sind.

Mit den nationalliberalen Landesparteien Süddeutschlands teilt die Partei die Ueberzeugung, daß die Aufrechterhaltung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie zurzeit noch eine Notwendigkeit war.

Um so mehr erachtet sie es aber für geboten, die Reichsregierung in ihren auf die Verbesserung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen gerichteten Bestrebungen, vorbehaltlich einer sorgfältigen Prüfung der einzelnen Maßregeln, mit allen Kräften zu unterstützen. Sie wird vor allem dafür eintreten, daß das Unfallversicherungsgesetz noch im Laufe der Session zustande kommt.

Sie erwartet seitens der Gesinnungsgenossen in allen Teilen Deutschlands die gleiche Entschiedenheit und jene, den Gegensatz örtlicher Interessen überwindende Einigkeit, welche den Erfolg verbürgt.

Sie fordert allerorten die Parteigenossen auf, sich zu sammeln und bei den bevorstehenden Wahlen mit voller Hingebung ihre politische Pflicht zu erfüllen.

Hannoversche Erklärung zur Landtagswahl 1885.

(Beschluß der Landesversammlung vom 20. September 1885.)

Die zur Landesversammlung vereinigten Parteigenossen der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover beschließen, mit aller Kraft die Wahlen zum Abgeordnetenhause im Sinne der Parteiprogramme vom 29. Mai 1881 und 18. Mai 1884 zu fördern.

Sie würdigen in vollem Maße die hochbedeutsame und verantwortliche Stellung Preußens im Reiche. Insbesondere erkennen sie seinen Beruf, die Sozialpolitik des Reichs durch gemeinnützige Einrichtungen zu ergänzen, welche dem Boden der Landesgesetzgebung erwachsen.

Hierunter zählen sie alle Maßregeln zur Erhaltung des Handwerks und eines kräftigen Bauernstandes, zur Hebung des Gewerbefleißes und der landwirtschaftlichen Betriebsamkeit; umfassende Landesmeliorationen der verschiedensten Art; Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts unter entsprechenden Zuwendungen an die Gemeinden; rastlose Entwicklung der Verkehrsmittel; Verbesserung der Armengesetzgebung usw. Unter anderem verweisen sie auf die glücklichen Erfolge, welche durch ein gedeihliches Zusammenwirken von Provinz und Wegeverbänden, wie auch durch Uebertragung der sogenannten außerordentlichen Armenversorgung von den Gemeinden auf die Kreise in der Provinz Hannover bereits erzielt sind.

Aus der Finanzlage in Preußen entnehmen sie die Mahnung, von einer weiteren Abbröcklung der Personalsteuern

abzusehen, hingegen eine gerechtere Verteilung der direkten Steuern entschlossen in Angriff zu nehmen, damit die Belastung dem wirklichen Einkommen möglichst entspricht und dem ausschließlich der Arbeit entsprießenden Verdienst größere Schonung gewährt wird.

Sie betonen nachdrücklich, daß das Ziel dieser Reformen die Entlastung der Kommunen sein muß. Zur Erreichung desselben erachten sie an Stelle schwankender Zuweisungen die zu bestimmten Verwendungszwecken erfolgende Uebertragung eines sicheren und beträchtlichen Teils der Staats-, Grund- und Gebäudesteuern an die Kommunalverbände nach wie vor für zweckmäßig und dringend geboten.

Die Fortbildung und allgemeine Durchführung der Selbstverwaltung, die sorgfältige Bemessung der Befugnisse ihrer Organe, insbesondere gegenüber der Polizeigewalt, den Erlaß von Landgemeinde- und Wegeordnungen vertreten sie als eine Aufgabe von gleich hoher Bedeutung für das weitere Aufblühen des preußischen Staates, wie für die politische und wirtschaftliche Selbsttätigkeit seiner Bürger.

Den immer weitergreifenden Machtansprüchen der römischen Hierarchie und ihrer Parteigänger, zumal den Uebergriffen auf das Gebiet der Schule und freien wissenschaftlichen Forschung kraftvoll entgegenzutreten, ist ihr ernster und fester Entschluß. Von der Initiative der Staatsregierung und ihrer fortgesetzt versöhnlichen Politik, welche die Bedürfnisse einer geordneten Seelsorge für die katholischen Mitbürger berücksichtigt — erwarten sie im geigneten Zeitpunkt eine Beseitigung solcher als Härten empfundenen maigesetzlichen Bestimmungen, deren Aufrechterhaltung das Staatsinteresse nicht gebietet.

Sie begrüßen freudig im Interesse des öffentlichen Gemeinlebens das Wiedererstarken einer von wahrhaft humanem und liberalem Geist beseelten Partei, die den hohen Aufgaben der Gegenwart und den Lehren aus der geschichtlichen Entwicklung des Staates und des Reiches gerecht wird und sich der Verantwortlichkeit des öffentlichen Lebens allezeit bewußt bleibt.

Landtagswahlaufruf vom 1. Oktober 1885.

Der Zentralausschuß der nationalliberalen Partei erläßt folgenden Aufruf: „Die Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause stehen bevor. Wir fordern unsere politischen Freunde auf, ungesäumt mit den Vorbereitungen zur Wahl zu beginnen, die bestehenden Wahlkomitees in Tätigkeit zu setzen; wo solche noch fehlen, neue zu bilden, Beschluß über die aufzustellenden Kandidaten zu fassen, erforderlichenfalls öffentliche Versamm-

lungen abzuhalten und in sonst geeigneter Weise das Interesse der Wähler wachzurufen.

Dem neuen Landtage werden wichtige Aufgaben zufallen. Er wird namentlich berufen sein, die schon zu lange verschobene Reform der direkten Steuern durchzuführen, das Staatseisenbahnsystem weiter zu entwickeln, die Sekundärbahnen zu vermehren, neue Wasserstraßen herzustellen, die Selbstverwaltungsgesetze auf alle Provinzen des Staates zu übertragen, die Schullasten zwischen Staat und Gemeinde gerechter zu verteilen, die Armenlasten durch eine bessere Organisation der Verbände zu erleichtern.

Die nationalliberale Partei bedarf keines neuen Programms, sie wird, wie bisher, in völliger Unabhängigkeit lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten an der positiven Lösung dieser bedeutsamen Aufgaben mitwirken. Sie wird auch im preußischen Abgeordnetenhause alle Maßregeln, welche die Stärke und den Ausbau des Deutschen Reiches zu fördern geeignet sind, unterstützen und alle Bestrebungen bekämpfen, welche den Beruf Preußens gefährden, der Entwicklung und Befestigung deutschen Wesens, deutscher Sprache und Sitte, deutscher Gedanken und Gewissensfreiheit die Bahn zu ebnen.

So bestimmt wir die Vertretung eines einseitigen Klasseninteresses auf Kosten der anderen Klasse ablehnen, so sehr sind wir davon durchdrungen, daß auch im Einzelstaate die sozialen Verhältnisse der arbeitenden Klassen in Stadt und Land der Fürsorge des Staates und der Gemeinden bedürfen. Während im eigenen Interesse des Handwerks die Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit in vollem Maß aufrecht zu erhalten ist, sind alle Bestrebungen der Handwerker für die Hebung ihres Standes, bessere Ausbildung der Lehrlinge und korporative Vereinigung der Meister und Gehilfen durch Gesetzgebung und Verwaltung zu begünstigen. Nicht mindere Fürsorge wird den Interessen der Landwirtschaft zuzuwenden sein.

Der Real- und Personalkredit, insbesondere auch für den kleineren Besitz, ist durch öffentliche Organisationen nach dem Vorbild verschiedener Provinzen im ganzen Staate zu heben, die Bildung von ländlichen Genossenschaften ist zu fördern, durch die Reform der Wegeordnungen sind die Wegebaulasten gerechter zu verteilen. Die Fachschulen für das ländliche und städtische Gewerbe sind zu vermehren und zu vervollkommnen. Die Erleichterung der Volksschullast mit Hilfe der den Gemeinden zu überweisenden Mittel ist ein Gebot der Gerechtigkeit.

Die Verfassung der Landgemeinden ist den heutigen Bedürfnissen und den Forderungen der Selbstverwaltung entsprechend zu reformieren. Die diskretionären Befugnisse der Polizeigewalt sind namentlich zur besseren Sicherung der

Selbstverwaltung der Gemeinden gesetzlich zu regeln und fester zu begrenzen.

Wir sind bereit, solche Maßnahmen der Staatsregierung zu unterstützen, welche ohne Preisgabe der unerläßlichen Rechte der Staatsgewalt in Wahrheit geeignet sind, den kirchlichen Frieden wieder herzustellen. Mit Festigkeit und Folgerichtigkeit aber müssen die stetig wachsenden kirchlichen Prätensionen zurückgewiesen werden. Unter allen Umständen ist der Grundsatz, daß die Schule eine staatliche Veranstaltung sei, für uns unantastbar. Jede unberechtigte Einmischung in die Verwaltung der Schule werden wir bekämpfen. Je fester alle nationalgesinnten Parteien angesichts der bisherigen Erfahrungen sich in diesen Grundsätzen vereinigen, um so eher werden wir zu einer Verständigung gelangen, die ein friedliches Zusammenleben aller Konfessionen unter dem Schutz des deutschen Staates sichert.

Große Reformen sind in den letzten Jahrzehnten zur Durchführung gelangt. Aber noch bleibt viel zu tun übrig. Noch sind erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Die Reformarbeit wird nur dann sicher und stetig von Stufe zu Stufe ihr Ziel erreichen, wenn die Beschlüsse allein durch ruhige objektive Erwägungen direkt und nicht durch partikularistische oder kirchliche, dem Sachlichen fremde Einflüsse, bedingt werden. Hierfür Sorge zu tragen, ist die Aufgabe der Wähler. Tue jeder seine Schuldigkeit, damit die Mehrheit des neuen Abgeordnetenhauses nur aus Männern bestehe, welche entschlossen sind, ohne Nebenrücksichten durch eine stetig fortschreitende Reform der bestehenden Zustände die Wohlfahrt des ganzen Volkes zu fördern.

Der Zentral-Wahlausschuß der nationalliberalen Partei.

Kartell für die Reichstagswahl 1887.

Die Vorstände der nationalliberalen, der Reichspartei und der deutschkonservativen Partei haben sich für die bevorstehenden Reichstagswahlen über folgende Punkte verständigt und bitten ihre Parteigenossen, für die Durchführung derselben zu wirken.

1. Es sollen nur solche Kandidaten aufgestellt werden, welche bereit sind, für das Septennat zu stimmen.

2. Es wird deshalb in der Regel in denjenigen Wahlkreisen, in welchen bisher ein Abgeordneter einer dieser drei Parteien sich im Besitz des Mandats befunden hat, dieser wiedergewählt, oder soweit er das Mandat nicht wieder annehmen kann oder will, der Ersatzmann von derjenigen Partei des Wahlkreises bestimmt, welcher der bisherige Abgeordnete angehört hat.

3. In bisher durch Gegner des Septennats vertretenen Wahlkreisen soll zur Vermeidung von Stichwahlen die Vereinigung über einen gemeinsamen Kandidaten stattfinden. Insofern eine solche innerhalb des Wahlkreises nicht zu ermöglichen ist und die Anrufung der Zentral-Vorstände ohne Erfolg bleibt, gilt als Regel, daß diejenige dieser drei Parteien den Kandidaten bestimmt, welche am stärksten im Wahlkreise vertreten ist, wobei insbesondere die Zahlen der letzten Reichstagswahl von 1884 den geeigneten Anhalt geben werden.

In denjenigen Fällen, in denen dennoch die Aufstellung mehrerer Kandidaten aus den drei Parteien unvermeidlich wird, ist in der Stichwahl dem Anhänger des Septennats von allen drei Parteien unbedingte Unterstützung zu leisten.

4. Die Partei-Vorstände werden dahin wirken, daß in Aufrufen und Ansprachen, sowie in der befreundeten Presse alles vermieden wird, was das geschlossene Zusammengehen der drei Parteien in der Wahlbewegung gefährden könnte.

Berlin, den 15. Januar 1887.

Aufruf zur Reichstagswahl 1887.

Ein gefährlicher Streit ist über unser Vaterland hereingebrochen. Die Auflösung des Reichstags und die bevorstehenden Neuwahlen rufen alle Deutsche zu einer folgenschweren Entscheidung. Eine aus bunten Bestandteilen der Opposition zusammengesetzte, nur in der Verneinung einige Mehrheit wich zwar angesichts der Macht der Tatsachen und der Stimmung des deutschen Volkes vor dem anfänglichen Versuch, die Notwendigkeit der Verstärkung unserer Wehrkraft offen zu bestreiten, zurück, weigerte sich dann aber, die Friedenspräsenz des Heeres wie bisher auf sieben Jahre zu bewilligen. Sie brach die selbst in friedlicher Zeit von allen Seiten für notwendig erachtete und auf dieser Grundlage zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage gefundene Einigung, welche sich zwölf Jahre hindurch den Anforderungen einer festen Heeresorganisation und den Rechten des Parlaments gegenüber als der beste Ausgleich bewährt hatte. Das deutsche Volk, umringt von äußeren Gefahren, mußte erleben, daß die Mehrheit seiner Vertreter eine maßvolle, hinterher selbst von der Mehrheit des Reichstags als notwendig zugestandene Erhöhung der Friedenspräsenz trotz der eindringlichsten Bitten und Ermahnungen des großen Heerführers in seiner Mitte an Bedingungen knüpfte, welche nach der Natur der Sache, nach den Erklärungen der Reichsregierung und den bestimmtesten Versicherungen aller bewährten Sachkenner unvereinbar sind mit den festen Grundlagen der Heeresorganisation und somit

die durch eine Erhöhung unserer Wehrkraft verstärkte Sicherheit unseres Landes gerade im gegenwärtigen Augenblicke gefährden würden. Die Mehrheit des Reichstags hat so die Verstärkung unserer Heeresmacht zur Verteidigung des Vaterlandes und zur Wahrung des Friedens ins Ungewisse verzögert und, wenn die deutschen Wähler nicht helfen, verhindert. Sie hat ohne Not, wo die höchsten Interessen des Vaterlandes die volle Einigkeit im Innern erfordern, die Brandfackel der Zwietracht in das junge deutsche Verfassungsleben geschleudert, und wahrlich, unheilvoll werden die Folgen sein, falls nicht das deutsche Volk Wandel schafft.

Darum wenden wir uns an alle Deutsche ohne Unterschied der Partei und Konfession, deren Herzen besorgt sind um die Zukunft des Vaterlandes, welche die Sicherheit und Unabhängigkeit des neu erstandenen Deutschen Reiches höher achten, als die rücksichtslose Geltendmachung von Fraktionsprogrammen, welche in dem Kampf um die gesetzlichen Grundlagen unseres deutschen Heeres, dieses Palladiums der Unabhängigkeit der Nation, zugleich eine schwere Gefahr für eine gedeihliche, fortschreitende Entwicklung im Innern erblicken. Mögen sie sich fest zusammenscharen, möge ein jeder ohne Rücksicht auf persönlichen Vorteil oder Nachteil, ohne Befangenheit in den Anschauungen der Fraktionen nur des Vaterlandes gedenken!

Unseren näheren politischen Freunden aber rufen wir zu, daß diesmal vor allem ein jeder seine Schuldigkeit tue. Unsere Stellung zu den großen Fragen der Reichspolitik bleibt dieselbe wie bisher. Entscheidend aber ist heute die Sicherung des Landes, der Friede nach Außen und nach Innen. Steht fest auf der Schanze, kläret das Volk auf, retet den Keim schon der inneren Zwietracht nieder, verhütet die Ermutigung des Auslandes, wählet nur Männer, welche hierfür Sicherheit bieten!

Wir sind des Vertrauens, daß das deutsche Volk auch diesmal alle Lockungen und Versuchungen zum Rückfall in die alte Uneinigkeit und den inneren Hader, unter dem wir Jahrhunderte litten und verdarben, siegreich zurückweisen wird.

Berlin, den 16. Januar 1887.

Das nationalliberale Zentralwahlkomitee

und die bisherigen nationalliberalen Mitglieder des Reichstages:

Dr. Adae. Dr. Arnsperger. v. Benda. v. Bennigsen. v. Bernuth. Dr. Böttcher. Buderus. Dr. Bürklin. Brünings. Dr. Buhl. Cornelsen. Dr. v. Cuny. Diffené. Feustel. v. Fischer. Francke. Gebhard. Dr. Gneist. Gottburgsen. Dr. Groß. Dr. Haarmann. Dr. Hammacher. Haupt. Hobrecht. Holtzmann. v. Hülst.

Dr. Jerusalem. Kalle. Klumpp. Krämer. Krafft. Dr. Kruse. Leemann. Lent. Dr. Marquardsen. Meier (Bremen). Dr. Meyer (Jena). Miquel. Dr. Müller (Sangerhausen). Noppel. Oechelhaeuser. Dr. Oetker. Penzig. Pfähler. Dr. Roemer. Dr. Sattler. Scipio. Dr. Schreiner. Stöcker (Rothenburg). Struckmann. Dr. Tröndlin. Ulrich. Veiel. Woermann. Dr. Max Weber. Dr. Friedrich Weber. Zeitz. Ziegler.

Preußisches Parteiprogramm von 1888.

(Aufruf zu den Landtagswahlen.)

Die Wahlen zum Preußischen Landtag stehen bevor. Mehr als je werden dieselben für die nächsten fünf Jahre von entscheidender Bedeutung für die innere Entwicklung Preußens und somit auch des Deutschen Reiches sein.

Ernste schwere Zeiten liegen hinter uns. Zwei ruhmvolle preußische Könige, den großen Begründer des Deutschen Reiches und seinen hochherzigen Sohn, den vornehmsten Mitstreiter in dem Kampfe um die deutsche Einheit und Selbständigkeit, sahen wir bald nacheinander ins Grab sinken. König Wilhelm II. bestieg den Thron seiner Väter.

Diese gewaltigen Ereignisse sind dank der unzerreißbaren Verbindung von Herrscherhaus und Volk, dank der festen und gesunden Grundlagen unseres Staatswesens ohne Erschütterungen vorübergegangen.

Eine starke, Freiheit und Ordnung sichernde, die Wohlfahrt aller Klassen des Volkes gleichmäßig fördernde Königsgewalt; eine fortschreitende, den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht werdende Gesetzgebung; eine von einer pflichtgetreuen, ihrer hohen Aufgabe bewußten Beamtenschaft getragene Verwaltung; Ordnung und Sparsamkeit im Finanzwesen; lebendige selbstverantwortliche Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates und der Staatsglieder; Handhabung des Rechts durch unabhängige Gerichte; Freiheit und Förderung der wissenschaftlichen Forschung, wie der allgemeinen Volksbildung; Gleichheit und Unantastbarkeit der staatsbürgerlichen Rechte aller Konfessionen; Regierung nach Verfassung und Gesetz; — dies sind die starken Fundamente des preußischen Staates, dies die Ueberlieferungen, welche jede Landesvertretung festhalten und nötigenfalls verteidigen muß.

Dem preußischen Herrscherhaus ist innerhalb des Reiches eine leitende Stellung zugefallen, und damit sind dem preußischen Staate besondere Pflichten auferlegt.

Preußen muß, allen anderen Staaten voran, seine Macht und seine Mittel dem Reiche zur Verfügung stellen

und der erste Diener von Kaiser und Reich sein. Die Stärkung des Reiches ist zugleich die beste Gewähr für das Gedeihen Preußens.

Die nationalliberale Partei hat seit den ersten Tagen ihrer Bildung dies als den obersten Leitstern ihres politischen Verhaltens angesehen und unentwegt die Reichspolitik auch innerhalb Preußens nach besten Kräften unterstützt. Sie wird auch in Zukunft dieser deutschen Politik getreu bleiben, welcher die segensreiche Entwicklung der neueren politischen Institutionen Deutschlands vor allem zu verdanken ist.

Gesetzgebung und Verwaltung der einzelnen Staaten sollen im Einklang mit der Reichspolitik fortschreiten und die von derselben verfolgten Ziele in gleichem Sinne innerhalb der Einzelstaaten weiterführen.

Insbesondere muß die von der Reichsregierung angestrebte Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen die Tätigkeit der Einzelstaaten und der Gemeinden in gleiche Richtung leiten, soweit Kompetenz und Mittel derselben reichen.

Die durch die Aufhebung der staatlichen Steuerpflicht der untersten Stufen der Klassensteuer und die Beseitigung des Volksschulgeldes zu diesem Zwecke getroffenen bedeutsamen Maßregeln sind durch eine Reform der direkten Steuern behufs deren gerechter Verteilung nach Maßgabe des Einkommens und zur Erleichterung der minder begüterten Klassen in Stadt und Land zu ergänzen. Insbesondere bedarf die Gewerbesteuer-Gesetzgebung in dieser Richtung einer durchgreifenden Revision.

Durch solche Reformen, wie durch die erhöhten Ueberweisungen aus den Einnahmen des Reiches werden, in Verbindung mit den wachsenden eigenen Einnahmen, dem Staate die Mittel gesichert, ohne weitere Steuerbelastung unerläßliche Aufgaben zu erfüllen.

Als solche Aufgaben betrachten wir vor allem:

die Entlastung der Gemeinden und die Ersetzung der schwankenden Zuweisungen aus den Getreidezöllen durch feste gesetzlich normierte Beträge, insbesondere durch Ueberweisung eines Teiles der Grund- und Gebäudesteuer;

die weitere Uebernahme der Schullasten durch den Staat;

die gesetzliche Regelung und gerechtere Verteilung der letzteren;

die Befreiung der Lehrer von den Beiträgen zu den Witwen- und Waisenkassen;

die Herabsetzung des Stempels bei Veräußerungen und Verpachtungen von Grundbesitz;

die gesteigerte Verwendung von Mitteln für die Landesmelioration, insbesondere auch die entschiedene Durchführung von Maßregeln zum Schutz der von den Hochfluten bedrohten Gegenden;

die erhöhte Förderung des gewerblichen Unterrichts und der landwirtschaftlichen Schulen;

die fortschreitende Ausdehnung des Eisenbahnnetzes;

die Schiffbarmachung und Regulierung der Flüsse, die Herstellung neuer Wasserstraßen und die Nutzbarmachung derselben für die Landwirtschaft.

Nach dem vorläufigen Abschluß der Gesetzgebung über die Verwaltungsjustiz und die Kreis- und Provinzialverwaltung bleibt auf dem Gebiete der Selbstverwaltung vor allem die Reform der Verfassung und Verwaltung der Landgemeinden übrig.

Die lebendige, gesetzlich geregelte Teilnahme des Volks an der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten hat sich in den größeren Bezirken vollkommen bewährt und der Staatsgewalt neue Kräfte zugeführt.

Sie bleibt aber unvollständig, solange die Selbstverwaltung der Gemeinden, der untersten Stufen der Staatsordnung, nicht den heutigen Bedürfnissen entsprechend geregelt ist.

Die Verschiedenheit der sozialen und historischen Verhältnisse wird nicht überall eine in allen Einzelheiten gleiche Ordnung des Gemeindewesens erfordern oder zulassen, wohl aber können die wichtigsten Grundlagen der Verwaltung der Gemeinden, ihre Rechte und Pflichten, die Verteilung der Lasten und dementsprechend die Vertretung, nach übereinstimmenden Grundsätzen geregelt werden.

In verschiedenen Landesteilen ist die Zusammenlegung von Gemeinden bezw. Gutsbezirken, welche für sich den heute an die Gemeinde gestellten Anforderungen nicht mehr gewachsen sind, zur Erfüllung gesetzlich bestimmter Aufgaben nicht länger zu vermeiden. Die Verfassung dieser Verbände muß eine gerechte Vertretung und Verteilung der Lasten vorsehen, ohne die bisherigen korporativen Rechte der vereinigten Verbände aufzuheben oder weiter als notwendig ist, zu beschränken.

Diese Reformen werden den endlichen Erlaß eines Schulgesetzes, der in vielen Provinzen dringend notwendigen Wegeordnungen, die Verbesserung des Armenwesens, insbesondere auf dem Land, die festere Abgrenzung der Polizeigewalt und in allen diesen Beziehungen eine gerechtere Verteilung der Lasten ermöglichen, jedenfalls erleichtern.

Wir werden mit Entschiedenheit auf die Durchführung solcher, auch zur Ausgleichung bestehender Interessengegensätze und zur Erhaltung und Stärkung der mittleren ländlichen Besitzungen notwendigen organischen Gesetze dringen und hoffen, dieselben in Uebereinstimmuug mit der Staatsregierung und den anderen Parteien wie bei der Kreis- und Provinzialordnung ins Leben zu rufen.

Wir haben gern mitgewirkt, um der evangelischen Kirche eine größere Selbstverwaltung und eine freiere Vertretung unter Mitwirkung des Laienstandes zu sichern und werden stets bereit sein, berechtigten Wünschen und Bedürfnissen derselben, soweit der Staat dazu mitzuwirken berufen ist, entgegenzukommen. Wir werden aber auch in Zukunft alle Bestrebungen, eine hierarchische Gewalt innerhalb der evangelischen Kirche zu begründen, die historische Verbindung derselben mit dem Staatsoberhaupte zu lockern, die evangelische Gemeindefreiheit zugunsten einer übermäßigen Zentralisation zu vermindern und einseitige Richtungen zur ausschließlichen Herrschaft innerhalb der evangelischen Volkskirche zu bringen, mit aller Entschiedenheit bekämpfen.

Die zur Wiederherstellung eines friedlichen Verhältnisses mit der römischen Kirche vom Staat gemachten weitgehenden Zugeständnisse haben uns schwere Bedenken eingeflößt. Diese Bedenken müssen jedoch gegenwärtig zurücktreten, wenn jene Gesetze sich als geeignet erweisen, den auch von uns dringend gewünschten Frieden zwischen Staat und Kirche dauernd zu erhalten und der Streit nicht zu dem Zweck fortgesetzt wird, um weitere mit der Stellung des Staates gegenüber den Konfessionen unvereinbarliche Zugeständnisse zu erreichen.

Wir verwerfen alle direkten und indirekten Versuche, der preußischen Volksschule ihren Charakter als einer staatlichen Veranstaltung zu nehmen oder sie durch die sogenannte Schulfreiheit, d. h. durch eine Loslösung der Schule von der staatlichen Aufsicht und Leitung zu untergraben. Wir werden eintreten für den baldigen Erlaß eines Schulgesetzes, welches solchen für die Volksbildung und das Staatswohl nachteiligen Bestrebungen jeden Boden entzieht.

Bei voller Anerkennung der hohen Bedeutung des religiösen Unterrichts in den Schulen werden wir dahin zu wirken suchen, daß den bezeichneten Tendenzen auch in der Verwaltung keinerlei Vorschub geleistet und die Freiheit und Unabhängigkeit der preußischen Volksschule von allen unberechtigten Einflüssen bewahrt wird.

Große, von uns und unseren Vorfahren erworbene Güter sind zu behaupten, bedeutende und schwierige Reformen in der Zukunft durchzuführen. Beides ist, wie die Erfahrung der letzten Jahrzehnte erwiesen hat, nur möglich, wenn die Mehrheit der Landesvertretung sich von radikalen Tendenzen und persönlichen Gegensätzen freihält und nicht ihre Hauptaufgabe in der Verfolgung einseitiger kirchlicher oder weltlicher Ziele sieht.

Wer einen stetigen, gesicherten Gang des Staatslebens erhalten und befestigen will, der wirke für die Wahl gemäßigt

liberaler Abgeordneter, welche die freiheitlichen Institutionen des Landes zu vertreten und jeden praktisch erreichbaren Fortschritt im Interesse des Gesamtwohles des Volkes anzustreben entschlossen sind.

Die letzten Wahlen zum Deutschen Reichstage haben dargetan, daß diese Anschauung von der großen Mehrheit des Volkes geteilt wird und daß es nur einer getreuen Pflichterfüllung aller zur Wahl Berufenen bedarf, um ihr zum Siege zu verhelfen.

Wir vertrauen und hoffen, daß die preußischen Wähler und Wahlmänner diese erste Pflicht eines jeden zur Ausübung politischer Rechte berufenen Staatsbürgers gegen das Vaterland voll und ganz erfüllen werden.

Unsere politischen Freunde fordern wir auf, ohne Verzug in allen Wahlkreisen, wo dies noch nicht geschehen sein sollte, die Vorbereitungen für die Wahlen zu beginnen, Wahlvereine zu bilden, durch Wort und Schrift die Wähler über die Bedeutung der Wahlen aufzuklären, geeignete Kandidaten aufzustellen und nichts zu versäumen, um den Sieg der von uns vertretenen Sache zu sichern.

Berlin, den 15. September 1888.

(Unterzeichnet von sämtlichen bisherigen Landtagsabgeordneten und 83 Vertrauensmännern der Partei in Preußen.)

Kartell für die Reichstagswahl 1890.

Die Vorstände der nationalliberalen, der deutschen konservativen und der Reichs- und freikonservativen Parteien haben das Wahlkartell von 1887 für die bevorstehende Reichstagswahl in folgender Weise erneuert:

I. Es wird empfohlen:
   1. Bei der Aufstellung des Kandidaten den Besitzstand der Parteien aufrecht zu erhalten.
   2. In den bisher von Mitgliedern sonstiger Parteien vertretenen Wahlkreisen sich über den gemeinsamen Kandidaten zu verständigen.
   3. Falls dennoch eine Einigung im Wahlkreise nicht gelingt, sich an den Zentral-Vorstand der eigenen Partei in Berlin zu wenden. Dieser wird mit den hierzu bestellten Vertretern der Zentral-Vorstände der anderen Kartellparteien die Einigung herbeizuführen versuchen.

II. Sollten gleichwohl im ersten Wahlgange Kandidaten der Kartellparteien einander gegenüberstehen und einer derselben mit Kandidaten der sonstigen Parteien

in die Stichwahl kommen, so wird einmütiges Eintreten für den Ersteren bestimmt erwartet.

III. Die Partei-Vorstände werden dahin wirken, daß in Aufrufen und Ansprachen, sowie in der befreundeten Presse alles vermieden wird, was das geschlossene Zusammengehen der drei Parteien in der Wahlbewegung gefährden könnte.

Berlin, den 3. Dezember 1889.

Aufruf zur Reichstagswahl 1890.

Der Tag naht heran, an welchem das deutsche Volk wiederum die Entscheidung treffen soll, welchen Parteien und welchen Männern die Vertretung der höchsten Interessen des Vaterlandes anzuvertrauen ist.

In den Wahlen des Jahres 1887 bekundete die Mehrheit der Wähler den festen Willen, den Frieden im Innern aufrecht zu erhalten, unnötige Konflikte mit der Reichsregierung zu verhüten, die für die Sicherung des Friedens nach außen, wie für die Unabhängigkeit, Ehre und Machtstellung des Reiches unerläßlichen Mittel zu bewilligen und auf dieser gesicherten Grundlage unter voller Aufrechterhaltung aller bestehenden freiheitlichen Einrichtungen und Volksrechte eine Politik fortschreitender sozialer Reformen durchzuführen. Der damals gewählte Reichstag hat diesen Auftrag getreulich erfüllt. Der von seinem Vorgänger ohne alle Not heraufbeschworene, in der gespannten Lage Europas, deren ganze Gefahr inzwischen allgemein bekannt gewordene Tatsachen erst völlig klargestellt haben, doppelt verhängnisvolle Militärkonflikt wurde verhütet, die Wehrkraft des Reiches zu Lande und zu Wasser entsprechend den vermehrten Rüstungen unserer Nachbarn befestigt und erhöht.

Durch die Reform der Zucker- und der Branntweinbesteuerung wurden die hierfür sowie für andere dringliche Aufgaben des Reichs in absehbarer Zeit erforderlichen Mittel gewonnen und die Einzelstaaten von dem sonst in das Uebermaß wachsenden Drucke der Umlagen für Reichszwecke befreit.

Nicht minder fruchtbar war die Tätigkeit des Reichstages auf dem Gebiete wirtschaftlicher und sozialer Reformen. Wir brauchen nur hinzuweisen auf die Verabschiedung des Genossenschaftsgesetzes, auf die Ausdehnung der Wohltaten der Unfallversicherung auf weitere große Berufskreise, endlich auf das hochbedeutsame grundlegende Gesetz, welches zum erstenmal in der Geschichte mehr als 11 Mill.

Arbeitern für den Fall der Invalidität und des Alters feste Lebensrenten sichert.

Alle schon bei den letzten Wahlen von den Gegnern ausgestreuten Befürchtungen wegen angeblich drohender Verkürzung der Volksrechte, namentlich des Wahlrechts oder der beabsichtigten Einführung von Monopolen, sind dagegen zuschanden geworden und werden in Zukunft keinen Glauben mehr finden.

Die aus dem Reichstage selbst beantragte Verlängerung der Wahlperiode auf 5 Jahre entspricht dem bei fast allen, auch den freiesten Völkern bestehenden Brauche, wird den parlamentarischen Einfluß verstärken, die planmäßige Erledigung der Geschäfte erleichtern und in einem Lande mit so vielen politischen und anderen Wahlen als eine Wohltat im Interesse des inneren Friedens empfunden werden.

Die freiheitlichen Einrichtungen könnten nur dann in Gefahr kommen, wenn die gemäßigten Auffassungen von bürgerlicher Freiheit, deren Ausdruck sie sind, und deren entschiedene Vertreter wir seit Jahrzehnten waren, ihre Geltung im Volke verlören. Sie sind heute von niemand bedroht.

Wahrhaft bedroht aber und gefährdet ist die jetzige, stetig fortschreitende Entwicklung Deutschlands durch den Ansturm der verbündeten Gegner. Diesen Ansturm zurückzuweisen, ist heute wie vor drei Jahren die gemeinsame Aufgabe aller Parteien, welche, gleichviel ob von liberalen oder konservativen Grundanschauungen bestimmt, davon durchdrungen sind, daß in der Gegenwart ein einmütiges Zusammenwirken einer staatserhaltenden Mehrheit mit einer starken, gerechten und wohlwollenden Regierung doppelt notwendig ist. Auf diesem Wege allein ist das Deutsche Reich begründet, trotz aller Schwierigkeiten ausgebaut und zu seiner heutigen Machtstellung und Blüte gelangt. Mögen die deutschen Wähler dies wohl beherzigen und sich nicht verwirren lassen durch die Lockrufe oder die Schreckgespenster, welche von einer Vereinigung von Gegnern ausgehen, die unter sich gespalten, nur verneinen, nichts Gemeinsames schaffen könnten und das deutsche Staatsschiff bald wieder auf Klippen und Sandbänke führen würden.

Dem nächsten Reichstage sind große gewaltige Aufgaben gestellt.

Er soll vor allem die Einheit des Rechts durch die Schaffung eines den heutigen Rechtsanschauungen entsprechenden bürgerlichen Gesetzbuchs in deutscher Sprache vollenden. Er soll das Werk der sozialen Reform, das der treuen

Fürsorge des kaiserlichen Enkels übergebene Vermächtnis des großen Gründers des Deutschen Reiches, seines ersten Kaisers, ausbauen, unter weiser Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, insbesondere im Wettbewerb mit dem Auslande. Die Bestrebungen zur Erweiterung und Durchführung eines angemessenen Schutzes der Arbeiter, wie solche von dem gesamten Reichstage wiederholt gutgeheißen wurden, sind zum Abschluß zu bringen.

Wie bisher erachten wir es für unsere Pflicht, den Staat und die Rechtsordnung gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie zu schützen und die dazu wirklich unerläßlichen Machtmittel den Regierungen zu gewähren.

In der auswärtigen Politik werden wir auch fernerhin der bewährten Leitung unseres Reichskanzlers folgen. Ihr verdanken wir vor allem die Erhaltung des Friedens und als seine feste Bürgschaft den innigen Freundschaftsbund mit den Nachbarreichen Oesterreich-Ungarn und Italien.

Nachdem die geeinigte deutsche Nation gleich allen großen Völkern in Vergangenheit und Gegenwart, die ersten Schritte auf dem Gebiete überseeischer Kolonisation zur Erweiterung und Sicherung ihrer Erwerbstätigkeit getan hat, werden wir die vorsichtige, hierauf gerichtete Politik des Reiches auch weiter unterstützen, nicht minder die Teilnahme Deutschlands an den europäischen Bestrebungen zur Verbreitung christlicher Kultur in Afrika und zur Unterdrückung des Sklavenhandels befördern.

Die großen außerordentlichen Bewilligungen für die bessere Ausrüstung unseres Heeres haben im wesentlichen ihren Abschluß gefunden. Es ist somit an der Zeit, das Finanzwesen des Reichs namentlich durch Einführung einer regelmäßigen Schuldentilgung besser zu ordnen und daneben auf eine Erhöhung der Gehälter der unteren und mittleren Reichsbeamten Bedacht zu nehmen. Im übrigen ist die Reform der direkten Staats- und Kommunalsteuern behufs gerechterer Heranziehung der großen Einkommen und entsprechender Entlastung der Minderbegüterten in Stadt und Land die Aufgabe der Einzelstaaten.

Diese und andere Reformen sind nur erreichbar mit einem Reichstage, dessen Mehrheit, fern von allen persönlichen Gegensätzen und grundsätzlicher Opposition, unbefangen und unabhängig die Vorlagen der Reichsregierungen prüft und lediglich nach sachlichen Rücksichten entscheidet.

Für die Wahl einer solchen Mehrheit einzutreten, ist heute mehr als jemals die Pflicht aller Vaterlandsfreunde. Nicht im Interesse der Partei, für das Vaterland

rufen wir unsere Freunde auf, daß ein jeder seine Schuldigkeit tue. Es ist Eure, es ist die Sache des Deutschen Reiches, um welche es sich handelt. Vereinigt Euch, bezeichnet den Mann Eures Vertrauens im Vereine mit den uns nahe stehenden Parteien, wirkt belehrend durch Wort und Schrift. Lasset Euch leiten durch die großen, vaterländischen Gesichtspunkte, nicht durch kleine Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze.

So wird auch diesmal aus der Wahlurne eine Mehrheit hervorgehen, welche jeden Rückschritt zurückweist, fortschreitende Reformen durchzuführen imstande und gewillt ist, den Frieden unter allen Volksklassen erhält und befestigt, in allen Wechselfällen der Zukunft aber starke Bürgschaften bietet für die gedeihliche Entwicklung unseres Vaterlandes, die Sicherung von **Kaiser und Reich.**

Berlin, 26. Januar 1890.

Das Zentralwahlkomitee der nationalliberalen Partei.

Berliner Erklärung vom 31. Mai 1891.

(Beschluß des Allgemeinen Delegiertentages.)

Der Delegiertentag erklärt:

1. daß es Aufgabe der Partei in Fragen der Reichs- und Landespolitik ist, unter Betonung ihrer altbewährten Treue zu Kaiser und Reich ihre durchaus selbständige, von der Rücksicht auf das Wohl des Ganzen gebildete, nach jeder Seite unabhängige Haltung zu bewahren und insbesondere die alten liberalen Grundsätze zu pflegen;

2. daß er auf sozialpolitischem Gebiete einen Ruhepunkt für gekommen erachtet, der es gestattet, der praktischen Durchführung der im letzten Jahrzehnt geschaffenen Gesetzgebung die volle Sorge zuzuwenden, unter gleichzeitiger aufmerksamer Beobachtung der laufenden und etwa noch auftauchenden sozialen Bedürfnisse;

3. daß die Partei nach wie vor an dem Grundsatze festhält, daß wirtschaftliche Fragen nicht zur Grundlage politischer Parteien dienen sollen, und deshalb in der Frage der Handels- und Zollpolitik und des Deutsch-Oesterreichischen Handelsvertrages jedem Einzelnen nach seinem pflichtgemäßen Ermessen die Entscheidung überlassen bleiben muß.

Ansprache vom 23. März 1892.

Berlin, den 23. März 1892.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei hat sich heute auf Grund des neuen Statuts vom 20. Januar 1892

konstituiert und fordert die Parteigenossen auf, überall auch die Organisation in den Einzelstaaten, Provinzen, sowie in den Kreisen zum Abschluß zu bringen; denn fester Zusammenschluß und ununterbrochene politische Tätigkeit und Wachsamkeit ist dringend geboten.

Unsere Partei vollendet soeben das erste Vierteljahrhundert ihres Wirkens. Mit Befriedigung darf sie dieser, an Kämpfen und Erfolgen reichen Vergangenheit gedenken. Stets bestrebt, die schwer errungene Einigung des Vaterlandes zu kräftigen, ist sie jedem unberechtigten Partikularismus nachdrücklich entgegengetreten. Getreu ihren liberalen Grundsätzen hat sie in entscheidender Weise mitgewirkt, die Rechte des Volkes und seiner Vertretungen gesetzlich zu sichern und kräftig zu wahren, sowie die Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde zu entwickeln Sie hat nie gezögert, die freiheitlichen Errungenschaften, wo Gefahr drohte, zu verteidigen; noch in neuester Zeit wieder hat sie dies durch ihre einmütige, ausdauernde Haltung gegenüber den auf eine Umgestaltung des Volksschulwesens in Preußen gerichteten, gefahrvollen Bestrebungen betätigt.

Festen und selbständigen Sinnes, geeint und unverdrossen treten wir auch ferner ein für die großen vaterländischen Interessen, für unsere liberalen Ueberzeugungen, für die hohen geistigen Güter der Nation, wie für Schutz und Förderung des wirtschaftlichen Lebens; — in alter Treue zu Kaiser und Reich!

Zum Gedächtnis unserer bisherigen und zur Bekräftigung unserer künftigen Gemeinschaft im Verbande der nationalliberalen Partei haben wir in Aussicht genommen, am 22. Mai d. J. in Eisenach ein Allgemeines Parteifest, über dessen Einzelheiten noch nähere Mitteilung ergeht, zu veranstalten, wozu alle Parteigenossen im Reiche hiermit freundlichst eingeladen werden.

Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei.

Hobrecht.

Aufruf zur Reichstagswahl von 1893.

Deutsche Wähler!

Der Reichstag ist aufgelöst. Wiederum, wie im Jahre 1887, ist das deutsche Volk berufen, über die Erfordernisse der Sicherheit und Machtstellung des Reiches zu entscheiden.

Mit schweren Opfern ist das Reich auf den blutigen Schlachtfeldern der Jahre 1870/71 erkämpft worden. Begründet und ausgebaut durch den unvergeßlichen Kaiser Wilhelm I.

und die unvergleichliche Staatskunst des Fürsten Bismarck, ist es uns zur Erhaltung und Pflege überantwortet.

Gegenüber der von Jahr zu Jahr wachsenden Heeresmacht Frankreichs und Rußlands mußten neue und große Anforderungen an die Opferwilligkeit der Nation gestellt werden. Nicht leichten Herzens sind die Vertreter unserer Partei im Reichstag an die Beratung der Militärvorlage herangetreten. Ihrer ernsten Verantwortung eingedenk haben sie eine Verständigung über das notwendige Maß der Bewilligung angestrebt. Die Grundlage dafür war endlich mit Zustimmung der verbündeten Regierungen gewonnen.

Unter dem Banne engherzigen Fraktionsgeistes fand sich jedoch aus den verschiedensten, nach ihren Grundanschauungen weit auseinander strebenden Parteien eine Mehrheit zusammen in der Verneinung.

Die Mehrheit hat den verhängnisvollen Streit heraufbeschworen. Sie hat neue Unsicherheit in unsere, der Ruhe und Stetigkeit so dringend bedürfenden wirtschaftlichen Verhältnisse hereingetragen. Sie hat die gedeihliche Entwicklung unseres Verfassungslebens aufs schwerste gefährdet.

Die großen, von den weitesten Kreisen des Volkes lange ersehnten Vorteile der geplanten Heeresreform sind damit wieder in Frage gestellt.

Die zweijährige Dienstzeit sollte die persönliche Militärlast erleichtern, die vollkommenere Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, dieses ruhmreichen Erbteils der Freiheitskriege, sollte sie gerechter und gleicher verteilen. Im Falle des Krieges sollten die Jüngeren die erste Schlachtlinie bilden, die Aelteren, die verheirateten Mannschaften, den zweiten Wall im Unabhängigkeitskampfe verteidigen. Die Vermehrung unserer Streitkräfte sollte das Uebergewicht der großen Militärstaaten gegen uns wieder wettmachen, unserem Kultur- und Wirtschaftsleben das unentbehrliche Gefühl der Sicherheit dauernd erhalten.

Das waren die Ziele der von der Reichstagsmehrheit abgelehnten Vorlage.

Gewiß, eine solche Reform erheischt bedeutende finanzielle Lasten. Aber es handelt sich um die Ehre und Machtstellung des Reiches, um wirksamere Bürgschaften für den europäischen Frieden und, wenn uns der Krieg aufgezungen wird, für die Erringung des Sieges. Es handelt sich um den Schutz der ehrlichen Arbeit in allen Gewerben. Niemals haben wir es an uns fehlen lassen, wo diese höchsten nationalen Güter verteidigt werden mußten. Bleiben wir unserer Vergangenheit treu! Deutschland, inmitten zweier großer Militärstaaten, soll frei sein nach außen, stark genug, um im Rahmen des Dreibundes als Friedenshort in Europa sich ferner zu bewähren.

Große Aufgaben sind auch im Innern noch zu vollbringen.

Seit ihrer Entstehung hat unsere Partei selbstlos, in voller Unabhängigkeit, besonnen und mit reichem Erfolg für die nationale Einheit, für verfassungsmäßige Freiheit, für verfassungsmäßiges Recht gestritten. Sie wird ihrer nationalen Pflichten, ihrer liberalen Ziele auch in dieser schweren Zeit eingedenk bleiben.

Möge der gesunde Sinn des Volkes den unheilvollen Streit um die Sicherheit des Landes zu glücklicher Lösung bringen, damit unsere tätige Sorge sich der Kräftigung des Reichsgedankens, der Reform der Reichsfinanzen, der Bewahrung und Festigung bürgerlicher Ordnung und Freiheit, der Versöhnung der Gegensätze, der Förderung des Wohles der weniger bemittelten Klassen dauernd und ungehindert zuwenden kann! Insbesondere gilt es, die durch die neuere wirtschaftliche Entwicklung vorzugsweise gefährdeten Mittelklassen in Stadt und Land zu stärken, dem Handwerker- und Kaufmannsstand, wie der durch die wachsende auswärtige Konkurrenz bedrängten Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen.

Mit voller Entschlossenheit ist die revolutionäre Gefahr der Gegenwart, namentlich die gewissenlose Verführung der Arbeiter, zu bekämpfen. In diesem Kampfe müssen alle Freunde des inneren Friedens fest zusammenstehen.

Wohlan denn, tue jeder seine Schuldigkeit. Heute handelt es sich nicht um den Vorteil einer Partei. Das Vaterland ruft euch zur treuen Erfüllung eurer Bürgerpflicht. Auf zur Arbeit! Vorwärts zum Siege! Allezeit in unwandelbarer Treue zu Kaiser und Reich!

Berlin, den 9. Mai 1893.

Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei.

Dr. Aub. Dr. Bassermann. von Benda.
Dr. von Bennigsen. Dr. Blankenhorn. Dr. Böttcher.
Dr. Buhl. Dr. Bürklin. Büsing. Dr. von Cuny.
Dr. Enneccerus. von Eynern. Duvigneau. Fieser.
Francke. Dr. Friedberg. Dr. Gensel. Gibsone.
Dr. von Gneist. Dr. Grimm. Grübel. Dr. Hammacher.
Hobrecht. Holtermann. Holtzmann. Hurtzig. Dr. Kahl.
Dr. Kaufmann. Dr. Krause. Dr. von Kreß. Lent.
Dr. von Marquardsen. Dr. G. Meyer. Möller.
Oechelhäuser. Dr. Osann. Patzig. Peters.
Eugen Pfeiffer. Dr. Pieschel. A. vom Rath.
Dr. Sattler. C. L. Schäfer. Dr. Schall. Dr. von Schauß.
Simon. Schmieding. Schneider. Seyffardt. Siegle.
Stälin. Wagner. Wallbrecht. Dr. Fr. Weber.
Dr. Websky.

Wahlaufruf zur Landtagswahl von 1893.

Die Neuwahlen zum Landtag stehen bevor. In der verflossenen Legislaturperiode ist klarer als je zutage getreten, welch' hohe Bedeutung der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses innewohnt. Mit ganzer Kraft muß daher die nationalliberale Partei in die Wahlbewegung eintreten, zur vollen Durchführung ihres Programms vom 15. September 1888.

Preußens Stellung in Deutschland legt ihm die Pflicht auf, in erster Linie an der Stärkung des Reiches mitzuwirken, die eigene Gesetzgebung und Verwaltung mit den im Reiche verfolgten Zielen in Uebereinstimmung zu bringen.

Das Streben der Reichsgesetzgebung, die Lage der arbeitenden Klassen zu bessern, ist demgemäß von uns in Preußen unterstützt worden.

Daneben ist es ein Haupterfordernis der Gegenwart, den Mittelstand in Stadt und Land zu pflegen und zu fördern. Nicht das Reich allein, auch der Einzelstaat kann und soll dabei mitwirken.

Manches ist in Preußen nach dieser Richtung in Erfüllung der von uns erhobenen Forderungen während der letzten Jahre geschehen.

Die Gesetzgebung über die direkten Steuern ist in grundlegender Weise umgestaltet. Dabei haben einzelne Punkte nicht unerhebliche Bedenken wachgerufen, deren Beseitigung unsere Aufgabe bleiben muß. In ihrer Gesamtheit aber wird die Reform nach völliger Durchführung die schwächeren Schultern entlasten und die Steuerpflicht vollkommener als bisher nach dem Maße der Leistungsfähigkeit verteilen. Besonders wird die ungerechte Vorbelastung der Landwirtschaft und des kleineren Gewerbes beseitigt. Den Gemeinden sind die ihnen naturgemäß zukommenden Einnahmequellen zugänglich gemacht und weitgehende Freiheiten in der Art der Aufbringung ihrer Steuern und Abgaben eingeräumt.

Mit der Landgemeinde-Ordnung für die östlichen Provinzen ist ein weiterer bedeutsamer Schritt geschehen, um die lebendige Teilnahme des Volkes an der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten durchzuführen und zu sichern.

Das Rentengütergesetz bildet den verheißungsvollen Anfang zur Erreichung der großen Ziele einer richtigen inneren Kolonisation, der Vermehrung des kleinen und mittleren Grundbesitzes, der Kräftigung unseres gesunden Bauernstandes.

Eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Landtages wird es sein, die Ausführung der im Reiche wie in Preußen erlassenen Gesetze in einem wahrhaft volksfreundlichen Sinne aufmerksam zu überwachen.

Als notwendige Maßnahmen zur Hebung des Volkswohlstandes betrachten wir:

Gesteigerte Tätigkeit für die gedeihliche Entwicklung des Erwerbslebens, unter gleichmäßiger Wahrnehmung der Interessen von Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel;

Erhöhte Verwendung von staatlichen Mitteln für den gewerblichen, kaufmännischen und landwirtschaftlichen Unterricht;

Pflege des Genossenschaftswesens;

Förderung der Landesmelioration;

Fortschreitende Ausdehnung des Eisenbahnnetzes;

Schiffbarmachung und Regulierung der Flüsse, Herstellung neuer Wasserstraßen und Nutzbarmachung derselben auch für die Landwirtschaft;

Schaffung eines geeigneten Wasserrechts unter gerechter Abwägung der verschiedenen wirtschaftlichen Interessen nach ihrer Bedeutung.

Erste Vorbedingung aber für eine ersprießliche Tätigkeit des Staates ist ein befriedigender Zustand seiner Finanzen. Bisher sind dieselben sowohl durch die Zugriffe des Reiches in Gestalt der Matrikularbeiträge, wie durch die schwankenden Erträge der großen Betriebsverwaltungen, besonders der Eisenbahnen, in ihrer ruhigen Weiterentwicklung bedroht, wie der Fehlbetrag der letzten Jahre nur zu sehr bewiesen hat. Es bedarf einer Reform der Besteuerung und der Finanzverwaltung im Reiche, sowie eines neuen Eisenbahngarantiegesetzes, um das Gleichgewicht im Staatshaushalt vor solchen gefährlichen Einflüssen zu schützen.

Bei Beobachtung weiser Sparsamkeit in allen Dienstzweigen der staatlichen Verwaltung müssen auch ohne neue Steuerbelastung die Mittel gefunden werden, um unerläßliche Aufgaben zu erfüllen, wie wir sie in einem Schulunterhaltungs- und Lehrerbesoldungsgesetze, in der weiteren Gehaltsverbesserung der Beamten, in der Besetzung der dauernd erforderlichen Stellen mit fest angestellten Beamten, namentlich der ausreichenden Besetzung der Richterstellen, und in der Reform des staatlichen Medizinalwesens erblicken.

Die innere Ordnung der Finanzen und die alte preußische Sparsamkeit in der Verwendung staatlicher Mittel ist durch das lange in Aussicht gestellte, aber noch heute rückständige Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben des Staates (Komptabilitätsgesetz) zu festigen und zu sichern.

Zur gerechteren Verteilung der Lasten, zum Ausgleich bestehender Interessengegensätze, wie zur Kräftigung der Selbstverwaltung verlangen wir den Erlaß der in manchen Provinzen noch notwendigen Wegeordnung, die festere Abgrenzung der staatlichen Polizeigewalt gegenüber den Befugnissen der

Gemeindebehörden und die weitere Verbesserung des Armenwesens.

Die Bereitstellung der nötigen Mittel zur Aufhebung der Stolgebühren und zur Besserung der äußeren Lage der Geistlichen hat unsere Zustimmung gefunden.

Aufs schärfste haben wir den zu Anfang des vorigen Jahres unternommenen Versuch, den kirchlichen Einfluß auf die Volksschule zum Nachteil des Staates und der Gemeinden, der Schule selbst und des Lehramts zu erweitern, und damit den konfessionellen Frieden zu gefährden, bekämpft und zurückgewiesen. Der Volksschule, dieser unschätzbaren Grundlage unserer nationalen Bildung, muß der durch die Verfassung gewährleistete Charakter einer staatlichen Veranstaltung erhalten bleiben; sie darf durch die sogenannte Schulfreiheit, durch Loslösung von der staatlichen Aufsicht und Leitung nicht untergraben werden. Die hohe Bedeutung des religiösen Unterrichts erkennen und würdigen wir in vollem Maße, aber nimmermehr soll die Volksschule einseitigen, kirchlich-reaktionären Herrschaftsgelüsten zum Opfer fallen.

Daß jener Versuch für diesmal gescheitert ist, verdanken wir in erster Linie dem Kaiser; doch hat auch unser entschlossenes, von den weitesten Kreisen des ganzen deutschen Volkes unterstütztes Auftreten wesentlich dazu beigetragen. Unsere heiligste Pflicht bleibt es, ähnlichen Angriffen auf die geistige Freiheit und zeitgemäße Bildung unseres Volkes auch in aller Zukunft unbeugsamen Widerstand entgegen zu setzen.

Die Gefahr solcher Angriffe wird fortbestehen, so lange in unseren Parlamenten eine Partei von Einfluß ist, welche den Boden des paritätischen Staates für die römisch-hierarchischen Machtbestrebungen zu erobern trachtet.

Doppelt gefährlich ist diese Partei, weil sie sich in vielgewandter Taktik bald mit den radikal-demokratischen, bald mit den radikal-reaktionären Elementen verbündet, insbesondere auch die das Deutschtum in den östlichen Grenz-Provinzen bekämpfenden Bestrebungen der Polen jeder Zeit unterstützt.

Nicht Feindschaft gegen die katholische Kirche oder gegen kirchliches Leben überhaupt hat uns zu unversöhnlichen Gegnern des Ultramontanismus gemacht, sondern die feste Ueberzeugung, daß der preußische Staat von undeutschem Wesen, von politisch radikalen und einseitig kirchlichen Tendenzen frei bleiben muß, wenn anders das Ganze gedeihen soll.

Darum mußten wir auch bei dem Wahlgesetz dem ultramontanen Bestreben nach der Herrschaft in zahlreichen Gemeinden Widerstand leisten und die Erfüllung eigener Wünsche gegenüber dem Wahlrecht auf eine spätere Zeit vertagen, wo die Zusammensetzung des Landtags bessere Aussichten eröffnet.

An den Wählern ist es jetzt, zu entscheiden, welcher Geist im neuen Abgeordnetenhause herrschen soll. Es gilt, den überwuchernden Einfluß extremer Parteirichtungen zu brechen und damit zugleich die unter den bisherigen Verhältnissen fortwährend drohende Gefahr zu beseitigen, daß unser Vaterland durch Nachgiebigkeit gegen Ultramontane, Polen und Rückschrittler aller Art schwer geschädigt werde. Es gilt, die sicheren Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung und den durch Verfassung und Recht anerkannten Grundsatz der Gleichheit der Staatsbürger gegen alle Umsturz- und Rückschrittsversuche der Sozialdemokraten und Antisemiten zu verteidigen. Nur wenn eine gemäßigte, allen eigensüchtigen Sonderbestrebungen gegenüber lediglich das Gesamtwohl verfolgende, die freiheitlichen Einrichtungen des Landes gegen radikale Ueberstürzung wie gegen reaktionäre Beschränkung schützende Mehrheit aus den Wahlen hervorgeht, mag die Erreichung dieser Ziele verbürgt erscheinen.

Wohlan! Siebenundzwanzig Jahre hindurch ist unsere Partei die erfolgreiche Vertreterin der gemäßigt-liberalen Richtung gewesen. Die jüngsten Reichstagswahlen haben gezeigt, wie feste und tiefe Wurzeln der nationale und liberale Gedanke allen Anfeindungen zum Trotz im deutschen Volke behauptet hat. Getrost gehen wir deshalb den Wahlen zum Abgeordnetenhause entgegen. Zu ernst ist die Zeit, als daß einer unserer Gesinnungsgenossen in bequemer Gleichgültigkeit abseits stehen dürfte. Wer sich seiner Pflicht gegen das Vaterland bewußt ist, der setze alle Kraft ein, unserer guten Sache zum Siege zu verhelfen!

Frankfurter Resolutionen von 1894.

(Allgemeiner Delegiertentag vom 30. September 1894.)

I. Gegenüber der bedrohlich wachsenden Gefahr der Unterwühlung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung hat die nationalliberale Partei niemals einen Zweifel gelassen, daß sie es bei der Abwehr der Umsturzbestrebungen an sich nicht fehlen lassen werde. Aus besten Kräften hat sie mitgewirkt, den berechtigten Forderungen der minder begüterten Klassen in sachgemäßer Weise gerecht zu werden. Dazu sind wir auch ferner bereit. Ebenso entschlossen sind wir, das Notwendige zu tun, um die Grundlagen unserer nationalen, staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu schützen. Zu einem Kampfe gegen die Umsturzparteien bedarf es aber nicht allein des kräftigen Widerstandes der bürgerlichen Kreise, sondern in erster Linie auch eines klaren Programms der

Regierung und einer zielbewußten einheitlichen Haltung derselben, welche bis jetzt nicht ersichtlich gewesen ist.

II. In Bestätigung des von der Partei allezeit eingenommenen Standpunktes geben wir aus Anlaß der neuerdings wieder schärfer hervorgetretenen national-polnischen Bestrebungen wiederholt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Unterstützung der deutschen Volksgenossen in den östlichen Provinzen gegen das Polentum die unabweisliche Pflicht aller patriotischen Männer in Gesamtdeutschland bildet. Wir erwarten von seiten der Regierung im Reiche und in Preußen, daß alles unterbleibt, was die polnisch-nationalen Ansprüche zu bestärken geeignet ist.

III. Für das finanzielle Verhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten muß eine sichere Grenze gezogen werden. Nicht allein, daß das Reich für die Aufbringung der für seine Aufgaben notwendigen Mittel aufzukommen hat: die finanzielle Lage der Einzelstaaten verlangt, daß auch ihnen Mittel aus den Reichsquellen zugewiesen werden.

IV. In der Erhaltung eines gesunden und kräftigen Mittelstandes in Stadt und Land erkennen wir eine der wichtigsten Vorbedingungen für die gesicherte wirtschaftliche Entwicklung und soziale Ordnung im Reiche. Wie wir jeder auf dieses Ziel gerichteten eigenen Tätigkeit der Beteiligten das wärmste Interesse entgegenbringen, sind wir auch bereit, demselben Zwecke dienliche gesetzliche Maßnahmen anzuregen und zu fördern.

1. In Anerkennung der Notlage, in welcher sich — zumeist infolge der Entwicklung des Verkehrswesens — die Erwerbsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft zur Zeit befinden, erachten wir es aus Gründen der nationalen Politik wie der Nationalwirtschaft in verdoppeltem Maße für unsere Pflicht, alle diejenigen Maßnahmen nachhaltig zu unterstützen, welche dazu dienen, diesen hochwichtigen Erwerbszweig der nationalen Produktion zu erhalten und zu kräftigen.

Zur Erreichung dieses Zieles ist das Zusammenwirken der Gesetzgebung, der Verwaltung und aller übrigen Kräfte des öffentlichen Lebens um so mehr geboten, als die auf dem Grundsatze der Selbsthilfe beruhenden Mittel, so sehr deren ausgiebige Anwendung von den Gliedern des landwirtschaftlichen Berufsstandes gefordert werden kann, allein nicht ausreichen. Namentlich gilt es, den mittleren und kleineren bäuerlichen Besitz zu unterstützen.

Wie dem Reiche, so stehen auch den Einzelstaaten unstreitig viele Mittel zu Gebote, um berechtigten Beschwerden

der ländlichen Bevölkerung abzuhelfen und die üble ökonomische Lage derselben zu verbessern.

Dazu rechnen wir in erster Linie eine gerechte und maßhaltende Besteuerung des landwirtschaftlich benutzten Grund- und Gebäudebesitzes, namentlich die Beseitigung einer ungerechtfertigten Doppelbesteuerung, wo solche noch besteht.

Dahin gehört ferner die Begünstigung und Herbeiführung intensiver Kultur durch vermehrte Fachbildungsgelegenheit, durch Entwicklung des Neben- und Kleinbahnwesens, durch Schiffbarmachung und Regulierung der Flüsse und Herstellung neuer, der Landwirtschaft nutzbar zu machender Wasserstraßen, nicht minder die eingehendste Rücksichtnahme auf die landwirtschaftlichen Interessen bei der Bildung der Eisenbahntarife für den Transport von Dung- und Futtermitteln, sowie der Stückgüter.

Für die Landesmelioration, insbesondere für eine rationelle Wasserwirtschaft, für das landwirtschaftliche Unterrichts- und Versuchswesen, für die Hebung der Viehzucht und Viehhaltung sind, wo solche noch fehlen, geeignete Verwaltungs-Organisationen zu schaffen und ausreichendere Staatsmittel bereit zu stellen.

Als besonders wichtige Aufgaben erachten wir noch die Fürsorge für tunlichst vollkommene Einrichtungen zur Gewährung billigen und unkündbaren Grundkredits unter den landwirtschaftlichen Erwerbsverhältnissen angepaßten Formen und Bedingungen, und unter Berücksichtigung einer planmäßigen Schuldentilgung;

die Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in allen seinen Verzweigungen, insbesondere zur wohlfeilen Befriedigung des Personalkredits, zum Bezuge der landwirtschaftlichen Betriebsstoffe, sowie zur Verarbeitung und Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse;

eine reichsgesetzliche Regelung des Versicherungswesens, weitere Ausbildung der Seuchengesetzgebung und einen reichsgesetzlichen Schutz gegen die Verfälschung der wichtigsten landwirtschaftlichen Betriebsstoffe.

Auf dem Gebiete der Besitzverhältnisse halten wir an dem von der Partei stets vertretenen Standpunkt fest, daß die fortschreitende innere Kolonisation durch die Bildung neuer Hofstellen eines der wirksamsten Mittel ist, um die Erträge des Bodens zu heben und einen wirtschaftlich und moralisch gesunden Bauernstand auch in solchen Teilen des Reiches zu schaffen, wo der Zusammenschluß der Grundstücke zu großen Gütern ein Hindernis dafür bietet. Maßnahmen, welche dieses Ziel verfolgen, werden wir auch ferner mit aller Kraft unterstützen.

Was die zur Heilung der Schäden des landwirtschaftlichen Gewerbes vorgeschlagenen Beschränkungen des Verfügungsrechtes über das Grundeigentum betrifft, so steht einer allgemeinen einheitlichen Regelung die große Mannigfaltigkeit der Verhältnisse und Anschauungen in den verschiedenen Landschaften des Reiches entgegen. Es wird deshalb im wesentlichen der Landesgesetzgebung anheimzustellen sein, wie weit sie es für angemessen hält, die überlieferten Zustände im Sinne besseren Schutzes des ländlichen Besitzes zu entwickeln.

Ingleichen kann eine Regelung der Erbrechtsverhältnisse nur unter Berücksichtigung der örtlichen und landschaftlichen Bedürfnisse und Ueberlieferungen erfolgen.

2. Zur Erhaltung eines tüchtigen Handwerkerstandes bedarf es der tatkräftigen Zusammenschließung der Gewerbsgenossen, wie dieselbe mit der Erneuerung der Innungen und mit anderen Vereinigungen schon vieler Orten erfolgreich begonnen hat.

Eine der vornehmsten Aufgaben der Innungen, Gewerbevereine usw. bleibt die Pflege des Lehrlingswesens, wobei nicht nur die technische, sondern auch die wirtschaftliche Ausbildung und vor allem die Erziehung der jungen Leute zu sittlich ernster Lebensführung anzustreben ist.

Dem Staate liegt es ob, hierzu durch Errichtung oder ausgiebige Unterstützung von Fortbildungs- und Fachschulen nachhaltig beizutragen.

Die allgemeine Einführung des obligatorischen Befähigungsnachweises ist angesichts der heutigen Entwicklung gewerblicher Tätigkeit nicht durchführbar.

Wohl aber ist dem Handwerk zur Förderung aller gemeinsamen Aufgaben und zur wirksamen Vertretung seiner Interessen nach außen eine vom Geiste der Selbstverwaltung getragene feste Organisation nach Art der Handelskammern zu gewähren.

3. Bei voller Anerkennung der segensreichen Wirkungen unserer Arbeiterversicherung und dem unbedingten Festhalten an dem Grundgedanken derselben ist eine Vereinfachung in der Organisation und damit eine Herabminderung der übermäßigen Verwaltungskosten zu erstreben. Der Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk stehen daher zur Zeit noch Bedenken entgegen; dieselbe kann erst in Angriff genommen werden, wenn die Vereinfachung in der Organisation durchgeführt ist.

4. In Uebereinstimmung mit dem Eintreten der Reichstagsfraktion für die Verschärfung des Wuchergesetzes und für das Gesetz über die Abzahlungsgeschäfte erkennen wir es zur Erhaltung von Treu und Glauben in Handel und Wandel

für notwendig, den mannigfaltigen Arten des unlauteren Geschäftsgebahrens sowohl im Wege der Vereinigung als auch mit gesetzlichen Bestimmungen — in erster Reihe Ersatzpflicht und Buße, in schweren Fällen Strafen — scharf entgegenzutreten.

Insbesondere ist der Verrat von Geschäftsgeheimnissen, die gewinnsüchtige Verschleierung der Beschaffenheit, der Menge, des Gewichts und des Preises, sowie der Herkunft der Waren namentlich auch bei sogenannten Konkurs-Ausverkäufen und Versteigerungen, der Schwindel im Firmenwesen und die mißbräuchliche Berufung auf den Patent-, Marken- oder Musterschutz zu bekämpfen.

Das Interesse des gewerblichen Mittelstandes verlangt ferner gesetzliche Maßnahmen zur sachgemäßen Beschränkung des Hausierhandels und der Tätigkeit der Detailreisenden, sowie der gewerbsmäßigen Wanderlager und Warenversteigerungen.

Der Geschäftsbetrieb der Konsumvereine, der Fabrik- und sonstigen Konsumanstalten, insbesondere auch der Vereinigungen von Militär- und Zivilbeamten ist streng auf den Kreis der Mitglieder dieser Vereine und Anstalten zu beschränken; der Verkauf an Nichtmitglieder unter Strafe zu stellen. Alle solche Vereine usw. sind zu den staatlichen und Gemeindesteuern heranzuziehen. Jeder Art von Begünstigung des Geschäftsbetriebs der Beamten- und Offiziersvereinigungen durch die Behörden treten wir mit Entschiedenheit entgegen.

Die Bestimmungen der Konkursordnung über den Zwangsvergleich und über die Folgen betrüglichen und leichtsinnigen Bankerotts sind auf Grund der neueren Erfahrungen zu verschärfen.

Ebenso ist es Aufgabe der Gesetzgebung, die Bauhandwerker gegen die Schädigung durch den Bauschwindel zu schützen.

Das staatliche und kommunale Submissionswesen ist einer durchgreifenden Verbesserung zu unterziehen.

V. Die Kolonialpolitik der Regierung hat bei Verhandlungen mit fremden Staaten mehrfach eine kräftige Vertretung deutscher Interessen vermissen lassen. Ebenso war in der Verwaltung unserer Kolonien ein festes zielbewußtes System noch nicht zu erkennen. Durch das Schwanken in den Verwaltungsgrundsätzen wurde sowohl bei den Eingeborenen wie bei den Kolonisten das Vertrauen in Herbeiführung geordneter Zustände erschüttert, und es fehlt daher vielfach noch die unbedingt erforderliche gesicherte Grundlage für gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung unserer Kolonien.

Wir hoffen, daß aus den bisher gemachten Erfahrungen die geeignete Nutzanwendung gezogen wird und sind nach wie vor bereit, eine maßvolle, aber zielbewußte Kolonialpolitik zu unterstützen, insbesondere auch die hierzu erforderlichen Mittel in verständigen Grenzen bis zur Erhaltung der Kolonien durch eigene Kraft zu bewilligen.

Berliner Erklärung von 1896.

(Allgemeiner Delegiertentag vom 3. bis 5. Oktober 1896.)

1. Der nationalliberale Delegiertentag hält es unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen für besonders notwendig, die alten Grundsätze zu betonen: das Vaterland über der Partei; das allgemeine Wohl über allen Sonderinteressen; Unabhängigkeit nach rechts und links wie gegenüber der Regierung; volle Wahrung der konstitutionellen Rechte; Bekämpfung jedes Rückschritts und beharrliches Streben nach stetiger Fortentwicklung aller Einrichtungen des öffentlichen Lebens; entschlossene Vertretung alles dessen, was die Macht und Sicherheit des Reiches und der Schutz des Deutschtums gegen Uebergriffe und Anmaßungen, sei es von welcher Seite immer, fordert; kräftiges Eintreten für alle berechtigten Wünsche und Beschwerden des Volkes.

Die nationalliberale Partei bewahrt auf wirtschaftlichem Gebiete ihren Charakter als Mittelpartei. Die nachdrückliche Förderung der Interessen der Landwirtschaft wie des gewerblichen Mittelstandes wird sie sich auch fernerhin angelegen sein lassen. Sie muß jedoch Forderungen zurückweisen, welche in einseitiger Berücksichtigung der Interessen eines Berufsstandes andere für den Staat gleich wichtige Berufsstände empfindlich zu schädigen oder die Grundlagen unserer Volkswirtschaft umzustoßen geeignet sind. Derartigen Bestrebungen entgegenzutreten, erachtet die nationalliberale Partei für ihre Pflicht, aber ebenso für die Pflicht jeder das Staatswohl allein zur Norm nehmenden Regierung.

2. Die nationalliberale Partei ist nach Maßgabe der Beschlüsse des Frankfurter Delegiertentages von 1894 energisch für die Gesetzgebung im Interesse des gewerblichen Mittelstandes eingetreten, namentlich soweit es geboten war, den unlauteren Wettbewerb, wie die Auswüchse des Hausierhandels zu bekämpfen und den Gewerbebetrieb der Konsumvereine einzuschränken. Ihre bisher noch nicht erfüllten Forderungen dieser Art wird die Partei dauernd verfolgen.

Sie steht auf dem Boden der Gewerbefreiheit und bekämpft die allgemeine Einführung des obligatorischen Befähigungsnachweises, weil er den Handwerker auf ein eng

begrenztes Erwerbsfeld beschränkt und dadurch seine Widerstandskraft gegen die Großindustrie lähmt.

Sie erstrebt eine geordnete, vom Geiste der Selbstverwaltung getragene Organisation des Handwerks in Handwerkerkammern, verwirft aber die Zwangsinnungen des preußischen Gesetzentwurfs, insbesondere weil dieselben den Keim des Befähigungsnachweises in sich tragen und des Rechtes der freien Innungen zu gemeinsamen geschäftlichen Einrichtungen entbehren sollen.

3. Die nationalliberale Partei hält an der in Frankfurt zum Ausdruck gebrachten Ueberzeugung fest, daß sowohl im Interesse des Reichs als der Einzelstaaten eine feste gesetzliche Grenze für das finanzielle Verhältnis zwischen denselben gefunden werden muß. Auch die auf die Dauer unhaltbare Beschränkung in der Förderung von Kulturaufgaben, besonders in den Einzelstaaten, läßt die Wiederholung dieses Verlangens notwendig erscheinen.

4. Die nationalliberale Partei tritt für eine durchgreifende Reform der Arbeiterversicherungsgesetze, namentlich im Sinne der Vereinfachung derselben, sowie für eine maßvolle, den praktischen Verhältnissen des Wirtschaftslebens und der ausländischen Konkurrenz genügend Rechnung tragende Weiterführung der sozialen Gesetzgebung ein.

Die nationalliberale Partei strebt nach wie vor ein Reichsvereinsgesetz auf liberaler Grundlage an. Sie ist damit einverstanden, daß zunächst durch partikulare Gesetzgebung wenigstens das Verbot beseitigt wird, welches die politischen Vereine an der Verbindung miteinander hindert. Jedem Versuch einer reaktionären Gestaltung der Vereinsgesetzgebung, wie einer Einschränkung des Koalitionsrechts, wird sie entgegentreten.

5. Die nationalliberale Partei bekämpft alle Uebergriffe des Ultramontanismus, der neuerdings unter dem Vorwande der „Paritätsbestrebungen" eine Besetzung der Staats- und Reichsämter nach konfessionellen Gesichtspunkten erstrebt; sie bekämpft ferner alle Zugeständnisse der Regierungen an denselben im Wege der Gesetzgebung und Verwaltung.

Auf dem Gebiete der Volksschulgesetzgebung in Preußen tritt sie für konfessionellen Religionsunterricht ein, unter Beibehaltung der Simultanschule, da, wo sich diese geschichtlich entwickelt oder sich naturnotwendig aus dem Charakter einer gemischten Bevölkerung als zweckmäßigste Form der Volksschule ergibt. Die verfassungsmäßig gewährleistete Mitwirkung der Religionsgesellschaften am Religionsunterrichte ist in der Weise zu regeln, daß der Staat Herr in der Schule bleibt und jede Abhängigkeit des Lehrerstandes von der Geistlichkeit

ausgeschlossen wird. Der Erlaß eines Lehrerbesoldungsgesetzes ist sofort und vor Einbringung eines allgemeinen Unterrichtsgesetzes möglich und notwendig.

Die nationalliberale Partei wird bestrebt sein, dafür zu sorgen, daß alle Richtungen innerhalb der evangelischen Kirche vom Staate als gleichberechtigt anerkannt und behandelt werden. Insbesondere wird sie es sich angelegen sein lassen, die Lehrfreiheit der evangelisch-theologischen Fakultäten mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften zu schützen.

6. Die nationalliberale Partei erkennt die besonders schwierige Lage, in der sich die Landwirtschaft in weiten Kreisen unseres deutschen Vaterlandes durch das Sinken der Preise fast aller ihrer Produkte befindet, vollauf an. Im Hinblick auf die hohe Bedeutung, welche der Landwirtschaft im Wirtschaftsleben unseres Volkes, wie im Interesse eines gesunden Staats- und Gemeindelebens zukommt, erachtet es die Partei für eine ihrer obersten Pflichten, auf die Ueberwindung der Notlage hinzuarbeiten. Sie ist deshalb für die Erhaltung und Förderung der großen landwirtschaftlichen Nebengewerbe, der Brennerei und der Zuckerfabrikation, sowie für alle zweckentsprechenden Vorschläge energisch eingetreten, die dem Landwirt die Möglichkeit bieten, billiger zu produzieren und vorteilhafter seine Erzeugnisse zu verwerten. Namentlich ist darauf hinzuwirken, daß durch den Ausbau der Eisenbahnen und Binnenwasserstraßen und durch Ermäßigung der Eisenbahntarife die Transportfrage so gelöst wird, daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit unserer heimischen Erzeugnisse gefördert wird. An den Forderungen, die in den Frankfurter Resolutionen von 1894 aufgestellt sind, hält die Partei ferner durchaus fest und erachtet es für Pflicht der Reichs- und Landesregierungen, die ihnen zu Gebote stehenden Mittel mit größtem Nachdruck zu benutzen, um eine Linderung der Not baldigst herbeizuführen.

Auch auf die gesetzliche Verhinderung der mißbräuchlichen Weinbehandlung, welche den Weinbau und den Weinhandel schädigt, wird die Partei ernstlich Bedacht nehmen.

7. Die nationalliberale Partei tritt ein für die Aufrechterhaltung der bewährten Reichsgoldwährung.

8. Die hochgesteigerten Ansprüche an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aller Erwerbskreise machen eine Ausrüstung der wirtschaftlichen Kräfte in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel mit einer tüchtigen Fachbildung zur dringenden Notwendigkeit. Dem landwirtschaftlichen, gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulwesen muß deshalb nicht nur seitens der betreffenden Berufskreise, sondern auch von der Gesamtheit und dem Staate eine größere Aufmerksamkeit als

seither zugewendet werden. Insbesondere muß der Staat größere Mittel für die Hebung des Fortbildungsschulwesens in Deutschland aufwenden und die Ausbildung geeigneter und ausreichender Lehrkräfte in die Hand nehmen.

9. Die nationalliberale Partei wird die Regierung auf dem eingeschlagenen Wege einer kräftigen und zielbewußten Handhabung der Kolonialpolitik unterstützen.

Erklärung vom 7. März 1898.

Der Centralvorstand und die vereinigten Fraktionen der nationalliberalen Partei des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses haben in gemeinschaftlicher Sitzung am 7. März beschlossen, folgende Erklärung zu erlassen:

Wir wollen die Politik der wirtschaftlichen Sammlung, welche zum Schutze der nationalen Arbeit die Interessen von Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe zu vereinigen, und die mittlere, ihnen gemeinsam förderliche Linie zu finden sich bemüht, auf das wärmste unterstützen, können aber darüber die Selbständigkeit unserer Partei, sowie die nationalen, idealen und liberalen Anschauungen, aus denen unsere Partei erwachsen ist, nicht in den Hintergrund drängen lassen.

Wir erblicken in dem „Wirtschaftlichen Aufrufe*) einen

*) „Am 31. Dezember 1903 laufen unsere Handelsverträge mit Belgien, Italien, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, der Schweiz und Serbien ab, und wir werden vorher rechtzeitig auch in eine Prüfung unserer anderweitigen Handelsverträge einzutreten haben. Bei dem erneuten Abschluß solcher Verträge erscheint es aber zweifelhaft, ob die bestehende Meistbegünstigungsklausel, die allen Staaten auch solche Konzessionen ohne Entgelt zufallen läßt, welche dritte Vertragsmächte mit wirtschaftlichen Opfern von uns erkauft haben, in der bisherigen Form fernerhin aufrecht zu erhalten sein wird.

Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands hängt von der künftigen Gestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande ab. Die Reichsregierung hat durch Begründung des wirtschaftlichen Ausschusses und durch wiederholte ausdrückliche Erklärungen den festen Willen bekundet, die vielseitigen und schwierigen Fragen unseres Erwerbslebens zu vertiefen und begründeten Forderungen nach wirksamem Schutze unserer schaffenden Arbeit gerecht zu werden.

Der Reichsregierung auf dieser Bahn zu folgen, liegt im gemeinsamen Interesse aller Stände.

Die Entscheidung aber liegt bei dem neu zu wählenden Reichstage, der sowohl über den zeitgemäßen Ausbau unseres Zolltarifs, wie über den Abschluß neuer Handelsverträge zu beschließen haben wird. Von dem Ausfall der Reichstagswahlen hängt die Durchführung einer nationalen Wirtschaftspolitik ab.

Daher ist die Sammlung aller derjenigen Parteien und wirtschaftlichen Gruppen, welche an Stelle des Kampfes der Interessen gegeneinander den friedlichen Ausgleich derselben erstreben, für die bevorstehenden Wahlen geboten.

wertvollen Schritt zur Herbeiführung einer Einigung der verschiedenen Interessen in betreff der Handelsverträge. Auch wir sind der Ueberzeugung, daß bei dem Abschlusse künftiger Handelsverträge die Interessen der Landwirtschaft besser gewahrt werden müssen als bisher, müssen aber andererseits auch fordern, daß den Bedürfnissen der Industrie und des Handels nach Handelsverträgen mit längerer Geltungsdauer Rechnung getragen wird.

Nur auf diesem Boden halten wir die Politik der wirtschaftlichen Sammlung für möglich und ersprießlich. Die Auslegung, welche dem Aufrufe in anderem Sinne gegeben werden kann und bereits gegeben worden ist, nötigt uns, die unsrige hierdurch festzustellen. Wir wissen uns in dieser Auffassung der Politik der Sammlung und der mit derselben zu verfolgenden Zwecke einig mit denjenigen unserer Freunde, welche den Aufruf unterzeichnen.

Centralvorstand der nationalliberalen Partei.

Dr. Hammacher. Dr. Bürklin. Simon.

Vorstand der nationalliberalen Partei des Reichstags.

Bassermann. Dr. v. Bennigsen. Dr. Bürklin.
Dr. v. Cuny. Dr. Hammacher. Dr. Osann.

Vorstand der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses.

Dr. v. Cuny. Dr. Enneccerus. v. Eynern.
Dr. Hammacher. Hobrecht. Holtermann. Jürgensen.
Knebel. Dr. Krause. Dr. Sattler. Seyffardt.

Wahlaufruf der nationalliberalen Partei zu den Reichstagswahlen von 1898.

(Beschluß des Allgemeinen Delegiertentages zu Berlin.)

Die Wahlen zum Reichstage nahen heran. Ihr Ausfall ist für die Entwicklung unseres Vaterlandes von entscheidender Bedeutung. Lauter als je drängen sich Sonderinteressen, Rassen- und Klassengegensätze in den Vordergrund, immer

---

Die Vertreter von Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe müssen sich vereinigen, innerhalb der einzelnen politischen Parteien, nur für solche Kandidaten einzutreten, welche fest auf dem altbewährten Programm des Schutzes der nationalen Arbeit und gleichmäßiger Berücksichtigung aller Zweige des Erwerbslebens stehen.

An alle Anhänger des Schutzes der nationalen Arbeit ergeht daher die dringende Aufforderung, schon bei der Aufstellung von Kandidaten sich über die Wahl von Männern zu einigen, welche rückhaltlos auf dem Boden der nationalen Wirtschaftspolitik stehen."

dreister geben sich ihre Wortführer als die berufenen Vertreter des Volkes aus, und doch soll das Wohl des gesamten Volkes der Leitstern sein So verlangt es Verfassung, Recht und Billigkeit.

Wie wir zu den die Gesetzgebung und Verwaltung beschäftigenden Fragen stehen, haben wir in unseren Beschlüssen von Frankfurt und Berlin dargelegt.

Unwandelbare Treue zu Kaiser und Reich hat die nationalliberale Partei als obersten Grundsatz auf ihre Fahne geschrieben Das Vermächtnis unseres unvergeßlichen Kaiser Wilhelm und seines großen Kanzlers, des Fürsten Bismarck, das neue Deutsche Reich zu erhalten, zu kräftigen und zu steigendem Glanze zu erheben, das bleibt uns allezeit erste und höchste Pflicht.

Mit freudigem Stolz erfüllt uns die besonnene und zugleich kraftvolle Wahrung deutscher Interessen auf dem Gebiete der auswärtigen und der kolonialen Politik. Für die Erhaltung des Friedens setzt die deutsche Politik ihren ganzen Einfluß ein; mit vorausschauendem Blick richtet sie ihr Bestreben auf die Sicherung deutscher Arbeit im Innern und des Absatzes deutscher Erzeugnisse im Ausland. Ein Erfolg ist dauernd nur möglich, wenn der feste Rückhalt durch ein mächtiges Heer und eine schlagfertige Flotte gewährleistet wird. Deshalb hat die nationalliberale Partei die Bemühungen der Reichsregierung auf diesen Gebieten stets unterstützt. Sie war die erste Partei, welche rückhaltlos und einmütig das Flottengesetz als eine Notwendigkeit zur Erhaltung des Friedens, der Wohlfahrt und der Machtstellung Deutschlands anerkannte. Der Widerspruch der Gegner war um so weniger berechtigt, als neue Belastungen der Steuerzahler zur Bestreitung der Ausgaben nicht erforderlich wurden. Wir begrüßen es aufrichtig, daß bei der Erledigung dieses großen Organisationsgesetzes ein Erstarken des nationalen Geistes und des Verständnisses für Machtfragen in weiten Kreisen unseres Volkes zum Durchbruch gekommen ist.

Eine neue feste Klammer für die Einheit des Reiches ist durch das Bürgerliche Gesetzbuch geschaffen. Einheitliches Recht ist neben der gemeinsamen Sprache und neben der Waffengemeinschaft das Hauptbindemittel für den inneren Zusammenhalt eines großen Volkes. Auch hierbei hat die nationalliberale Partei, haben nationalliberale Männer in erster Linie mitgewirkt.

Die weitere Ausgestaltung der Gesetzgebung und Verwaltung im liberalen Sinne ist das stete Ziel der Partei gewesen und soll es ferner sein. Treu ihrer Entstehung und Geschichte hat sie alle rückschrittlichen Versuche zur Ver-

kümmerung wertvoller Volksrechte auf das Entschlossenste bekämpft. An dem verfassungsmäßig bestehenden Wahlrecht sowie am Koalitionsrecht wird sie festhalten und Angriffe gegen das Recht der Freizügigkeit wird sie zurückweisen. Eine alte Forderung der Partei, die Verbesserung des Militärstrafprozesses im Sinne der heutigen Rechtsanschauungen, geht ihrer Erfüllung entgegen.

Nicht gelungen ist es zu unserm Bedauern, ein Reichsvereinsgesetz auf liberaler Grundlage zu schaffen, insbesondere allgemein das Verbot zu beseitigen, welches die Verbindung politischer Vereine untereinander hindert. Hier die notwendigen Verbesserungen zu beschließen, wird eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstags sein.

Die Arbeiterfürsorge ist eine der wichtigsten Aufgaben aller Arbeiterfreunde. Die im Interesse der arbeitenden Klassen aufgerichtete Versicherungs- und Schutzgesetzgebung ist von uns aus voller Ueberzeugung als Erfordernis der Gerechtigkeit und wahrhaft menschlicher Gesinnung unterstützt worden. Sie bedarf der maßvollen Weiterführung, unter Berücksichtigung der praktischen Verhältnisse des Wirtschaftslebens und des ausländischen Wettbewerbs. Die Arbeiterversicherungsgesetze müssen verbessert, ihre Ausführung muß vereinfacht werden.

Wirtschaftliche Fragen mannigfacher Art stehen gegenwärtig im Vordergrunde.

Industrie und Handel haben seit einigen Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen. Dagegen muß die deutsche Landwirtschaft, muß der Mittelstand in Stadt und Land schwer ringen, ja, sie befinden sich zum Teil in einem offenbaren Notstande. Die Interessen des deutschen Bauernstandes, des Mittelstandes in Handwerk, Gewerbe und Handel, dieser starken Wurzeln eines tüchtigen und gesunden Volkes zu vertreten und ihr Gedeihen zu fördern, hält die nationalliberale Partei für eine ihrer Hauptaufgaben. Auf der ganzen Linie der parlamentarischen Tätigkeit im Reiche und in den Einzelstaaten, — bei der Organisation des Handwerks, bei den Maßnahmen zum Schutze und zur Förderung der Landwirtschaft und ihrer Nebengewerbe, bei der Gesetzgebung gegen Wucher und unlauteren Wettbewerb sowie zur Einschränkung des Hausierwesens, bei der Hebung und Ausdehnung des landwirtschaftlichen und gewerblichen Unterrichts wie des Genossenschaftswesens, bei der Verbesserung und Verbilligung des Personalkredits durch genossenschaftliche Vermittlung, bei der Entwicklung der Verkehrswege, bei den Anfängen der inneren Kolonisation, und wo immer sonst es sich um die Befriedigung von Bedürfnissen bedrängter Erwerbsklassen

handelt, — überall haben unsere Freunde ihre beste Kraft eingesetzt und werden dies auch künftig tun.

Die nationalliberale Partei ist aber nicht eine einseitig wirtschaftliche Partei, sie hält es für ihre Pflicht, alle in dem Staats- und Wirtschaftsleben tätigen Klassen zu vertreten und bei der Abwägung ihrer Interessen den Blick auf das Gesamtwohl zu richten. Sie stellt sich deshalb dem Ansturm auf unsere Währungs- und Bankgesetzgebung ebenso entschieden entgegen, wie sie es gegenüber den Forderungen auf Verstaatlichung des Getreidehandels getan hat.

Mit dem Fürsten Bismarck ist die nationalliberale Partei der Meinung, daß Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe zusammengehen und mit Einsicht und Vaterlandsliebe für den Schutz der nationalen Arbeit eintreten müssen. Um der sich gewaltig mehrenden Bevölkerung Deutschlands eine aufsteigende Lebenshaltung zu ermöglichen, bedürfen wir einer mächtigen Industrie, eines kühn sich entfaltenden Handels ebensosehr, wie einer lebenskräftigen Landwirtschaft. Deshalb vertreten wir den Standpunkt, daß bei dem Abschlusse künftiger Handelsverträge die Interessen der Landwirtschaft besser gewahrt werden müssen als bisher, daß aber gleicherweise den Bedürfnissen der Industrie und des Handels nach Handelsverträgen mit längerer Geltungsdauer Rechnung getragen werden muß. Für eine solche Sammlung der wirtschaftlich produktiven Volksklassen, eine Ausgleichung der Gegensätze zu gemeinsamer Tätigkeit treten wir ein.

Die von der Sozialdemokratie drohende Gefahr ist darum nicht geringer geworden, weil sich ihre Theorien, eine nach der anderen, als unhaltbar herausstellen und von ihren Führern selbst preisgegeben werden. Die Verhetzung der Arbeiter, das Streben, sie durch eine unüberbrückbare Kluft von den anderen Volksklassen zu trennen, das Herabwürdigen aller Ideale, die uns teuer sind, das Anstürmen gegen die Grundlagen unserer Kultur, Monarchie, Kirche, Familie, Eigentum, — es hat nicht aufgehört und läßt das Schlimmste befürchten, wenn nicht alle staatserhaltenden Kräfte sich zusammenscharen.

Den Ultramontanismus, der die Staatsgewalt, die Schule, Kunst und Wissenschaft, das gesamte Volksleben der römischen Hierarchie unterwerfen will, bekämpfen wir nach wie vor. Dagegen wissen wir uns mit einem großen Teil unserer katholischen Mitbürger eins in der hingebenden Arbeit für die nationalen Aufgaben.

Die Gefahren, denen unser Volkstum in den Grenzmarken, namentlich durch die nationalpolnische Propaganda ausgesetzt ist, fordern zu nachdrücklicher Abwehr heraus.

Reaktionäre wie radikale Agitationen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete gefährden die gedeihliche Fortentwicklung unseres öffentlichen Lebens, verhetzen das Volk und drohen, den Gemeinsinn zu ersticken.

Mehr als je gilt es deshalb, zu betonen, was uns einigt, was uns aufeinander anweist, gilt es, in den Wahlkampf hinauszurufen: das Wohl des ganzen Volkes zu fördern, ist jedes Einzelnen Pflicht.

Deutsche Wähler! Seid Euch Eurer Verantwortlichkeit bewußt! Laßt Euch nicht betören durch volltönende Versprechungen eigensüchtiger Interessenpolitiker. Ihr habt zu bestimmen, welcher Geist in der Vertretung des deutschen Volkes herrschen soll.

Einigkeit ist die Grundlage der Macht. Darum rufen wir Euch zu: Sucht Verständigung untereinander, gleicht die Gegensätze aus. Wählt Männer von unabhängiger Gesinnung, die ein warmes Herz haben für das deutsche Reich und das gesamte deutsche Volk!

Berlin, den 1. Mai 1898.

Landtagswahlaufruf der nationalliberalen Partei in Preußen.

(Beschluß der Landesversammlung am 18. September 1898 in Berlin.)

Die Reichstagswahlen haben gezeigt, daß weite Kreise des Volkes den von der nationalliberalen Partei vertretenen Grundsätzen und festgehaltenen Idealen treu anhängen. Wir richten nunmehr die Mahnung an unsere Freunde im Lande, sich durch rege Arbeit an den bevorstehenden Landtagswahlen zu beteiligen und so unseren berechtigten Einfluß auch in den Einzellandtagen zur Geltung zu bringen.

Ohne Rücksicht auf Parteiinteressen haben unsere Freunde im Reiche den nach den Rüstungen anderer Staaten unvermeidlichen Forderungen der nationalen Wehrkraft unter möglichster Schonung der Steuerkraft stets entsprochen. Unser oberstes Ziel war es jederzeit, die nationale Unabhängigkeit zu sichern und eine kraftvolle Politik nach Außen zu ermöglichen. Hieran werden wir unerschütterlich festhalten. Maßregeln, welche dieses Ziel nicht beeinträchtigen und dennoch die den Völkern auferlegten Wehrlasten erleichtern, würden wir mit Genugtuung begrüßen.

Die Parteikämpfe im Reiche wirken auch auf die politischen Wahlen in den Einzelstaaten zurück. Die ultramontane Begehrlichkeit erstrebt im Einzelstaat, namentlich in Preußen, die Gegenleistung für ihre Mitwirkung an den Aufgaben der Reichspolitik. Die wirtschaftlichen Interessengruppen suchen

mit ihren Forderungen in den Einzelstaaten durchzudringen, wenn sie im Reiche abgewiesen sind. Unser Bemühen ist es seit Jahren gewesen, die Staatsregierung der Herrschaft und dem Zwange solcher einseitigen Bestrebungen zu entziehen.

Wir haben den Kampf gegen extreme wirtschaftliche Forderungen, namentlich gegen die Verstaatlichung des Getreidehandels und die Umwälzung unserer auf gesicherter Grundlage beruhenden Währungsverhältnisse, aufnehmen müssen. So erst wurde der Weg frei für eine besonnene und praktische Erwägung der bedrängten Lage und für eine wahrhaft wirksame Unterstützung unserer Landwirtschaft. In voller Würdigung berechtigter Klagen und der daraus hervorgehenden Forderungen werden wir auf diesem Wege weiterschreiten und wir erwarten, daß auch bei dem Abschluß neuer Handelsverträge unter Wahrung der Interessen von Industrie, Handel und Gewerbe die Landwirtschaft volle Berücksichtigung findet.

Den Kampf gegen den Ultramontanismus und seine Versuche, unsere katholischen Mitbürger mit einer abgesonderten Organisation zu umspannen und dadurch einen Staat im Staate zu schaffen, haben wir geführt und wollen wir auch in Zukunft nur führen auf dem Boden der in Preußens Geschichte unwandelbar begründeten religiösen Toleranz. Der Ultramontanismus ist es, der sie gefährdet. Begünstigt durch die Verwirrung im deutschen Parteileben ist er seinem Ziele, wie bei dem Zedlitzschen Schul-Gesetzentwurf, oft nahe genug gewesen. Unsere Bemühungen, die Regierung von der Gefahr solcher Zugeständnisse zu überzeugen, waren nicht ohne Erfolg. Daß die Behauptungen einer Zurücksetzung der katholischen Staatsbürger bei Besetzung der staatlichen Aemter der Wahrheit entbehren und zur Schürung einer unzufriedenen Stimmung fortdauernd wiederholt werden, haben wir überzeugend nachgewiesen. Wir hoffen und wünschen lebhaft, daß unsere Politik der Gleichberechtigung aller Konfessionen im Staatsleben, aber der Ablehnung aller mit dem Gesamtwohl nicht verträglichen hierarchischen Ansprüche, zum Heile des inneren Friedens immer mehr Anerkennung finden wird. Weite Kreise unserer, ihrem katholischen Glauben treu anhängenden Mitbürger fühlen sich in diesen Grundsätzen sowie überhaupt in ihren nationalen und liberalen Gesinnungen mit uns eins.

Unser Staat hat die Aufgabe, als Wacht für Gesamtdeutschland das herausfordernde Verhalten und das Vordringen des Polentums abzuwehren. Zur Erfüllung dieser nationalen Pflicht haben wir der Regierung die für die deutsche Kolonisation in den Ostmarken geforderten großen Summen bewilligt. Auch unseren Freunden in der Nordmark werden wir in ihrem Kampfe gegen die Dänen kräftig zur Seite stehen. Alle

Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums werden wir unterstützen, erwarten aber auch, daß die Politik der Regierung konsequent und fest bleibt.

Die aus der sozialdemokratischen Agitation mit ihren revolutionären Zielen hervorgehenden Gefahren für Staat und Gesellschaft, Monarchie und Religion verkennt niemand unter uns. Wir sind diesen Gefahren stets entschlossen entgegengetreten und werden es auch in Zukunft tun. In der dem Landtag vorgelegten Vereinsgesetznovelle vermochten wir aber ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung dieser Gefahren nicht zu erblicken. Die Vorlage wandte sich in ihrer Wirkung zugleich gegen alle der jeweilig herrschenden Richtung unbequemen bürgerlichen Parteien und hätte diese in der freien Entfaltung ihrer Kräfte gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen gelähmt, nicht aber die agitatorische Kraft des Gegners.

Den sogenannten Assessorenparagraphen haben wir zurückweisen müssen, getragen von der festen Ueberzeugung, daß die in der Verfassung gewährleistete Gleichberechtigung aller Staatsbürger nicht angetastet werden darf.

Um so bereitwilliger haben wir denjenigen Gesetzesvorschlägen der Regierung unsere Unterstützung zuteil werden lassen, welche sich als Verwirklichung unserer eigenen, seit Jahren vorgebrachten Anregungen und Forderungen darstellen. So ist unter unserer Mitwirkung das Lehrerbesoldungsgesetz zustande gekommen, die Beamten sind in ihrem Diensteinkommen aufgebessert, die Pensionen für ihre Hinterbliebenen sind erhöht, die Gehaltsverbesserungen der Geistlichen sind neu geregelt, und zur Befriedigung des besonders gearteten Kreditbedürfnisses der Landwirtschaft und der kleinen Gewerbetreibenden ist die Zentralgenossenschaftskasse eingerichtet. In gleicher Weise konnte durch reichlich zur Verfügung stehende Mittel die Ausdehnung unserer Schienenwege, der Bau von Kleinbahnen, die Erleichterung von landwirtschaftlichen Meliorationen, die Milderung der durch Hochwasser verursachten Schäden, die Errichtung von Kornlagerhäusern und die Schaffung geeigneter Arbeiterwohnungen für die Staatsbetriebe nach den Forderungen der Regierung bewilligt werden.

Unser Finanzwesen ist wohlgeordnet. Es hat durch die Konvertierung der Anleihen, durch Wiedereinführung einer obligatorischen Schuldentilgung und durch die Aufstellung bestimmter Grundsätze für den Staatshaushalt (Komptabilitätsgesetz) eine noch festere Grundlage gewonnen. Aber unerläßlich ist die weitere Sicherung gegen die Schwankungen, die stets wiederkehren müssen, solange die Finanzen der Einzelstaaten von denen des Reichs abhängig sind und die Ueberschüsse der Eisenbahnen uneingeschränkt und unmittelbar für allgemeine

Staatszwecke verwandt werden. Wir betonen aufs neue unsere Forderung einer ausgedehnteren Trennung und festen Abgrenzung, im Interesse der finanziellen Ordnung und der volkswirtschaftlichen Aufgaben des Staatsbahnsystems.

Die infolge der Steuerreformgesetze eingetretenen Verschiebungen des Wahlrechts in Staat und Gemeinde lassen die Forderung einer, der Gerechtigkeit entsprechenden Reform immer dringlicher hervortreten.

Wir verlangen ferner eine sichere Abgrenzung der Befugnisse der staatlichen Polizeigewalt gegenüber den Rechten der Selbstverwaltung wie des einzelnen Bürgers.

Insoweit es sich um soziale und wirtschaftliche Aufgaben handelt, hoffen wir auch in der folgenden Legislaturperiode die Regierung in fördernder Mitarbeit unterstützen zu können. Zunächst möge sie das Versprechen der Aufbesserung des Diensteinkommens der Unterbeamten erfüllen. Wir werden nicht ruhen, bis hier das Erforderliche erreicht ist.

Ebenso vertreten wir die Forderung einer gesetzlichen Fürsorge für die Hinterbliebenen der Volksschullehrer.

Was in den Staatsbetrieben zur Verbesserung der Lage der Arbeiter geschehen kann, bedarf um so mehr der steten sorgsamen Erwägung, als der Einzelstaat wesentlich die Aufgabe hat, durch das Mittel einer wirksamen Arbeiterfürsorge die auf die Bewahrung des sozialen Friedens gerichteten Bestrebungen der Reichsgesetzgebung zu ergänzen. Geeignete Maßnahmen der Staatsregierung zur größeren Sicherung der in den Bergwerksbetrieben beschäftigten Personen werden wir unterstützen.

Unter aufmerksamer Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung muß auch im Einzelstaat darauf Bedacht genommen werden, einen gesunden Mittelstand in Handwerk, Gewerbe und Handel zu erhalten und tatkräftig zu fördern. Die von unserer Partei ausgegangene Anregung eines Schutzes der Bauhandwerker in den größeren Städten ist weiter zu verfolgen.

Die Steuerreform, die auf der Selbsteinschätzung beruhend eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten bewirkt hat, erachten wir in den grundsätzlichen Bestimmungen für abgeschlossen; wir werden aber den bureaukratischen Belästigungen bei der Handhabung dieser Gesetze auch in Zukunft entgegentreten. Für die Durchführung der Kommunalsteuerreform muß behufs besserer Anpassung an die besonderen Verhältnisse und Interessen der einzelnen Gemeinden ein entsprechend größerer Spielraum gewonnen werden.

Viele Gemeinden, namentlich Land- und kleinere Stadtgemeinden, sind noch immer, zum Teil in gefahrdrohender Art, überlastet; ihnen haben die bisherigen Maßnahmen bei weitem

nicht hinreichende Erleichterung gebracht. Hier ist die Abhilfe in der Lastenverteilung auf breitere und kräftigere Verbände für Schulen und Armenpflege zu suchen.

Die Bestimmungen über die Unterhaltung der Volksschule sind vielfach veraltet und entsprechen weder der Leistungsfähigkeit der Verpflichteten, noch den Anschauungen von Recht und Billigkeit, sie müssen durch Gesetz geändert werden.

Die Entwicklung unseres Eisenbahnwesens bedarf eines schnelleren und energischeren Ganges und darf nicht durch fiskalische Rücksichten gehemmt werden. Die Sicherheit des Betriebes und die Anpassung an die Verkehrsbedürfnisse stehen in erster Linie. Ebenso verlangt unsere Verkehrsentwicklung dringend den weiteren Ausbau der Wasserstraßen; die planmäßige Ausführung großer, dem wirtschaftlichen Interesse des Landes dienender Kanäle muß als eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft angesehen werden.

Die oft zurückgestellte, für alle Volkskreise wichtige Medizinalreform hat der nächste Landtag endlich zum Ziele zu bringen.

Bei der von uns dringlich betonten Förderung der allgemeinen Wohlfahrt dürfen wir auch nicht geizen, die Kulturbedürfnisse zu pflegen, und so die Grundlagen des volkswirtschaftlichen Gedeihens zu festigen. Unsere Universitäten und technischen Hochschulen, unsere höheren und niederen Schulen und unser Fach- und Fortbildungsschulwesen für Stadt und Land haben bei der gesteigerten Leistungsfähigkeit des Staates vollen Anspruch auf verstärkte Beihilfe. Im deutschen Reich ist der Einzelstaat zur Pflege höchster idealer Aufgaben besonders berufen, und wir haben in ihm der Wissenschaft und der freien Entfaltung ihrer Kräfte die Stätte zu sichern und zu erweitern. Auch die Kunst auf allen ihren Gebieten haben wir zu fördern in der Lösung ihrer hohen Aufgabe, unser Volksleben zu veredeln und unsere glanzvolle Geschichte aufleben zu lassen.

So möge unsere Arbeit dahin gerichtet sein, die Kräfte des Volkes zu sammeln, das Erreichte auszubauen und die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Gegenwart zu erfassen und ihrer Lösung entgegenzuführen. Dazu bedarf es vor allem des gesicherten Einflusses, den die liberale Mittelpartei bisher geltend machen konnte. Sache der Wähler ist es, durch Wahl von unabhängigen Männern diesen Einfluß zu erhalten und zu verstärken. Ernste Hindernisse sind zu überwinden. Im Reichstag will das Centrum die „regierende Partei“ sein. Von dort aus bedrückt es die Gesetzgebung wie die Landesverwaltung in Preußen. Und im Abgeordneten-

hause selbst haben die Konservativen schon jetzt beinahe die Mehrheit. Rückläufigen Bestrebungen ist Tür und Tor geöffnet.

Um dieser Gefährdung einer ruhigen inneren Entwicklung vorzubeugen, fordern wir unsere Freunde im Lande auf, entschlossenen Sinnes und voll Zuversicht in den Wahlkampf einzutreten und treue Anhänger der nationalliberalen Partei zu wählen. Handle jeder auf seinem Posten nach besten Kräften zum Segen des Landes!

Erklärung vom 10. Juni 1900.

Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei und die nationalliberalen Fraktionen des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses geben ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß es gelungen ist, durch Verabschiedung des neuen Flottengesetzes mit großer Mehrheit des Reichstags eine Verstärkung unserer Schlachtflotte und damit der Machtstellung Deutschlands zur See herbeizuführen, welche dem deutschen Ansehen in aller Welt und den überseeischen Interessen des deutschen Gewerbefleißes den erwarteten Nutzen bringen möge.

Sie sprechen die bereits vor zwei Jahren zum Ausdruck gebrachte Ueberzeugung erneut aus, daß bei der bevorstehenden Feststellung des Zolltarifs und dem Abschluß künftiger Handelsverträge die Interessen der Landwirtschaft durch einen höheren Zollschutz für landwirtschaftliche Erzeugnisse besser gewahrt werden müssen als bisher.

Sie geben ferner erneut ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Herstellung neuer Wasserstraßen einem dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisse entspricht und sie werden den dahin gerichteten Bestrebungen ihre energische Unterstützung angedeihen lassen.

Kundgebung vom 11. November 1900.

Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei begrüßt die Entschlossenheit, welche die deutsche Reichsregierung bei den Wirren in China in der Vertretung der deutschen Interessen bewiesen hat, mit voller Genugtuung. Er billigt durchaus das Verlangen nach Sühne und Entschädigung für die unerhörte Ermordung des deutschen Gesandten, sowie die im Verein mit anderen Mächten ergriffenen Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles.

Dagegen mißbilligt er die verspätete Einberufung des deutschen Reichstags, dessen verfassungsmäßige Mitwirkung rechtzeitig hätte herbeigeführt werden sollen.

Die Tatsache, daß das Reichsamt des Innern von einer privaten Vereinigung Gelder zur Agitation für eine Vorlage des Bundesrats in Anspruch genommen hat, bietet keinen Grund, die Unbestechlichkeit unserer Regierung auch nur in Frage zu ziehen, wohl aber gibt sie Veranlassung, zu betonen, daß es im Interesse des Ansehens der Regierung und einer unparteiischen Verwaltung als unzulässig erachtet werden muß, wenn die Regierung von Interessentengruppen Mittel zu politischer Agitation annimmt oder gar fordert.

Parteikundgebung vom 27. Oktober 1901.

I. Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei spricht die Erwartung aus, daß der zur Zeit dem Bundesrat vorliegende Entwurf eines Zolltarifgesetzes mit Zolltarif in der Weise verabschiedet wird, daß die Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse den notwendigen höheren Schutz findet, daß aber bei Gewährung dieses Schutzes diejenigen Grenzen eingehalten werden, welche den Abschluß der für Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft, Handel und Gewerbe notwendigen langfristigen Handelsverträge ermöglichen.

II. Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei hält eine Aenderung der §§ 66 und 69 des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 nach der Richtung hin geboten:

1. daß die mangelnde Registereintragung oder der Differenzeinwand nicht zu berücksichtigen ist, wenn die nicht in Börsenregister eingetragenen Personen zur Zeit des Geschäftsabschlusses mit einer eingetragenen Person
   a) berufsmäßig oder gewohnheitsmäßig Börsen- oder Bankiergeschäfte betrieben haben;
   b) zum Besuch einer Börse zugelassen waren;
   c) als Kaufleute in das Handelsregister eingetragen waren, ausgenommen Handwerker und solche Kaufleute, deren Gewerbebetrieb nicht über den Umfang des Kleingewerbes hinausgeht;
   d) Erzeuger oder Verarbeiter von Waren sind, auf die sich das Börsentermingeschäft bezieht;

2. daß eine Aufrechnung der Verbindlichkeiten aus Börsentermingeschäften, deren Erfüllung vom Schuldner auf Grund der Bestimmungen des Börsengesetzes über Börsentermingeschäfte verweigert wird, gegen seine Gewinne aus anderen Börsentermingeschäften, die er während der Geschäftsverbindung mit derselben Partei abgeschlossen hat, für zulässig erklärt wird;

3. daß die Unwirksamkeit des Geschäfts und die Zulässigkeit des Differenzeinwandes sich nicht auf die bestellten Sicherheiten und die abgegebenen Schuldanerkenntnisse erstreckt und daß auch eine Rückforderung dessen, was vor Abwicklung des Geschäfts zu seiner Erfüllung geleistet worden ist, nicht stattfindet;

4. daß nach Ablauf von sechs Monaten seit Erteilung der Abrechnung der Register- und Differenzeinwand nicht mehr geltend gemacht werden kann.

Beschluß des allgemeinen Vertretertages in Eisenach am 12. Oktober 1902.

Der Delegiertentag der nationalliberalen Partei erachtet die Verabschiedung eines neuen Zolltarifgesetzes, sowie das Zustandekommen günstiger langfristiger Handelsverträge für eine wirtschaftliche und politische Notwendigkeit.

Er bedauert, daß durch Versagung des erforderlichen Zollschutzes für die Landwirtschaft von radikaler Seite, durch Aufstellung übertriebener, das Allgemeinwohl schädigender Forderungen im einseitigen Interesse eines Berufsstandes von agrarischer Seite das Zustandekommen der Vorlage erschwert oder gefährdet wird.

Der Delegiertentag erwartet, daß die Reichstagsfraktion sich im wesentlichen auf den Boden der Regierungsvorlage stellt, daß sie keinesfalls über die in der Regierungsvorlage enthaltenen Mindestzölle hinausgeht und daß sie weitere Mindestzölle ablehnt.

Wahlaufruf der nationalliberalen Partei.

Berlin, den 3. Mai 1903.

Der soeben geschlossene Reichstag hat Tage tiefer Erniedrigung erlebt, als eine rücksichtslose Minderheit den Versuch unternahm, die Mehrheit zu tyrannisieren, ja die parlamentarische Tätigkeit überhaupt unmöglich zu machen. Er war der Schauplatz erbitterter Interessen- und Klassenkämpfe. Er stand von Beginn an unter dem ausschlaggebenden Einfluß des Zentrums. Der Liberalismus hatte nicht die ihm gebührende Geltung.

Zwar hat der Reichstag auf verschiedenen Gebieten Bedeutendes geleistet: Die Stärkung der nationalen Machtstellung des Deutschen Reiches durch Heer- und Flottengesetz, die Fortführung der Sozialreform durch die neuen Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherungsgesetze, durch die Gesetze über Gewerbegerichte und über die gewerbliche Arbeit der Kinder,

durch die Seemannsordnung und zahlreiche andere Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, endlich die Schaffung des Zolltarifgesetzes als Grundlage der neuen Handelsverträge sind Leistungen von großer und dauernder Bedeutung für unser Vaterland.

Alle diese Erfolge hätten aber nicht ohne die entscheidende opferwillige Mitarbeit der nationalliberalen Partei erreicht werden können. Sie hat mit Entschiedenheit allen rückschrittlichen Versuchen Widerstand geleistet. Sie hat in erster Linie mitgewirkt, als es sich darum handelte, die Ordnung im Parlament und seine verfassungsmäßige Mitarbeit an den dringlichen Aufgaben der Gesetzgebung aufrecht zu erhalten.

Mit dem Gefühle ernster Pflichterfüllung tritt die Partei vor die Wähler. An den Wählern ist es jetzt, durch die Ausübung ihres Stimmrechts zu entscheiden, von welchem Geiste die Vertretung des deutschen Volkes während der nächsten Jahre beseelt sein soll. Sie tragen die Verantwortung dafür, ob der neue Reichstag erfüllt sein wird von dem Bestreben, einseitige Berufs- und Klasseninteressen, herrschsüchtige Machtgelüste konfessioneller, politischer oder sozialer Sonderströmungen zur Geltung zu bringen, oder von dem Geiste patriotischer Unterordnung unter das Wohl des ganzen Volkes, von der Entschlossenheit, redliche Mitarbeit leisten zu wollen an der Ausgleichung der verschiedenen Interessen zum Besten des Gemeinwohls.

Wirtschaftliche Fragen stehen noch immer im Vordergrunde und zwar um so mehr, als seit einigen Jahren auch in Handel und Gewerbe dem erfreulichen Aufschwunge der Vorjahre ein bedenklicher, hoffentlich bald vorübergehender Rückschlag gefolgt ist. Die Landwirtschaft kämpft seit langen Jahren schwer gegen andere, unter günstigeren Bedingungen arbeitende Länder. Soweit es der Staatsgewalt möglich ist, muß hier ein Zustand geschaffen werden, der unter gerechtem Ausgleich der verschiedenartigen Interessen von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel dem deutschen Erwerbsfleiß lohnende Arbeit ermöglicht. Die Grundlage dazu ist in dem neuen Zolltarif geschaffen, trotz aller ihm seiner Entstehung nach anhaftenden Mängel. Er gibt der Reichsregierung das notwendige Rüstzeug zum Abschluß neuer, uns günstiger langfristiger Handelsverträge, durch welche zugleich ein besserer Schutz der Landwirtschaft gewährleistet wird. Ohne solche Handelsverträge können Handel und Gewerbe ihre Aufgabe für das Volk nicht erfüllen. An ihnen ist deshalb auch die Landwirtschaft auf das höchste interessiert. Denn nicht im Gegensatze zueinander, sondern im Zusammenarbeiten miteinander haben die verschiedenen Produktionszweige

unseres Volkes ihr Heil zu erblicken. Die Verabschiedung von Handelsverträgen bildet daher in den nächsten Jahren eine der Hauptaufgaben der deutschen Politik und Gesetzgebung.

Der gewerbliche Mittelstand in Stadt und Land ringt seit Jahren um sein Gedeihen. Das Gesetz über die Organisation des Handwerks hat die geeigneten Wege sowohl der Selbsthilfe, wie der Erziehung und Fortbildung eines tüchtigen Nachwuchses erschlossen. Es bietet die Gewähr der sachgemäßen Vorbereitung weiterer Gesetzes- und Verwaltungsmaßnahmen unter Mitwirkung der Beteiligten selbst. Die gesetzliche Sicherung der Bauforderungen muß durchgeführt, den Auswüchsen im Ausverkaufs- und Auktionswesen muß durch Ausbau des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb wirksam entgegengetreten werden.

Die Verhältnisse der mittleren und unteren Reichsbeamten erheischen unsere stetige Fürsorge. Die kaufmännischen und gewerblichen Privatbeamten stellen bedeutsame, wohl erwägenswerte Forderungen. Die Einführung der Kaufmannsgerichte ist eine dringliche Aufgabe des neuen Reichstags.

Soweit die Börsengesetzgebung dahin geführt hat, Treu und Glauben im Handelsverkehr zu untergraben, ist eine zweckmäßige Reform notwendig.

Die im Interesse der Arbeiter in Angriff genommene, von menschenfreundlichem Geiste getragene, vom Auslande bewunderte sozial-politische Gesetzgebung bedarf der weiteren Verbesserung und des inneren Ausbaues, unter Berücksichtigung der praktischen Verhältnisse des Wirtschaftslebens und des ausländischen Wettbewerbes. Die Versicherung der Witwen und Waisen und die Fortführung gemeinsamer Einrichtungen zur Pflege des Friedens zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sind als Ziel festzuhalten.

Es ist eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes, durch Revision der Militärpensionsgesetze die Lage der Militär-Invaliden zu erleichtern und für unsere unterstützungsbedürftigen Kriegsteilnehmer zu sorgen.

Vorbedingung für eine gedeihliche Tätigkeit auf allen Gebieten ist aber die Erhaltung des Friedens und der nötigen Bewegungsfreiheit für deutsche Arbeit, Intelligenz und Unternehmungslust im Wettstreit mit den übrigen Nationen. Das ist nur möglich durch Erhaltung und Stärkung der deutschen Macht und des deutschen Ansehens. Ein mächtiges Deutsches Reich muß daher immer das erste Ziel eines wahrhaft patriotischen Deutschen sein. Die Gegner sind zahlreich, sogar im Innern zeigen sie sich in Gestalt der nationalpolnischen Propaganda und der unseligen parti-

kulariſtiſchen Strömungen, welche die verſchiedenen aufeinander angewieſenen Stämme gegeneinander zu hetzen ſich bemühen. Die nationalliberale Partei wird auch in Zukunft überall, wo es gilt, antinationale Beſtrebungen zu bekämpfen, in erſter Linie ſtehen.

Schwer und gewichtig ſind die Aufgaben, welche der neue Reichstag zu erfüllen hat, und ſie entbehren wahrlich nicht des idealen Inhalts:

Bewahrung und Stärkung der Macht und des Anſehens von Deutſchland, in unverbrüchlicher Treue zu Kaiſer und Reich,

Pflege und Weiterbildung unſerer freiheitlichen Einrichtungen und Kulturerrungenſchaften, Aufrechterhaltung des beſtehenden Reichstagswahlrechtes und der Koalitionsfreiheit,

Ausgleichung der verſchiedenartigen wirtſchaftlichen Intereſſen zum Schutze der nationalen Arbeit,

einſichtige und kraftvolle Betätigung des Staates, in Geſetzgebung und Verwaltung, zugunſten der wirtſchaftlich Schwachen, der minder begüterten Volksklaſſen,

das ſind Gedanken welche jeden Vaterlandsfreund erfüllen und ihn zwingen müſſen, ſeine ganze Kraft in ihren Dienſt zu ſtellen.

Große Gefahren aber bedrohen die in dieſem Geiſte tätigen Kräfte und verlangen unſere ſchärfſte Abwehr:

Die Sozialdemokratie verhetzt die Arbeiter; ſie läuft Sturm gegen die Grundlagen unſerer Kultur, gegen Monarchie, Religion, Familie, Eigentum; ſie hat ſich durch ihre Tätigkeit im Reichstage als Feind des ſozialpolitiſchen Fortſchritts erwieſen.

Das Beſtreben, die Staatsgewalt, die Schule, Kunſt und Wiſſenſchaft, das geſamte Volksleben ultramontanen Machtgelüſten zu unterwerfen, wirkt immer verhängnisvoller.

Die verſchiedenen Berufsklaſſen werden durch Uebertreibung von Sonderintereſſen gegeneinander aufgewühlt, als ſeien ſie nicht Alle Glieder Eines Volkes.

Um ſo dringender iſt die Verpflichtung für Alle, welche dieſe Gefahren erkennen und eine ruhige, friedliche Entwicklung auf der Grundlage unſerer, in heißen Kämpfen errungenen nationalen und liberalen Güter anſtreben, es an ſich nicht fehlen zu laſſen. Jeder Einzelne hat die ernſte Pflicht, ſein Beſtes einzuſetzen, um dieſe Güter durch ſiegreiche Wahlen zu ſichern. Nur ſo wird das Gedeihen unſeres Volkes gewährleiſtet ſein.

Darum gilt es, die Trägen aufzurütteln, die Lauen zu begeiſtern, die beiſeite Stehenden zu gewinnen, die Verhetzten aufzuklären, ſie alle mit dem feſten Entſchluſſe zu erfüllen, tätig zu ſein im Dienſte der guten Sache.

Deutsche Wähler! Seid eingedenk der Bedeutung der Wahl. Sorgt dafür, daß Männer gewählt werden, welche als oberste Richtschnur für ihr ganzes Verhalten, als einzigen Leitstern für ihre Bemühungen nur anerkennen das Wohl des ganzen teuren Vaterlandes.

Der Delegiertentag der nationalliberalen Partei.

J. A.: Dr. Hammacher.

Wahlaufruf der nationalliberalen Partei in Preußen.

(Beschluß des Delegiertentages der nationalliberalen Partei in Preußen.)

Wähler!

Die nationalliberale Partei kann mit Befriedigung und Genugtuung auf die Reichstagswahlen zurückblicken. Sie hat einen Zuwachs von 300 000 Stimmen erhalten. In weiten Kreisen des Volkes ist das Vertrauen auf sie gewachsen. Massen von Wählern sind mit ihr von der Bedeutung der alten nationalen und liberalen Grundsätze erfüllt, stimmen ihr aus voller Ueberzeugung zu in der gerechten Förderung des wirtschaftlichen Gedeihens aller Volksklassen, in der kräftigen, aber besonnenen Weiterentwicklung einer wahrhaft menschenfreundlichen sozialpolitischen Gesetzgebung und Verwaltung zum Schutze des Schwachen.

Leider sind aber zugleich die Stimmen der sozialdemokratischen Partei, deren staats- und gesellschaftsfeindliche Bestrebungen durch die Tagung in Dresden von neuem in volles Licht gestellt sind, in gefahrdrohender Weise angeschwollen. Der Kampf gegen diese in Wahrheit rückschrittliche Partei bleibt nach wie vor unsere nationale und liberale Pflicht. Verfehlt aber wäre es, die Abwehr der sozialdemokratischen Gefahr von einer reaktionären Politik zu erwarten.

Unsere Aufgabe ist es, dem Rückschritt an jeder Stelle und in jeder Form entgegenzutreten. Das muß unser Ziel auch bei den bevorstehenden Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause sein.

Mit frischem Mute und vollem Vertrauen kann die nationalliberale Partei sich den Wahlen zuwenden. Sie bedarf hierzu keiner erneuten programmatischen Kundgebung ihrer Grundsätze und Ziele. Auf die Kennzeichnung der gegenwärtigen politischen Lage und der Bedeutung der Wahlen kommt es an.

Im Reichstage ist die Regierung in Fragen der nationalen Wehrkraft und bei den auf Grundlage des neuen Zolltarifs abzuschließenden Handelsverträgen auf die Mitwirkung des

Zentrums angewiesen. Dafür wird dieses Zugeständnisse auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung in Preußen zu erlangen suchen. Noch größer als bisher ist darum die Gefahr des weiteren Anwachsens der Macht des Zentrums.

In seinem Streben, die Schule kirchlicher Herrschaft zu unterwerfen, hat das Zentrum in einem großen Teile der Konservativen leider einen willfährigen Bundesgenossen. Dringend erforderlich ist nun eine neue Regelung der Unterhaltungspflicht der Volksschule im Interesse der Gemeinden, der Lehrer und besonders der Schule selbst. Gelingt es einer konservativ-ultramontanen Vereinigung, bei dieser Regelung mit ihren Bestrebungen durchzudringen, so würde dies für die Bildung und Kultur unseres Volkes von den verhängnisvollsten Folgen sein.

Die Konservativen, denen in der Verwaltung ein übergroßer, nicht im Interesse des Landes liegender Einfluß eingeräumt ist, verfolgen mehr und mehr eine einseitige Interessenpolitik, während eine weise Politik wie allen Landesteilen so allen Berufsständen gerecht werden muß. Wie die erforderliche Regulierung der Flüsse zur Verhütung der immer wiederkehrenden Schädigung in erster Reihe der Landwirtschaft zugute kommen soll und wird, so sind an der Verbindung unserer Flüsse untereinander durch leistungsfähige Wasserstraßen ebenso Industrie und Handel wie die Landwirtschaft interessiert. Die Verwerfung der Kanalvorlage durch eine aus Konservativen und Zentrum bestehende Mehrheit hat die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes schwer geschädigt. Ihre unverkürzte Wiedereinbringung muß deshalb eine der ersten Forderungen der nationalliberalen Partei sein.

Rückschritt und Rückständigkeit bedrohen uns.

Ihre Bekämpfung wird erschwert durch das Landtagswahlrecht in seiner gegenwärtigen Gestaltung. Eine zeitgemäße Reform des Dreiklassenwahlrechts ist anzustreben, insbesondere auch eine gerechtere Abgrenzung der Wahlbezirke und Beseitigung der widersinnigen Drittelung in den Urwahlbezirken.

Der Wahlkampf wird schwer sein. Die Gegner sind zahlreich und mächtig. Bei der Regierung sehen wir in der Polenfrage eine zielbewußte, deutsche Politik, welche unsere Partei mit ganzem Herzen unterstützt. Aber die Regierung muß auch die Gefahren der Klassen- und Interessenwirtschaft, sowie des immer weiter vordringenden Ultramontanismus mit der gleichen Festigkeit bekämpfen. Es gilt bei den Wahlen eine Mehrheit zu schaffen, welche dazu die nötige Stütze bietet, die Berücksichtigung der Gesamtinteressen des Volkes gewährleistet, alle Mißstände in der Verwaltung rückhaltlos aufdeckt und bekämpft.

Aus eigener Kraft, unabhängig nach allen Seiten, wollen wir unsere Ueberzeugungen vertreten, in deren siegreicher Durchführung wir für das Wohl unseres Volkes den richtigen Weg erblicken.

Drum auf zur Wahl mit Mut und Selbstvertrauen! Laßt uns an die Arbeit gehen, erfüllt von nationaler Begeisterung, durchglüht von der Ueberzeugung, daß nur in einem innerlich gesicherten Staatswesen und auf freiheitlicher Grundlage eine gedeihliche Weiterentwicklung unserer Bildung und Kultur sich ermöglichen läßt. Es gilt, die Wähler aufzuklären und aufzurütteln, die Bedeutung der Ziele und die Größe der Gefahr ihnen vor Augen zu führen. Setze ein jeder seine beste Kraft ein und kämpfe im Interesse des Vaterlandes für den Sieg der nationalen und liberalen Partei.

Hannover, den 27. September 1903.

Sitzung des Centralvorstands am 12. Juni 1904.

(Kundgebung.)

„Der Centralvorstand erkennt an, daß der im preußischen Abgeordnetenhause eingebrachte Schulantrag sich im Einklang befindet mit derjenigen Stellungnahme, welche die nationalliberale Landtagsfraktion in Preußen in den Jahren 1892, 1896 und noch 1903, ohne Widerspruch in der Partei zu finden, in der Schulfrage eingenommen hat.

Er spricht die durch alle Erklärungen der Landtagsfraktion gerechtfertigte Erwartung aus, daß sie bei Ausgestaltung des Gesetzentwurfs bestrebt sein wird, der Simultanschule eine rechtliche Stellung zu verschaffen, die nicht nur die gesetzlich und tatsächlich bestehenden Simultanschulen unverändert aufrecht erhält, sondern auch die Weiterentwicklung dieses Schulsystems auf der Linie seiner grundsätzlichen Gleichberechtigung möglich macht."

Beschlüsse des Allgemeinen Vertretertags zu Dresden am 21. Mai 1905.

I. Der allgemeine Vertretertag billigt den vom Centralvorstand in seinem Beschlusse vom 12. Juni 1904 betreffend den Schulkompromißantrag eingenommenen Standpunkt. Er erwartet auch seinerseits, daß die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses einem Volksschulunterhaltungsgesetze nur zustimmen wird, wenn es diesem Standpunkt entspricht. Der Vertretertag erwartet ferner, daß die Fraktion nach wie vor nachdrücklich für die fachmännische Schulaufsicht eintreten wird.

II. Der allgemeine Vertretertag der nationalliberalen Partei spricht der deutschen Studentenschaft in ihrem Kampfe für die akademische Freiheit und eine unabhängige Entwicklung des deutschen Geisteslebens seine lebhaften Sympathien aus.

Resolutionsbeschlüsse des Centralvorstandes der nationalliberalen Partei vom 6. Mai 1906.

I. Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei spricht seine Entrüstung darüber aus, daß die sogenannten Vereinigten Liberalen im Wahlkreise Darmstadt-Gr.-Gerau unter dem ausschlaggebenden Einflusse anerkannter Führer der Freisinnigen Vereinigung die Parole ausgegeben haben, in der Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten gegen den von ihr als persönlich einwandfrei anerkannten nationalliberalen Kandidaten einzutreten. Der Centralvorstand muß dieser Tatsache gegenüber die angeblichen Bemühungen der genannten Partei, einen Zusammenschluß aller Liberalen herbeizuführen, als für die liberale Sache wertlos bezeichnen. Der Centralvorstand fordert die Parteifreunde im Lande auf, jedem Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung so lange ihre Stimme zu versagen, bis diese Partei genügende Sicherheit dafür bietet, daß sich ihre Anhänger einen derartigen Verrat an der liberalen Sache nicht wieder zuschulden kommen lassen werden.

II. Der Centralvorstand spricht der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses seine ungeteilte Zustimmung zu der festen und klaren Haltung aus, welche ihre Kommissionsmitglieder in der Frage des Schulunterhaltungsgesetzentwurfes, zuletzt noch durch Ablehnung des § 40 in seiner gegenwärtigen Gestalt, betätigt haben. Der Centralvorstand hegt die zuversichtliche Erwartung, daß die Fraktion diese ihre Haltung auch weiterhin, insbesondere gegenüber den Angriffen auf das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden bewahren wird.

Beschlüsse des Allgemeinen Vertretertags zu Goslar am 6. und 7. Oktober 1906.

I. Für die kommenden Reichstagswahlen sind die Vorbereitungen in allen Wahlkreisen, in welchen die Partei eine Organisation besitzt, unverzüglich mit aller Entschlossenheit zu beginnen. Der Vertretertag spricht die Erwartung aus, daß in Wahlkreisen, in denen Jugendvereine bestehen, diese

in sachgemäßer Weise zur Wahlarbeit herangezogen werden und sich beteiligen.

Er fordert die nationalliberale Wählerschaft auf, dabei in Uebereinstimmung mit den Eisenacher Resolutionen unter vollster Wahrung des nationalen Standpunktes die liberalen Forderungen der Partei mit Entschiedenheit zu vertreten und ihnen zum Siege zu verhelfen.

II. Der Vertretertag spricht die Erwartung aus, daß die Partei sich auch fernerhin im Sinne positiver Mitarbeit an den politischen Aufgaben des Reiches und der Einzelstaaten beteiligen werde. Er fordert die Parteigenossen auf, einmütig und entschlossen den Kampf für die bewährten Grundsätze der Partei zu führen. Der Vertretertag betrachtet es als die Aufgabe der Partei, den Sammelpunkt für alle liberalen Elemente unseres Volkslebens zu bilden, indem er von der Ueberzeugung ausgeht, daß Engherzigkeit und Einseitigkeit nur zur Zersplitterung und Schwächung des Liberalismus führen muß.

III. Der Vertretertag hat durch die aufklärenden und erschöpfenden Darlegungen, die seitens der Reichstagsabgeordneten gegeben wurden, die Ueberzeugung gewonnen, daß die Reichstagsfraktion bei den Verhandlungen über die Reichsfinanzreform sich in einer äußerst schwierigen Lage befand und bestrebt war, die hochwichtige Frage zum Wohle des Vaterlandes zu lösen. Indem der Vertretertag dieses ernste Streben der Fraktion anerkennt, erachtet er die bezüglich der Stellung der Fraktion in alt- und jungliberalen Kreisen zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten als ausgeglichen und erwartet, daß alt und jung, wie bisher, gemeinsam unter Hochhaltung der nationalen, aber nicht minder liberalen Grundsätze in die Vorbereitung der künftigen Reichstagswahlen eintreten werde.

IV. Die Verfügung des preußischen Kultusministers in der Lehrerbesoldungsfrage schädigt die berechtigten Interessen der Lehrer aufs schwerste und gefährdet die gesunde Schulbildung der großstädtischen Bevölkerung. Das Vorgehen des Ministers ist, wenn auch juristisch vielleicht berechtigt, tatsächlich ein bedenklicher Eingriff in die Selbstverwaltung der Städte, die, in richtiger Würdigung der Bedeutung der Volksschulen für eng zusammenwohnende Volksmassen, eine bessere Besoldung der Lehrer durchführen wollen. Der Parteitag ist überzeugt, daß diese Haltung des Ministers von der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses gemißbilligt und entschieden bekämpft werden wird.

V. Der Vertretertag begrüßt mit Genugtuung die Ausführungen des Abg. Patzig über die Mittelstandspolitik und betont insbesondere die Notwendigkeit einer Revision des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, namentlich auch in bezug auf das Ausverkaufswesen. Er erhofft von der Mitarbeit seiner Vertreter im Reichstage einen wirksamen Schutz gegen die das Handwerk, die Industrie und das Handelsgewerbe selbst gleichermaßen schädigenden Auswüchse. Dazu ist eine Kontrolle durch die Gewerbebehörden allerdings geboten.

Er erwartet die baldige Verabschiedung der Gesetze über den Schutz der Bauhandwerker und die Sicherung der Bauforderungen, sowie insbesondere über die Beschränkung des Rechtes, Lehrlinge anzuleiten, auf diejenigen Handwerker, die den Meistertitel führen dürfen.

Er erwartet ferner, daß die rechtlichen Verhältnisse der Privatangestellten demnächst in förderlicher Weise gesetzlich geregelt werden, und insbesondere, daß ihr berechtigter Anspruch auf reichsgesetzliche obligatorische Pensionsversicherung mit Hinterbliebenenfürsorge baldigst erfüllt wird.

Wahlaufruf der Nationalliberalen Partei
vom 14. Dezember 1906.

Endlich eine erlösende Tat, ein Aufatmen nach lange getragenem Druck! Das war die uns allen gemeinsame Empfindung, als am gestrigen Abend nach schwerem Ringen unserer Reichstagsfraktion mit dem Zentrum der Reichskanzler eine Kaiserliche Verordnung ankündigte.

Die Auflösung des Reichstags, der Ruf an das deutsche Volk war es, was allein noch übrig blieb, als sich ergab, daß die Gemeinschaft der nationalen Parteien im Hause nicht stark genug sein werde, um dem kaudinischen Joch des Zentrums sich zu entziehen. Seit Jahren hat das Zentrum dieses Joch über den Reichstag, die Gesamtvertretung des deutschen Volkes, gelegt. So ist jetzt das Reich in Gefahr gekommen, vor dem Auslande zu bekennen, daß wir einen uns aufgezwungenen Krieg nicht mehr in Ehren zu Ende zu bringen vermögen.

Werden die verbündeten Regierungen stark genug sein, um mit diesem Zustande zu brechen? So lautete die bange Frage unter uns noch am Morgen desselben Tages. Da kam die Kaiserliche Botschaft, und minutenlanger Beifall begleitete die Auflösung, helle Freude leuchtete auf den Mienen auch derjenigen unserer Abgeordneten, die sich sagen

mußten, daß vor ihnen ein besonders schwerer Wahlkampf stehe zu winterlicher Zeit. — Warum? Diese Auflösung ist nichts anderes als das Bekenntnis der verbündeten Regierungen zu derjenigen Politik, welcher unsere Partei von jeher zu dienen gesucht hat! Diese Politik ist nicht etwa nur die Kolonialpolitik, die den lediglich zufälligen Anlaß zur Auflösung gab, sondern es ist die Politik der nationalen Ehre, die Politik der freien Entwicklung unseres Volkes, die Politik, welche eine starke zielbewußte Leitung der Reichsgeschäfte ohne Nebenregierung verlangt, welche dem Kaiser geben will, was des Kaisers ist, und die für das Parlament diejenigen Rechte fordert, welche ihm verfassungsmäßig zustehen.

Indessen das Parlament soll das Gesamtvolk vertreten, nicht nur zwei Richtungen im Volke, das Parlament soll nicht nur Zentrum und Sozialdemokratie sein. Das gebildete Bürgertum, der deutsche Bauer, der Beamte, der Kaufmann, der Handwerker, der Arbeiter, kurz alle Stände, die kaisertreu, sich nicht nur nach konfessionellen Fragen und nicht nur nach Klasseninteressen zu ihren Parteien bekennen, einerlei, ob sie konservativ, nationalliberal oder freisinnig wählen, sie alle haben den gleichen Anspruch darauf, in der Volksvertretung zu ihrem politischen Rechte zu kommen. Dies ist seit langen Jahren tatsächlich nicht mehr der Fall gewesen. Der deutsche Reichstag — was beschloß er in vielen wichtigen Fragen? Was Zentrum und Sozialdemokratie zuzulassen beliebten, allzu häufig leider unter stiller oder offener Nachgiebigkeit der verbündeten Regierungen.

Das hat, so hoffen wir, mit dieser Auflösung des Reichstages ein Ende, wenigstens dann, wenn das deutsche Volk, an dem es jetzt ist, seinen Willen in Neuwahlen kundzutun, sich nicht selbst zur klerikal-sozialdemokratischen Herrschaft bekennen will.

Was war der besondere Anlaß zur Auflösung? Es lag zur Beschlußfassung ein Nachtragsetat vor. Es wurden von den verbündeten Regierungen die Mittel verlangt, um unsere im bitteren Kampfe gegen die Hottentotten fechtenden Truppen zu erhalten. Siegreich ist der Hereroaufstand niedergeschlagen, 14 000 Schwarze haben sich zur Uebergabe gestellt und werden nun der Arbeit zugeführt, dem ersten Mittel zur kulturellen Entwicklung der Eingeborenen in unseren Kolonien. Es blieb noch der Aufstand der Hottentotten, — wohl sind sie in die Berge und Einöden zurückgedrängt, aber noch bedrohen sie unsere Truppen und Ansiedler, noch künden immer wiederkehrende Verlustlisten uns, daß Deutschland dort im Kampfe steht. Jetzt gilt es,

den letzten Schlag zu tun, nicht in offener Feldschlacht, sondern im schwierigsten Kleinkrieg.

Der deutsche Generalstab verlangt dafür als unbedingt notwendig im kommenden Etatsjahr noch 8000 Mann, nachdem der Kommandeur ehrlich bemüht gewesen ist, im Laufe der letzten Zeit die Truppenzahl von 14 500 Mann auf diese Zahl zu verringern. Die Kolonialverwaltung hat bindend erklärt, alles zu tun, um die vom Reichstage gewünschte Heimsendung weiterer Mannschaften zu ermöglichen. — Da kommt der oberste deutsche Kriegsrat in Gestalt von Zentrumsabgeordneten, um, unterstützt von Sozialdemokraten, Polen, Welfen und sonstigen Reichsfreunden, beraten von Personen ohne Verantwortung, zu beschließen, „nicht 8000 Mann sind notwendig zur Beendigung dieses Krieges und zur Erhaltung der deutschen Kolonien, sondern nur 2500".

Wem will das deutsche Volk folgen: dem Generalstab oder Herrn Erzberger und Genossen?

Die verbündeten Regierungen verlangen ferner eine Bahn im Süden der Kolonie, und sie erbitten die Beschlußfassung über die Bahn, bevor der Reichstag in die Weihnachtsferien geht. Was tun Zentrum und Sozialdemokratie? Die Sache wird hingezögert bis auf zwei Tage vor den Ferien, geheimnisvolles Dunkel liegt über den letzten Absichten, und dann kommt das Ultimatum! Man wagt es zwar nicht, die Bahn, welche erwiesenermaßen dem Reiche monatlich zwei Millionen an Transportkosten spart, schlechthin abzulehnen, man wagt es nicht, offen vor dem Volke unsere Truppen im Süden der Kolonie der Gefahr des Verhungerns auszusetzen und dem Kommandeur die einfachsten Mittel zu verweigern, um die Truppe mobil zu halten und ihre Zahl zu verringern: aber Herrn Dernburg ist sein entschlossenes Auftreten gegen den Abgeordneten Roeren nicht vergessen! Herr Dernburg soll's entgelten; ihn und die Parteien, die einen Mann in der Regierung zu stützen gewagt haben und die eine heimlich schreitende Nebenregierung nicht dulden wollen, will man „unter der Fuchtel halten". Drum wird die Bahnvorlage verschleppt und an unübersehbare Bedingungen gebunden. Ob auch unsere Truppen in Not sind, ob auch das Geld der Steuerzahler vergeudet wird: man nutzt die Mehrheit mit den Sozialdemokraten rücksichtslos aus.

Wem will das deutsche Volk folgen: dem Ruf der nationalen Pflicht oder Herrn Roeren und Genossen?

Deutsche Wähler! Nicht kleine Parteiunterschiede sind in Frage, nicht untergeordnete Dinge!

Auf unsere alte Waffenehre, auf unsere nationale Stellung unter den Völkern kommt es an! Auf die Opfer an Gut und Blut, die wir bisher gebracht haben, richtet die Blicke, damit sie nicht vergebens waren.

Darum laßt euch im kommenden Wahlkampf durch kleinere Unterschiede nicht trennen! Halten wir alle zusammen gegen Zentrum und Sozialdemokratie, als freie Deutsche, die in der Zukunft ihres Volkes die Zukunft für sich und ihre Kinder erkennen.

Berlin, im Dezember 1906.

Der Centralvorstand der Nationalliberalen Partei.

Bassermann. Dr. Friedberg. Dr. Geiger.

Der **Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend** richtete an die ihm angeschlossenen Vereine folgendes Schreiben:

Schneller als jemand gedacht, hat uns die plötzliche Auflösung des Reichstags vor einen allgemeinen Wahlkampf im Reich gestellt. Es gilt für uns, in ihm zu erweisen, daß unsere Bewegung seit dem letzten Wahlkampf im Jahre 1903 nicht nur an Bedeutung, sondern auch und vor allem an Schlagkraft gewachsen ist. Die Wahlen werden sich vollziehen unter einer Parole, wie sie sich unsere Bewegung nicht günstiger denken kann. Stets sind wir für die Stärkung unserer nationalen Wehrkraft eingetreten, stets haben wir darauf hingewiesen, daß eine gesunde Kolonialpolitik ein Lebensinteresse des deutschen Reiches ist, und von der Geburtsstunde unserer Bewegung an haben wir den Kampf gegen das Zentrum als eine der wichtigsten Pflichten jedes national fühlenden Deutschen erkannt. Die Reichstagsauflösung hat uns recht gegeben, und nun gilt es für uns, alle Kraft dafür einzusetzen, daß die Reichstagsmehrheit, die jetzt nach Hause geschickt ist, nicht wiederkehrt. Dieser Wahlkampf, der geführt wird, um einen Reichstag zu schaffen, der nicht feilscht, wo es die nationale Ehre Deutschlands gilt, muß unserer Partei einen glänzenden Sieg bringen, und wir erwarten von unseren Verbandsvereinen und jedem Mitglied unserer Bewegung persönlich, daß sie mit Energie und Begeisterung ihre Kräfte diesem Ziel widmen. Je größer unser Anteil an den Erfolgen unserer Partei in diesem Wahlkampfe sein wird, um so ersprießlicher wird sich die Zukunft unserer Bewegung gestalten.

An die nationalliberale Jugend!

Zum ernsten Waffengang ist das deutsche Volk berufen. Der Kampf um ein anderes Gesicht des Reichstags hat begonnnen, und in dem Ringen, das nunmehr anhebt, wird uns der Sieg nur beschieden sein, wenn wir unsere ganze Kraft einsetzen.

Ueberall schließen die alten, im Kampfe ergrauten Streiter die Reihen, nochmals schwellt die Hoffnung die Brust, daß es wieder Frühling werden möge, wie einst in den Zeiten nach Gründung des Reichs.

In diesem heißen Kampfe der Geister rechnen wir auf die Jungmannschaften — Erfahrung im Wahlstreit und ungestümer Jugendmut müssen zusammenwirken, um den Gegner niederzuwerfen.

Die Regierungen haben den Druck des Zentrums als nnerträglich befunden und, da es galt, die nationale Ehre zu wahren, blieben sie fest.

Nun gilt es für uns zu zeigen, daß wir die Kraft besitzen, das deutsche Volk zu besseren Tagen zu führen.

Niemand hat bitterer das Joch des Zentrums, den Druck der Sozialdemokratie beklagt, als die nationalliberale Partei, und in ihr ist niemand stärker gegen den täglich sich mehrenden Einfluß des Zentrums zu Felde gezogen, als unsere Jugend.

Nun ist die Bahn frei! Die Fäden, welche jahrelange gemeinsame Arbeit auf manchem Gebiete der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zwischen den übrigen bürgerlichen Parteien und dem Zentrum geknüpft hatten, sind durch die Politik derer um Erzberger zerrissen und der Kampf gegen die ultramontane Herrschsucht ist heute durch keinerlei taktische Drahtzäune eingeengt. Dem Liberalismus ist nochmals der Weg zu den Höhen, von denen er seine Weltanschauung betätigen kann, freigemacht; ein historischer Augenblick ist gekommen.

Versagen wir im Kampfe, kehrt der Ultramontanismus ungeschwächt zurück, dann ist er jederzeit in der Lage, im Bunde mit der Sozialdemokratie die nationale Entwicklung des Reichs zu schädigen und er wird, weil den Regierungen im Kampf gegen die stärker gewordene Sozialdemokratie noch unentbehrlicher geworden als bisher, noch mehr im Besitze der Macht und willens sein, die freiheitliche Entwicklung unseres Vaterlandes zu hindern. Wenn dies das Ergebnis der Neuwahlen sein sollte, dann geht unser Volk noch trüberen Tagen entgegen, als sie ihm schon heute beschieden sind.

Bei der Schwere des Kampfes und der Höhe des Einsatzes tut es not, sich des Ernstes der Lage und der Notwendigkeit des Sieges voll bewußt zu sein.

Und nun auf zum Kampf! Nützt die Wochen des Aufmarsches zu rastloser Wahlarbeit, füllt die Schlachtreihen mit begeisterten Mannen und wenn am 25. Januar die Hörner rufen, werft mit jugendstarkem Mute die Gegner zu Boden.

Ich rufe unsere nationalliberale Jugend in ernster Stunde auf die Schanzen, zum Kampfe für Deutschlands Ehre, für Deutschlands Zukunft!

Mannheim, 24. Dezember 1906.

Bassermann,
Vorsitzender des Centralvorstandes der Nationalliberalen Partei.

Am Tage der Reichsgründung.

An die deutsche Jugend!

Die Entscheidung naht!

Gewissenlos haben Zentrum und Sozialdemokraten, Welfen und Polen um schnödes Geld gemarktet und gefeilscht, wo es galt, die Grundlagen von Deutschlands Kultur und Deutschlands Macht zu sichern und zu stärken.

Das war der Anlaß zur Auflösung des Reichstags.

Wieder hat sich die unerträgliche Herrschaft des Zentrums über Deutschland klar erwiesen. Das Zentrum brauchte im Reichstage nur mit den Sozialdemokraten zu stimmen, um die Mehrheit zu haben und alle großen, vaterländischen, fortschrittlichen, volksfreundlichen Gesetze zu Fall zu bringen.

Das Zentrum hat diese Macht benutzt, um Schacher zu treiben mit den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes, um seine Sonderwünsche zu befriedigen, ihm mißliebige Personen aus Amt und Brot zu bringen, seine eigenen Anhänger aber der gesetzlichen Strafe zu entziehen.

Wie ein Alpdruck lastet das Zentrum auf unserem Volke; die Größe und Freiheit deutscher Politik ist dahin.

Jetzt heißt es uns von diesem Alpdruck zu befreien, zu kämpfen gegen das ränkevolle, konfessionellen Haß erregende, undeutsche Zentrum, zu kämpfen auch gegen eine Sozialdemokratie, die durch ihre Verhetzung den sozialen Frieden stört, durch Vorgaukeln des nebelhaften Traumes eines Zukunftsstaates die notwendige Besserung der Lage der weniger bemittelten Volksklassen erschwert und durch ihre Abstimmung im Reichstage das rückschrittliche Zentrum zur ausschlaggebenden Partei macht.

Wir jungen Bürger aber wollen wirken:

für freiheitliche Politik auf vaterländischer Grundlage,
für sozialen und kulturellen Fortschritt,
für wirtschaftliche Hebung der Minderbemittelten,
für Stärkung deutscher Wehrkraft und deutschen Volkstums,
für die Einigung des Liberalismus.

Wer mit uns fühlt die schmachvolle Demütigung Deutschlands unter die undeutsche ultramontane Partei, wer mit uns glaubt an die Kraft deutschen Wesens, an eine herrliche Zukunft unseres Reiches, an den Segen einer freiheitlichen Entwicklung unseres Volkslebens, der schließe sich uns an und wirke mit allen Kräften für die Wahl national und liberal gesinnter tatkräftiger Männer.

Auf in den Kampf mit der Losung:

„Für Vaterland und Freiheit!"

Der Reichsverband
der Vereine der nationalliberalen Jugend.

Kaufmann Emil Bau-Köln, Rechtsanwalt Falk-Köln, Rechtsanwalt Dr. Hermann Fischer, Verbandsvorsitzender, Köln, Landtags-Abgeordneter Rechtsanwalt Dr. Goldschmit-München, Rats-Assessor Hauber-Augsburg, Kaufmann Hübsch-Nürnberg, Oberamtsrichter Dr. Koch-Mannheim, Kaufmann F. von Lasaulx-Frankfurt a. M., Kaiserl. Reg.-Rat Dr. O. Poensgen-Berlin, Fabrikant Erich Schumacher-Aachen, Kaufmann Friedrich Spitzfadem-Pirmasens, Kaufmann Emil Stübler-Stuttgart, Kaufmann Otto Würz-Elberfeld, Rechtsanwalt Dr. Zöphel-Leipzig, Paul Zimmermann-Köln, Generalsekretär, Geschäftsstelle Köln, Gereonsdriesch 7.

Wähler in Stadt und Land!

Wenige Tage trennen uns von den Stichwahlen.

Es gilt alle Kräfte einzusetzen,

um den Erfolg des 25. Januar zu sichern.

Die **Sozialdemokratie** macht die wildesten Anstrengungen, um in der Stichwahl ihre schwere Niederlage wieder auszugleichen.

Das **Zentrum** kann unter der Parole Wahlenthaltung der Sozialdemokratie in einer Reihe von Wahlkreisen zu Mandaten verhelfen.

Tausende und aber Tausende haben ihr Wahlrecht nicht ausgeübt.

Nützt die letzten Tage zu eifriger Arbeit! Bietet alles auf, die Säumigen zur Wahlurne zu bringen!

Noch ist eine nationale Mehrheit nicht gesichert. In 90 Stichwahlen ist die Sozialdemokratie, in 32 das Zentrum beteiligt.

Die Gefahr, daß Zentrum und Sozialdemokratie die Mehrheit behalten, ist **keineswegs beseitigt.**

Auf zur letzten nationalen Arbeit!
Tue jeder liberale Wähler seine Schuldigkeit,
um der Sache des Vaterlandes zum Siege zu verhelfen.

Die nationalliberale Partei.
Bassermann. Friedberg. Geiger.

Ziele und Bestrebungen der Nationalliberalen Partei.

(Zusammenfassung der Programmkundgebungen seit 1881 und der gesetzgeberischen Initiative der Partei in den Parlamenten.)

Ausgegeben Januar 1907.

Nationale und liberale Grundsätze und Forderungen.

Unverbrüchliche Treue zu Kaiser und Reich!

Das Vaterland über der Partei, das allgemeine Wohl über allen Sonderinteressen.

Verteidigung und Pflege der errungenen Einheitsgüter der Nation: eine Vertretung nach außen, ein Heerwesen, eine Kriegsflotte, ein Recht, ein Verkehrsgebiet, gleiche Bedingungen für die freie Bewegung und für die freie Arbeit.

Bei voller Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten weitere Entwickelung der Reichseinrichtungen im nationalen und freiheitlichen Geiste.

Pflichtbewußtsein und rechtzeitige Opferwilligkeit, wo die Macht und das Ansehen des Reiches nach außen in Frage steht. Aufrechterhaltung der Wehrkraft der Nation, insbesondere auch eine achtunggebietende Flotte zum Schutze des Landes und der überseeischen deutschen Interessen.

Zielbewußte Fortführung der Kolonialpolitik. Entwickelung der Verkehrsmittel und Förderung der privaten Erwerbstätigkeit in den Kolonien. Selbstverwaltung, unter Beschränkung ihrer Verwaltungskosten auf die eigenen Einnahmen der Kolonien.

Schutz des Deutschtums gegen Angriffe jedweder Art. Nachdrückliche Unterstützung der deutschen Volksgenossen in der Ostmark gegen die national-polnische Gefahr.

Festhalten an den verfassungsmäßigen Rechten des Volkes und am allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht als der Grundlage der einheitlichen Vertretung des Volkes durch den Reichstag. Entschlossene Abwehr aller reaktionären und aller radikalen Tendenzen. Keinerlei Nebenregierung!

Erweiterter gesetzlicher Schutz des Wahlgeheimnisses.

Unabhängigkeit gegenüber der Regierung. Wie immer das Verhältnis der Partei zur Regierung ist, stets unbefangene, sachliche Prüfung ihrer Vorlagen, um dem als nützlich Erkannten die Unterstützung leihen zu können.

Reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts.

Reform des Strafvollzugs. Entschädigung unschuldig Verurteilter.

Einführung konstitutioneller Verfassungen in den noch rückständigen Einzelstaaten.

Würdigung der großen Bedeutung des kirchlichen Lebens für unser Volk. Friedliches Verhältnis zwischen Kirche und Staat in voller Wahrung der unveräußerlichen Rechte des Staates gegenüber der Kirche, namentlich auf den Gebieten der Schule und der Ehegesetzgebung.

Gesetzliche Regelung der verfassungsmäßig gewährleisteten Mitwirkung der Religionsgesellschaften am Religionsunterricht in der Weise, daß der Staat Herr in der Schule, der Lehrer unabhängig von der Geistlichkeit bleibt.

Gleichberechtigung für alle Richtungen innerhalb der evangelischen Kirche, Lehrfreiheit für die evangelisch-theologische Fakultät.

Finanzwesen und Verkehr.

Sparsamkeit auf allen Gebieten des Reichs- und Staatshaushalts. Sicherstellung derselben durch verstärkte Befugnisse der Reichsfinanzverwaltung.

Verbesserung des Börsengesetzes, damit der Verletzung von Treu und Glauben die gesetzlichen Grundlagen entzogen werden.

Wirksamere Ausübung der verfassungsmäßig verbürgten Aufsicht des Reichs über das Verkehrswesen, insbesondere im Interesse der Sicherheit des Betriebs im Eisenbahnverkehr. Weitere Vereinbarungen der Eisenbahnverwaltungen über die Betriebsmittelgemeinschaft.

Entwickelung des Neben- und Kleinbahnwesens, weitere Schiffbarmachung und Regulierung der Flüsse.

Soziale, Handels- und Wirtschaftspolitik.

Pflege des sozialen Friedens unter den verschiedenen Bevölkerungsklassen. Fürsorge für die schutzbedürftigen schwächeren Glieder des erwerbstätigen Volkes.

Duldung abweichender Anschauungen über Fragen der Handels- und Zollpolitik. Gegenüber den Gegensätzen des Wirtschaftslebens: Geltendmachung der Gesamtheits-Interessen, die nur beim Ausgleich solcher Gegensätze gedeihen. Bestimmte Zurückweisung von Forderungen im Interesse eines Berufsstandes, die nur zum Nachteile anderer, dem Staat und der Gesellschaft gleich wichtiger Berufsstände erfüllt werden könnten oder gar die Grundlagen unserer Volkswirtschaft erschüttern würden.

Aufmerksame Beobachtung der aus dem großgewerblichen Verbandswesen sich ergebenden neuen Verhältnisse.

Anregung und Förderung geeigneter Maßnahmen zur Erhaltung eines gesunden, kräftigen Mittelstandes in Stadt und Land.

Besonnene Fortführung der Arbeiterfürsorge im Sinne der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881.

Landwirtschaft im besonderen.

Aufmerksame Beobachtung der Produktionsbedingungen und der Marktverhältnisse im In- und Ausland. Zusammenwirken von Reich und Einzelstaat im Interesse einer fortschreitenden Ertragsfähigkeit der deutschen Boden- und Viehwirtschaft, damit sie nach Möglichkeit der inländischen Nachfrage ganz entsprechen kann. Zweckmäßige Fürsorge für ausreichende Befriedigung des inländischen Bedarfs, wenn infolge von Mißwachs oder anderen Störungen der Agrarproduktion Teuerung in Sicht ist. Die Kosten der Volksernährung müssen im erträglichen Verhältnis zum Arbeitseinkommen stehen. Eventuell rechtzeitige und entschlossene Herabsetzung aller Gebühren- und Eisenbahntarife, um dieses Verhältnis aufrecht zu erhalten.

Gerechte und maßhaltende Besteuerung des landwirtschaftlich benutzten Grund- und Gebäudebesitzes, reichsgesetzlicher Schutz gegen Verfälschung der wichtigsten landwirtschaftlichen Betriebsstoffe, Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der schwächeren Betriebe bei Auferlegung dauernder sozialpolitischer Lasten.

Bildung neuer bäuerlicher Stellen durch gesetzliche und Verwaltungsmaßnahmen der inneren Kolonisation. Begünstigung und Herbeiführung intensiver Kultur durch vermehrte Fachbildungsgelegenheit. Eingehende Rücksichtnahme auf die landwirtschaftlichen Interessen bei der Bildung der Eisenbahntarife für den Transport von Dung- und Futtermitteln, sowie von Stückgütern. Ausreichende Staatsmittel und geeignete Verwaltungsorganisationen für die Landesmelioration, insbesondere für eine rationelle Wasserwirtschaft, für das landwirtschaftliche Unterrichts- und Versuchswesen. Beförderung und Schutz des Wein- und Obstbaues.

Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in allen seinen Verzweigungen, insbesondere zur wohl-

feilen Befriedigung des Personalkredits, zum Bezuge der landwirtschaftlichen Betriebsstoffe, sowie zur Verarbeitung und Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Verständige Handhabung der Seuchengesetzgebung, wie der landesrechtlichen Verkehrsvorschriften zur Seuchenabwehr.

Handwerk und Kleingewerbe im besonderen.

Unterstützung aller Maßnahmen, die geeignet sind, Treu und Glauben in Handel und Wandel zu bewahren, und die kaufmännische Einsicht der Kleingewerbetreibenden zu heben, besonders auch, um der Borgwirtschaft Schranken zu setzen.

Gleichmäßige Heranziehung der Konsumvereine, der Fabrik- und sonstigen Konsumanstalten, auch der Militär- und Zivilbeamtenvereine zu den staatlichen und Gemeindesteuern. Keinerlei Begünstigung der Beamten- und Offiziersvereinigungen durch Behörden.

Förderung und Belehrung der Angehörigen des Handwerkerstandes bei Durchführung der ihm gesetzlich gewährten Organisation. Sachgemäße Abgrenzung des Fabrikbetriebes vom Handwerksbetrieb. Gleichmäßige Verteilung der Lasten für das Lehrlings- und Fachschulwesen auf alle mitbeteiligten Betriebe. Sicherung eines allgemeinen Fortbildungsunterrichts für Lehrlinge, Arbeitsburschen usw., unter Zubilligung angemessener Beihilfen an die schwächeren Gemeinden. Sicherung einer gediegenen fachlichen Ausbildung der Lehrlinge. Nur wer den Meistertitel führen darf, soll Lehrlinge anleiten dürfen.

Erweiterter Schutz gegen unlauteren Wettbewerb, insbesondere Bekämpfung des Schwindels im Ausverkaufs- und Versteigerungswesen. Gleichmäßige Regelung des Submissionswesens. Beseitigung der dem freien Gewerbebetrieb nachteiligen Gefängnisarbeit. Heranziehung der Meister-Genossenschaften zu Lieferungen für Reich und Staat.

Tatkräftige Entwickelung des den freien Innungen zugestandenen Rechtes, sich gemeinsame wirtschaftliche Einrichtungen zu schaffen (Kredit-, Bezugs-, Verkaufsgenossenschaften usw.).

Gesetzlicher Schutz der Bauhandwerker gegen die Schädigung durch den Bauschwindel.

Arbeiterstand im besonderen.

Ausgestaltung der Arbeitsstatistischen Kommission zu einem Reichsarbeitsamt, behufs einer steten, eingehenden Verfolgung der sich entwickelnden sozialen Verhältnisse und rechtzeitiger Beschaffung des ausreichenden Materials für den Gesetzgeber und für die Verwaltung.

Weitere Entwickelung der Gewerbeaufsicht unter Heranziehung von weiblichen Fabrikinspektoren.

Unterstützung aller Maßnahmen, die geeignet sind, die Gemeinschaft der Interessen des Arbeitgebers und seiner Arbeiter hervorzuheben und zu fördern.

Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung:

Reichsgesetzliche Versicherung der Arbeiter-Witwen und -Waisen; jedoch auf sicherem finanziellen Boden, nicht auf der Grundlage schwankender Zollerträgnisse.

Reform der gesamten Arbeiterversicherung im Sinne ihrer einheitlichen Zusammenfassung, Vereinfachung und Verbilligung. Erweiterung des Kreises der Versicherten, insbesondere reichsgesetzliche Versicherung der Privatangestellten und Fürsorge für deren Witwen und Waisen.

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes:

Planmäßige Durchführung der weitgehenden Bestimmungen des Gesetzes von 1891, nach Maßgabe der Erfahrungen der Fabrikaufsicht und der gesammelten Materialien der Arbeitsstatistischen Kommission. Ausdehnung der Bestimmungen des Gesetzes von 1891 auch auf die Hausgewerbebetriebe, auf das Personal im Verkehrs- und Binnenschiffahrtsgewerbe usw.

Beschränkung der Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter in nachweislich mit Gefahren für die Gesundheit verbundenen Betrieben. Im übrigen jedoch Wahrung des Selbstbestimmungsrechts des arbeitsamen Mannes; Schutz des freien Arbeitsvertrags.

Ausschluß der Frauen und Kinder von aller Nachtarbeit. Maßnahmen gegen die Ausbeutung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskraft durch die Hausindustrie.

Auf dem Gebiete der Organisation:

Aufrechterhaltung des Koalitionsrechts. Unterstützung solcher Bemühungen, die den Arbeitsnachweis als gemeinsame Angelegenheit nicht nur der unmittelbar Beteiligten, sondern auch der Gemeinden und gemeinnützigen Vereinigungen erhalten wollen. Abwehr aller Bestrebungen, die ihn als Machtmittel zur einseitigen Herrschaft über den Arbeitsmarkt entwickeln wollen.

Pflege der gemeinsamen Interessen durch die gewerblichen Schiedsgerichte, insbesondere wenn sie als Einigungsämter in Tätigkeit treten. Anerkennung der Berufsvereine.

Kaufmännische Schiedsgerichte.

Zielbewußte Mitarbeit auf dem schwierigen Gebiet der Wohnungsfrage. Vorbereitung eines Reichs-Wohnungsgesetzes. Staatliche Unterstützung des Bestrebens zur Herstellung gesunder, billiger Wohnungen für Unterbeamte und Arbeiter.

---

10. allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei. Wiesbaden, 5. bis 7. Oktober 1907.

Resolutionen.

1. Der Vertretertag der Nationalliberalen Partei erwartet von der nationalliberalen Fraktion des Reichstags, daß sie

nach wie vor mit aller Entschiedenheit für die nötige Stärkung und den weiteren Ausbau unserer Flotte unter tunlicher Beschleunigung derselben eintritt. Der Vertretertag erachtet es im besondern als durchaus erforderlich, daß die Neubauten unserer Schiffe den Neubauten anderer Staaten in bezug auf Größe, Armierung und Schnelligkeit mindestens gewachsen sind und daß die Altersgrenze der Linienschiffe herabgesetzt werde.

2. Der Allgemeine Vertretertag in Wiesbaden wolle beschließen: Die Durchführung der Revision der Strafgesetzgebung ist eine Kulturaufgabe, deren baldige und gründliche Lösung vom ganzen deutschen Volke ersehnt wird. Bei der Revision ist als richtunggebendes Ziel ins Auge zu fassen, daß in höherem Maße, als dies heute der Fall ist, den rechtlichen und sittlichen Anschauungen unserer Zeit und unseres Volkes Rechnung getragen werden muß. Was die an erster Stelle in Angriff zu nehmende Revision des Strafverfahrens betrifft, ist erforderlich: Beteiligung des Laienelements in allen Gerichten der ersten und der Berufungsinstanz, erweiterte Zulassung der Berufung, Einschränkung des Legalitätsprinzips, Schutz der Zeugen gegen verletzende Behandlung und ehrgefährdende Fragestellung, Beseitigung des Zeugniszwangs der Presse, Ausdehnung der Rechte des Beschuldigten und der Verteidigung, vor allem im Falle der Verhängung der Untersuchungshaft.

3. Der Allgemeine Vertretertag der Nationalliberalen Partei spricht die Erwartung aus, daß das in Aussicht stehende Gesetz betreffend das Reichs-Vereins- und Versammlungsrecht in freiheitlichem und nationalem Sinne gestaltet wird und daß insbesondere die in einzelnen Bundesstaaten bestehenden Freiheiten keine Einschränkung erfahren.

4. Der Allgemeine Vertretertag der Nationalliberalen Partei spricht die Ueberzeugung aus, daß die Fortführung einer kraftvollen Politik der preußischen Regierung gegen das andrängende Polentum und gegenüber dem Dänentum eine dringende Notwendigkeit im Interesse des ganzen deutschen Volkes ist.

5. Der Vertretertag erwartet angesichts der Verzögerungen, denen die Durchführung der Verbesserungen des Strafrechts und des Strafprozesses unterworfen ist, die Vorlage eines Sondergesetzes über die strafrechtliche Behandlung der Minderjährigen

6. Der Vertretertag hält eine baldige und durchgreifende Reform des Wahlrechts zum preußischen Abgeordnetenhause für eine unabweisliche Notwendigkeit. Er spricht die Erwartung aus, daß diese Frage auf die Tagesordnung des demnächst einzuberufenden preußischen Vertretertags gesetzt werde.

7. Der zehnte allgemeine Vertretertag der Nationalliberalen Partei begrüßt die nationale Arbeiterbewegung in

Deutschland und erblickt in ihr eine erfolgreiche Sammlung der national gesinnten Arbeiterschaft. Der Vertretertag erwartet von allen nationalliberalen Parteifreunden die Unterstützung der nationalen Arbeiterbewegung.

Zu den Landtagswahlen 1908.

An die Mitglieder und Freunde der Nationalliberalen Partei!

Die Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause stehen bevor und zwar werden dieselben sich früher vollziehen, als im regelrechten Verlauf der Dinge zu erwarten war. Um so notwendiger ist, die bereits seit Monaten eingeleiteten Vorbereitungen weiter durchzuführen und alle Maßnahmen zu treffen, um sofort mit aller Kraft in den Wahlkampf eintreten zu können.

Hierzu bedarf es vor allen Dingen nicht unerheblicher Geldmittel. Wir wenden uns daher an die patriotische Opferwilligkeit unserer Freunde mit der ebenso herzlichen wie dringenden Bitte, uns einen einmaligen, der eigenen Einschätzung anheimgegebenen Geldbetrag für die Bestreitung der Wahlkosten zuzuführen. Insbesondere bitten wir auch unsere Freunde in solchen Wahlkreisen, in denen keine Aussicht auf unmittelbaren Erfolg für die Partei vorhanden ist, ein entsprechendes finanzielles Opfer für die Gesamtheit bringen zu wollen.

Die Neuwahlen sind von allergrößter Bedeutung! Von der Zusammensetzung des nächsten Abgeordnetenhauses hängt es ab, ob auch in Preußen die Möglichkeit einer Entwicklung auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete in freiheitlichem, neuzeitlichem Sinne geschaffen werden kann, oder ob es weiterhin bei dem Widerstande verbleiben soll, den die bestehenden Majoritätsverhältnisse allen liberalen Anregungen und Maßnahmen entgegensetzen. Wer mit uns der Meinung ist, daß eine zeitgemäße, nicht länger hinauszuschiebende Umgestaltung des Wahlrechts in Angriff genommen werden muß, daß die Entwicklung unseres gesamten Unterrichtswesens in freiheitlichem Sinne gegenüber Rückständigkeit und Unduldsamkeit mit allen Kräften zu fördern ist, daß der gesamten preußischen Beamtenschaft die in der Thronrede feierlich verkündete Aufbesserung ihrer Gehaltsbezüge zuteil wird und daß die Finanzen und die Verwaltung in Preußen durchgreifender Reformen bedürfen, der wirke mit allen Kräften für die Unterstützung der Nationalliberalen Partei. Je größer die Zahl

unserer Abgeordneten wird, um so nachdrücklicher und aussichtsreicher kann der Kampf gegen reaktionäre Bestrebungen im Abgeordnetenhause geführt werden.

Nur die Macht gewährleistet den Erfolg! Unsere Freunde wollen uns daher zur Verstärkung der Macht des liberalen Bürgertums in Stadt und Land auch für ihren Teil in den Stand setzen, überall die Wahlarbeit ungesäumt und mit vollem Nachdruck durchführen zu können. Das Centralbureau der Nationalliberalen Partei, Berlin W. 9, Schellingstraße 9, nimmt Beiträge jederzeit entgegen. Auch die kleinste Gabe ist willkommen!

Doppelt gibt, wer schnell gibt!

Bassermann, M. d. R.,
Vorsitzender des Centralvorstands der Nationalliberalen Partei.

Hobrecht, M. d. A. Dr. Friedberg, M. d. A.

Beschluß des Centralvorstandes vom 8. November 1908,

kundgegeben durch den Abgeordneten Bassermann in der Sitzung des Reichstags vom 10. November 1908.

Die Veröffentlichungen der ausländischen Presse bestätigen die schweren Bedenken, die unsere Abgeordneten schon früher gegen die dienstlichen und persönlichen Zustände im Ressort des Auswärtigen Amtes geäußert haben. Aber nicht diese Unzulänglichkeiten sind es, welche gegenwärtig die tiefgehende Erregung unseres Volkes hervorgerufen haben, sondern die Tatsachen, die durch jene Veröffentlichungen bekannt geworden sind. Die persönlichen Eingriffe in die auswärtige Politik, wie sie aus den mitgeteilten Gesprächen und Maßnahmen Seiner Majestät des Kaisers hervorgerufen werden, erscheinen weder der Wohlfahrt des Reiches zuträglich, noch im Einklang mit seinen verfassungsmäßigen Grundlagen. Deshalb müssen wir, obwohl durchdrungen von der Ueberzeugung, daß auch diese Aeußerungen unseres Kaisers der tiefen Sorge um das Wohl seines Volkes entsprungen sind, dem ernsten Wunsche Ausdruck verleihen, daß der Kaiser in seiner politischen Betätigung sich die dem konstitutionellen Herrscher obliegende Zurückhaltung auferlegt. Von unseren Abgeordneten erwarten wir, daß sie jeder die verfassungsmäßig bestellten Ratgeber ausschaltenden persönlichen Einwirkung auf unsere äußere oder innere Politik nachdrücklich und rückhaltslos entgegentreten.

---

11. allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei. *) Berlin, 4. Juli 1909.

Resolution.

Der allgemeine Vertretertag spricht unter voller Billigung der Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion aufs neue die Ueberzeugung aus, daß eine befriedigende Gestaltung der Reichsfinanzen nur möglich ist, wenn mit der unabweisbaren Heranziehung des Massenverbrauchs von Genußmitteln eine allgemeine Besteuerung des Besitzes verbunden wird. Für diese kann zurzeit nur noch die Erbanfallsteuer in Frage kommen. Die leichtfertige, einseitig Handel und Gewerbe belastende, den Mittelstand in Stadt und Land schwer schädigende Steuergesetzgebung der konservativ-klerikal-polnischen Mehrheit ist abzulehnen.

Unser Wirtschaftsleben ist gestört, unser Ansehen im Auslande gefährdet, unser ganzes Staatswesen schweren Erschütterungen ausgesetzt. Für alles das machen wir die konservative Partei und das Zentrum mit seinem polnischen Anhange vor dem deutschen Volke verantwortlich. Die konservative Fraktion ist es, welche unter dem Druck des Bundes der Landwirte den Block gesprengt, dem Zentrum den Weg zur alten Macht gebahnt, den um die auswärtige Politik, die Erhaltung des Deutschtums im Osten, das deutsche Wirtschaftsleben und nicht zum wenigsten um die deutsche Landwirtschaft hochverdienten Reichskanzler gestürzt hat.

Und unter das Joch dieser neuen Koalition wollen die verbündeten Regierungen sich beugen!

Das deutsche Bürgertum in Stadt und Land rufen wir auf zu Widerstand und Kampf. Alle, denen es Gewissenssache ist, in dieser Stunde Partreiinteressen zurücktreten zu lassen vor denen der Allgemeinheit, mögen zu uns stehen gegen eine Verbrüderung, welche den großen nationalen Erfolg der Reichstagswahl von 1907 preisgibt.

---

*) Einzufügen auf Seite 99 der Programmatischen Kundgebungen der Nationalliberalen Partei, Ausgabe 1909.

10. allgemeiner Vertretertag der Nationalliberalen Partei.
*) **Wiesbaden, 5. bis 7. Oktober 1907.**

2. Resolution
gefaßt am 6. Oktober 1907.

Der allgemeine Vertretertag der Nationalliberalen Partei sieht ebenso wie in der Erhaltung des gewerbtätigen Mittelstandes in der Stärkung und Sicherstellung der in der Privatbeamtenschaft bestehenden Mittelstandsschichten ein Gebot staatlicher Notwendigkeit. Er begrüßt die Bestrebungen auf Schaffung einer staatlichen Pensionsversicherung als Mittel zur Durchführung dieses Zweckes und glaubt, daß diese Versicherung nicht nur für die Privatbeamtenschaft, sondern ebenso für den deutschen Handelsstand und die deutsche Industrie segensreich wirken wird und daß sie vor allem im Staatsinteresse liegt. Der Vertretertag erkennt mit Genugtuung die bisherige Haltung und Initiative der Reichstagsfraktion in dieser Frage an und hofft, daß es ihr in Gemeinschaft mit den übrigen nationalen Parteien gelingen werde, ein Gesetz zu schaffen, welches den berechtigten Wünschen der Privatbeamten Rechnung trägt. Bezüglich des für die Durchführung der Versicherung einzuschlagenden Weges sieht der Vertretertag davon ab, jetzt eine bindende Stellung einzunehmen, zumal dies auch von dem, den größten Teil der deutschen Privatbeamten umfassenden Hauptausschuß für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten selbst bisher noch nicht endgültig geschehen ist.

---

*) Einzufügen auf Seite 97 der Programmatischen Kundgebungen der Nationalliberalen Partei, Ausgabe 1909

Kundgebung des Centralvorstandes zur Reichsfinanzreform in seiner Sitzung vom 20. Mai 1909 in Berlin.

„Der Centralvorstand der Nationalliberalen Partei, überzeugt von der Notwendigkeit einer ungesäumten und gründlichen Reform der Finanzen des Reiches und durchdrungen von tiefer Sorge um das Zustandekommen des großen Werkes, spricht der nationalliberalen Fraktion des Reichstags den Dank und die Anerkennung der Partei aus für die entschlossene Haltung, die die Fraktion in der gegenwärtigen Lage eingenommen hat. Der Centralvorstand steht einmütig auf dem Boden der Anschauungen der Fraktion, daß angesichts der die Machtstellung und das Ansehen des Reiches schwer schädigenden, nicht länger ertragbaren Finanznot eine Mehrbelastung der Massengenuß- und Verbrauchsartikel um annähernd 400 Mill. Mark unumgänglich und auch erträglich ist unter der Voraussetzung, daß weitere 100 Millionen Mark an Steuern auf den Besitz gelegt werden. Er hält hierbei in Uebereinstimmung mit der Reichstagsfraktion eine allgemeine Besitzsteuer für die notwendige Vorbedingung des Zustandekommens der Reform und betrachtet nach Ablehnung der Reichsvermögenssteuer die erweiterte Erbschaftssteuer unter Heranziehung der Kinder und Ehegatten in kinderloser Ehe als die zur Zeit allein mögliche und am wenigsten drückende, die Finanzhoheit und das Finanzgebahren der einzelnen Bundesstaaten am meisten schonende Form einer solchen allgemeinen Besteuerung des Besitzes. Der Centralvorstand spricht sein Vertrauen aus, daß die Reichstagsfraktion auf diesem ihrem wohlerwogenen und von der Partei im Lande wie auch sonst von den weitesten Kreisen unseres Volkes gebilligten und mit Freude begrüßten festen Standpunkt beharren wird."

Dauer der Legislaturperioden.

Die Legislaturperioden dauerten:

der konstituierende Reichstag v. 24. Febr. 1867 bis 17. April 1867

I. Leg.-Per. d. nordd. Bundes v. 10. Sept. 1867 bis 10. Dez. 1870

1. Session vom 10. Sept. 1867 bis 26. Okt. 1867
2. „ „ 23. März 1868 „ 20. Juni 1868
3. „ „ 4. „ 1869 „ 22. „ 1869
4. „ a) ordentliche Session vom 14. Februar bis 26. Mai 1870
   b) I. außerordentliche Reichstagssession vom 19. bis 21. Juli 1870
   c) II. außerordentliche Reichstagssession vom 24. November bis 10. Dezember 1870

Deutscher Reichstag.

I. Leg.-Per. v. 9. März 1871 bis 29. Nov. 1873 (Auflösung).

1. Session vom 21. März 1871 bis 15. Juni 1871
2. „ „ 16. Okt. 1871 „ 1. Dez. 1871
3. „ „ 8. April 1872 „ 19. Juni 1872
4. „ „ 12. März 1873 „ 25. Juni 1873

II. Leg.-Per. vom 5. Februar 1874 bis 22. Dezember 1876.

1. Session vom 5. Febr. 1874 bis 26. April 1874
2. „ „ 29. Okt. 1874 „ 30. Jan. 1875
3. „ „ 27. „ 1875 „ 10. Febr. 1876
4. „ „ 30. „ 1876 „ 22. Dez. 1876

III. Leg.-Per. v. 22. Febr. 1877 bis 11. Juni 1878 (Auflösung).

1. Session vom 22. Febr. 1877 bis 3. Mai 1877
2. „ „ 6. „ 1878 „ 24. „ 1878

IV. Leg.-Per. vom 9. September 1878 bis 9. September 1881.

1. Session vom 9. Sept. 1878 bis 19. Okt. 1878
2. „ „ 12. Febr. 1879 „ 12. Juli 1879
3. „ „ 12. „ 1880 „ 10. Mai 1880
4. „ „ 15. „ 1881 „ 15. Juni 1881

V. Leg.-Per. vom 27. Oktober 1881 bis 28. Juli 1884.

1. Session vom 17. Nov. 1881 bis 30. Jan. 1882
2. „ „ 27. April 1882 „ 12. Juni 1883
3. außerord. Session v. 29. Aug. 1883 bis 1. Sept. 1883
4. Session vom 6. März 1884 bis 28. Juni 1884

VI. Leg.-Per. v. 28. Okt. 1884 bis 14. Jan. 1887 (Auflösung).
1. Session vom 20. Nov. 1884 bis 15. Mai 1885
2. „ „ 19. „ 1885 „ 26. Juni 1886
3. „ „ 16. Sept. 1886 „ 20. Sept. 1886
4. „ „ 25. Nov. 1886 „ 14. Jan. 1887

VII. Leg.-Per. vom 21. Februar 1887 bis 25. Januar 1890.
1. Session vom 3. März 1887 bis 18. Juni 1887
2. „ „ 24. Nov. 1887 „ 20. März 1888
3. „ „ 25. bis 26. Juni 1888
4. „ „ 22. Nov. 1888 bis 24. Mai 1889
5. „ „ 22. Okt. 1889 „ 25. Jan. 1890

VIII. Leg.-Per. v. 20. Febr. 1890 bis 6. Mai 1893 (Auflösung).
1. Session vom 6. Mai 1890 bis 31. März 1892
(zweimalige Vertagungen)
2. Session vom 22. Nov 1892 bis 6. Mai 1893

IX. Legislatur-Periode vom 15. Juni 1893 bis 6. Mai 1898
1. Session vom 4. Juli 1893 bis 15. Juli 1893
2. „ „ 16. Nov. 1893 „ 19. April 1894
3. „ „ 5. Dez. 1894 „ 24. Mai 1895
4. „ „ 3. Dez. 1895 „ 25. Juni 1897
einschl. der Vertagung v. 2. Juli 1896 bis 10. Nov 1896
5. Session vom 30. Nov 1897 bis 6. Mai 1898

X. Leg.-Per. vom 6. Dezember 1898 bis 30. April 1903.
1. Session vom 6. Dez. 1898 bis 12. Juni 1900
einschl. der Vertagung vom 22. Juli bis 14. Nov. 1899
2. Session vom 14. Nov. 1900 bis 30. April 1903
1. Vertagung vom 15. Mai bis 26. November 1901
2. „ „ 11. Juni „ 14. Oktober 1902

XI. Leg.-Per. vom 3. Dez. 1903 bis 13. Dez. 1906 (Auflösung)
1. Session vom 3. Dezember 1903 bis 30. Mai 1905
einschl. der Vertagung vom 16. Juni bis 29. Nov. 1904
2. Session vom 28. November 1905 bis 13. Dez. 1906
einschl. der Vertagung vom 28. Mai bis 13. Dez. 1906

XII. Leg.-Per. vom 19. Februar 1907 bis
1. Session vom 19. Februar 1907 bis

Wahltermine

Die Wahlen fanden statt:

für den konstituierenden nordd. Reichstag					am	12. Februar 1867
„ die I. Leg.-Per. des nordd. Reichstages					„	31. August 1867
„ das Zollparlament					„	28. Februar 1868
„ die I. Leg.-Per. des deutsch. Reichstages					„	3. März 1871
„ „ II.	„	„	„	„	„	10. Januar 1874
„ „ III.	„	„	„	„	„	10. Januar 1877
„ „ IV.	„	„	„	„	„	30. Juli 1878
„ „ V.	„	„	„	„	„	27. Oktober 1881
„ „ VI.	„	„	„	„	„	28. Oktober 1884
„ „ VII.	„	„	„	„	„	21. Februar 1887
„ „ VIII.	„	„	„	„	„	20. Februar 1890
„ „ IX.	„	„	„	„	„	15. Juni 1893
„ „ X.	„	„	„	„	„	16. Juni 1898
„ „ XI.	„	„	„	„	„	16. Juni 1903
„ „ XII.	„	„	„	„	„	25. Januar 1907

Nationalliberale Stimmen

bei den Reichstagswahlen nach Staaten und größeren Landesteilen.

Staaten und größere Landesteile	1871		1874		1877		1878	
	abg. St.	Abg.	abg. St.	Abg.	abg. St.	Abg.	abg. St.	Abg.
Ostpreußen	13 061	1	18 481	4	14 578	1	5 382	—
Westpreußen	37 241	4	47 645	6	35 467	5	26 346	2
Berlin	—	—	183	—	9 587	—	—	—
Brandenburg exkl. Berlin	34 130	2	69 176	12	46 358	4	50 027	1
Pommern	21 132	—	37 950	3	27 977	3	22 253	1
Posen	26 795	3	18 573	2	30 696	2	16 081	1
Schlesien	66 768	6	50 317	8	77 306	9	73 506	8
Sachsen	66 516	7	67 968	12	63 429	9	119 865	9
Schleswig-Holstein	16 672	3	32 297	5	37 130	4	21 849	3
Hannover	80 399	9	130 972	13	112 739	11	113 126	8
Westfalen	14 786	—	17 390	2	35 686	1	26 568	1
Hessen-Nassau	39 816	6	73 319	9	59 101	8	64 670	7
Rheinprovinz inkl. Hohenzollern	65 715	5	93 471	5	139 102	6	105 977	4
Sa. Preußen	483 031	46	657 742	81	689 156	63	645 650	45
Bayern: Altbayern	53 546	1	34 280	1	43 256	1	35 121	—
Schwaben	37 437	3	79 386	4	61 618	4	53 199	5
Franken	7 369	—	11 323	1	34 630	1	31 438	1
Pfalz	41 067	5	44 417	4	39 570	4	37 177	4
Sa. Bayern	139 419	9	169 406	10	179 074	10	156 935	10
Sachsen	46 925	7	58 197	7	80 577	7	67 832	5
Württemberg	102 282	12	83 114	8	61 513	3	33 550	2
Baden	110 401	10	119 498	11	123 828	11	107 412	8
Hessen	62 497	7	84 448	7	63 634	6	61 085	6
Meckl.-Schwerin	41 481	5	32 679	4	30 050	3	21 070	2
Sachsen-Weimar	20 452	3	21 462	3	24 002	3	6 937	1
Meckl.-Strelitz	7 273	1	8 513	1	8 253	1	7 176	—
Oldenburg	6 964	2	12 095	2	15 006	2	14 943	2
Herzogtümer	70 846	10	87 293	9	93 740	10	87 697	8
Fürstentümer	21 919	4	19 542	4	17 822	3	24 279	4
Freie Städte	14 799	3	34 959	5	56 304	5	61 571	5
Elsaß-Lothringen	—	—	5 072	—	69	—	—	—
Sa. Deutschland	1 128 289	119	1 394 020	152	1 446 363	127	1 296 137	98

Die Tabellen nach Specht und Schwabe: Die Reichstagswahlen. (Berlin, Carl Heymanns Verlag.)

Staaten und größere Landesteile	1881		1884		1887		1890	
	abg. St.	Abg.	abg. St.	Abg.	abg. St.	Abg.	abg. St.	Abg.
Ostpreußen . . .	—	—	—	—	7 408	1	6 319	—
Westpreußen . . .	20 366	1	11 281	—	26 206	2	19 839	—
Berlin	28	–	—	—	7 532	—	279	—
Brandenburg exkl. Berlin	972	—	6 196	—	10 723	—	1 174	—
Pommern	9 948	—	—	—	6 153	—	3 411	—
Posen	9 784	—	1 245	—	16 040	1	9 871	1
Schlesien	27 275	3	21 416	—	38 254	2	28 824	—
Sachsen	31 568	3	34 764	3	97 025	6	66 930	4
Schleswig-Holstein	10 406	—	38 497	2	54 724	3	37 902	1
Hannover. . . .	77 274	5	97 345	6	181 846	12	121 646	5
Westfalen	10 411	—	62 509	1	92 013	4	58 564	2
Hessen-Nassau . .	17 733	1	37 054	1	43 296	1	31 314	—
Rheinprovinz inkl. Hohenzollern . .	59 639	3	106 604	3	94 580	3	100 827	4
Sa. Preußen	275 404	16	416 911	16	675 800	35	486 900	17
Bayern: Altbayern	6 644	–	18 750	1	27 268	1	29 973	—
Schwaben	13 858	2	27 189		114 484	5	63 694	6
Franken .	—	—	61 575	3	40 942	1	55 074	3
Pfalz . .	38 716	6	56 777	5	83 410	6	32 252	—
Sa. Bayern	59 218	8	164 291	9	266 104	13	181 593	9
Sachsen	40 832	4	64 316	3	161 348	10	112 514	3
Württemberg . .	7 400	–	62 475	4	118 047	8	77 886	3
Baden	87 575	7	93 249	5	121 831	9	82 358	—
Hessen	17 402	1	54 334	5	91 470	7	59 776	3
Meckl.-Schwerin .	20 299	2	13 097	1	24 394	2	8 876	1
Sachsen-Weimar .	11 239	1	13 194	1	36 456	3	20 857	—
Meckl.-Strelitz . .	7 213	1	5 626	—	—	–	2 000	—
Oldenburg . . .	4 125	–	9 961	—	22 099	1	14 667	—
Herzogtümer . . .	51 171	3	42 002	3	81 991	6	62 931	2
Fürstentümer . .	9 610	1	141 177	1	28 105	3	14 852	2
Freie Städte. . .	19 613	1	30 776	2	48 489	2	31 998	—
Elsaß-Lothringen .	3 186	—	—	—	1 845	–	20 599	2
Sa. Deutschland	614 287	45	997 033	51	1 677 979	99	1 177 807	42

Staaten und größere Landesteile	1893		1898		1903		1907	
	abg. St.	Stich	a. g. St.	Stich	abg. St.	Stich	abg. St.	Stich
Ostpreußen . . .	10 288	—	1 715	—	8 890	1	16 733	1
Westpreußen . . .	5 572	—	33 070	2	38 421	1	42 744	2
Berlin	5 693	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg exkl. Berlin	7 593	1	8 168	1	35 016	2	46 347	4
Pommern	496	—	—	—	2 979	—	2 953	—
Posen	30	—	13 574	—	—	—	—	—
Schlesien	7 736	—	6 941	—	9 226	—	39 717	1
Sachsen	74 737	5	61 210	3	84 390	4	* 77 828	6
Schleswig-Holstein	24 506	2	30 507	2	35 347	1	43 969	2
Hannover	117 424	7	111 816	6	130 617	9	164 296	9
Westfalen	79 551	3	81 586	4	108 673	1	127 824	1
Hessen-Nassau . .	37 715	2	30 719	2	55 841	3	69 908	1
Rheinprovinz inkl. Hohenzollern . .	93 795	4	87 720	4	155 334	4	226 703	3
Sa. Preußen	465 136	24	467 026	24	664 734	26	859 022	30
Bayern: Altbayern	15 365	—	7 767	—	23 038	—	55 720	1
Schwaben	66 161	6	36 278	2	27 982	—	33 950	—
Franken .	43 933	2	17 228	—	53 963	3	38 090	2
Pfalz . .	15 795	—	42 489	4	53 573	3	49 647	1
Sa. Bayern	141 254	8	103 762	6	158 556	6	176 707	4
Sachsen	49 554	2	101 948	4	106 507	—	225 034	6
Württemberg . .	68 621	2	56 240	2	61 403	1	59 395	2
Baden	84 630	4	90 189	3	103 530	4	112 136	2
Hessen	55 618	3	38 386	3	68 865	6	83 016	4
Meckl.-Schwerin .	7 371	—	11 036	1	6 704	—	16 357	1
Sachsen-Weimar .	15 924	1	8 696	1	20 422	2	17 653	1
Meckl.-Strelitz . .	—	—	—	—	—	—	—	—
Oldenburg . . .	12 112	1	11 728	—	2 769	—	16 301	—
Herzogtümer . . .	57 514	5	44 724	1	63 184	3	59 842	3
Fürstentümer . .	9 689	2	13 308	2	11 057	1	38 629	3
Freie Städte . . .	9 858		29 003	—	40 011	—	29 148	—
Elsaß-Lothringen .	19 699	1	8 144	—	17 093	1	22 344	—
Sa. Deutschland	996 980	53	984 190	50	1 324 855	50	1 715 584	56

* Einschl. Kobelt (wildliberal).

Die seit 1871 abgegebenen Stimmen verteilen sich auf die Parteien und Gruppen wie folgt:

Abgegebene Stimmen:	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907
Konservative	536 257	353 395	522 965	742 303	812 185	861 063	1 147 200	895 103	1 038 353	859 172	914 269	1 060 209
Deutsche Reichspartei	347 864	390 999	424 228	790 062	381 781	387 687	736 389	482 314	438 435	348 642	371 235	471 863
Liberale Reichspartei	274 068	98 072										
Liberale Gruppe					12 797							
Liberale ohne Parteistellung	77 269	92 618	85 388	116 644	103 112	(10 296)	(24 191)	(27 236)	(10 794)	(20 266)	26 881	
Centrum	718 248	1 438 792	1 844 415	1 316 599	1 477 033	1 282 006	1 516 222	1 342 113	1 468 501	1 455 139	1 876 092	2 179 743
Nationalliberale	1 128 289	1 394 020	1 446 363	1 296 137	614 287	997 033	1 677 979	1 177 807	996 980	971 302	1 324 855	1 637 048
Liberale Vereinigung					450 166							
Gruppe Löwe-Berger			89 337	69 376								
Fortschritt	348 833	458 067	402 710	388 007	645 851	(18 401)	(21 243)	(11 407)	(1 102)			
Freisinnige Partei						997 004	973 104	1 159 915	(5 060)			
Freisinnige Vereinigung									258 481	195 682	234 189	358 320
Freisinnige Volkspartei									666 439	558 314	588 239	736 006
Volkspartei	50 112	39 110	44 894	68 990	103 665	96 891	88 818	147 570	166 757	108 528	91 217	188 607
Sozialdemokraten	101 927	351 670	493 447	437 158	311 961	549 990	763 128	1 427 298	1 786 738	2 107 076	3 010 771	3 259 020
Partikularisten: Partikularisten	6 968	18 614	11 652	2 286					(9 110)	(8 371)	6 012	
Partikularisten: Welfen	73 470	72 091	85 591	106 555	86 704	96 388	112 827	112 675	101 810	105 161	94 252	
Partikularisten: Autonomisten		44 415	50 829	48 889	5 800				70 507	250 693	232 384	
Protestler: Dänen	21 143	19 856	17 277	16 145	14 398	14 447	12 360	13 670	14 363	15 439	14 843	
Protestler: Elsässer		190 130	149 147	130 494	147 191	165 571	233 685	101 106	114 702	107 415	101 921	
Protestler: Polen	176 342	208 797	216 157	216 148	200 734	208 188	219 973	246 773	229 531	244 128	347 784	453 568
Antisemiten							(11 663)	47 536	263 861	284 250	244 543	248 534
Christlich-sozial				2 310	1 692							
Bund der Landwirte												223 996
Handwerkerpartei		283	3 929	456	505	(872)			(6 392)			
Unbestimmt	25 725	19 295	12 692	12 889	2 789	12 687	51 842	74 610	124 970	106 483	35 103	494 571
	3 886 515	5 190 254	5 401 021	5 650 947	5 097 760	5 662 957	7 540 938	7 228 542	7 673 973	7 752 693	9 495 587	11262776

Sachregister.

(Die Ziffern geben die Seitenzahlen an.)

Abzahlungsgeschäfte 58
Akademische Freiheit 82
Aktienrecht 20
Altersversicherung 46
Antinationale Bestrebungen 78
Antisemiten 55
Arbeiterbewegung, nationale 96
Arbeiterfürsorge 27. 32. 34. 36. 41. 66. 71. 93
Arbeiterschutz 47. 66. 95
Arbeiterversicherung 58. 61. 66. 95
Arbeiterwohnungen 70
Arbeitgeber und Arbeiter 77
Arbeitsnachweis 95
Arbeitszeit, Beschränkung 95
Arbeitsvertrag 95
Armenwesen 34. 36. 42. 54
Assessorenparagraph 70
Auktionswesen 77. 94
Ausverkaufswesen 77. 84. 94
Auswärtiges Amt 98
Auswärtige Politik 32. 47. 98

Bankerott 59
Bankgesetzgebung 67
Bauernstand 34. 66
Bauforderungen 77
Bauhandwerkerschutz 59. 84. 94
Beamte 11. 40. 47. 53. 97
Beamtenvereinigungen 59 94
Befähigungsnachweis 58. 60
Behördenorganisation (s. Verwaltung)
Bergarbeiterschutz 71
Berufsvereine 95
Berufung in Strafsachen 96
Besitzsteuer, allgemeine 99
Betriebsmittelgemeinschaft 92
Binnenwasserstraßen (s. Wasserstraßen)
Bismarck 50
Börsengesetz 74. 77. 92
Börsensteuer 33
Branntweinsteuer 33. 45
Brennerei 33. 62
Budgetrecht 11
Bund, norddeutscher (s. Nordd. Bund)
Bürgerliches Gesetzbuch 15. 46. 65

Chinawirren 73

Dänen 69. 96
Dernburg 86
Detailreisende 59
Diäten 11
Differenzeinwand 74
Doppelbesteuerung 57
Dreibund 47
Dreiklassenwahlrecht (s. Landtagswahlrecht)

Ehegesetzgebung 28. 92
Einzelstaaten 99. 41
Eisenbahnen 26. 36. 42. 53. 62. 70. 71 72
Eisenbahntarife 57. 62. 93
Erbrecht 58
Erzberger 86
Evangelische Kirche 43. 62

Fabrikinspektion, weibliche 94
Fachschulen 36. 57. 58. 62. 72
Fakultäten, Lehrfreiheit 62. 92
Finanzreform (s. a. Reichsfinanzreform)
Flotte 65. 73. 96
Flüsse, Schiffbarmachung und Regulierung 42. 53. 57. 92
Fortbildungsschulen 58. 62. 72. 94
Fraktionsgeist 50
Frauenarbeit 95
Freihandel 28
Freikonservative Kartell 1887 u. 1890 37. 44
Freisinnige Vereinigung 82

Freizügigkeit 11. 33. 66
Friedenspräsenz 37. 38

Gefängnisarbeit 94
Geistliche, Gehaltsverhältnisse 54. 70
Gemeinden, Entlastung 25. 35. 41 52. 71
Gemeindeverwaltung, Reform 12. 29. 82
Generalstab 86
Genossenschaftsgesetz 45. 66
Genossenschaftswesen, landwirtschaftliches 36. 57. 93
Geschäftsgeheimnisse 59
Geschworenengerichte 12
Getreidehandel, Verstaatlichung 67. 69
Getreidezölle 41
Gewerbeaufsicht 94
Gewerbefreiheit 36. 60
Gewerbegerichte 75
Gewerbesteuer 41
Gewerbeordnung 12
Goldwährung 62
Grund- und Gebäudesteuer 28. 35. 41. 57
Grundeigentum, Verfügungsrecht 58
Grundbesitz, kleiner und mittlerer 57
Grundkredit 57
Gutsherrliche Ortsobrigkeit 12

Handelsverträge 20. 48. 64. 67. 69. 73. 74. 76
Handwerk 34. 36. 58. 66. 77. 94
Handwerkerkammern 60. 61
Hausgewerbe 95
Hausierhandel 59. 60. 66
Heer 21. 32. 37. 47. 50. 68. 91
Heidelberger Erklärung 32. 33
Herrenhausreform 12
Hofstellen, Bildung neuer 57
Hochflutschutz 41
Hochschulen, technische 72
Hochwasserschäden 41. 70

Indemnität 4. 9
Innungen 58
Interessenvertretung 18. 36
Invaliden, Militär- 77
Invalidenversicherung 46
Jugend, nationalliberale 82. 87
Justizgesetze 21. 24

Kaiser (s. Wilhelm II.)
Kanäle (s. Wasserstraßen)
Kanalvorlage 80
Kartell von 1887 und 1890 37. 44
Katholische Kirche 35. 43
Katholiken 67. 69
Kaufmannsgerichte 77
Kinderarbeit 75. 95
Kirche und Staat 25. 30. 35. 43. 92
Kirche (s. Evang. und Kath. Kirche)
Klassenwahlsystem 17
Kleinbahnen 57. 70. 92
Koalitionsrecht 61. 66. 95
Kolonialpolitik 47. 59. 63. 91
Kolonisation, innere 57. 66
Kommunalsteuern 28. 71
Kommunalwahlrecht (s. Wahlrecht)
Kompetenzkonflikte 12. 17
Komptabilitätsgesetz 53. 70
Konfessionen, Gleichberechtigung 37. 40. 69. 92
Konservative Partei und Zentrum (s. a. Kartell 1887 und 1890) 80
Konkursausverkäufe 59
Konkursordnung 59
Konsumvereine 59. 60. 94
Kornlagerhäuser 70
Krankenversicherung 75
Kredit (s. Personal- und Realkredit)
Kreisordnung, Reform 17
Krieg 1866 und seine Erfolge 5
Kulturkampf (s. Maigesetze)
Kunst 67. 72

Laiengerichte 96
Landesmeliorationen 35. 41. 53. 57. 70. 93
Landgemeindeordnung 26. 35. 42. 52
Landtagswahlrecht 80
Landwirtschaftliche Notlage 32. 56. 62
Landwirtschaftlicher Unterricht 42. 57
Legalitätsprinzip, Einschränkung 96
Legislaturperiode, Verlängerung 46
Lehrer, Befreiung v. d. Beiträgen zu Witwen- und Waisenkassen 41
Lehrerbesoldung 53. 62. 70. 83
Lehrlingswesen 36. 58. 84. 94
Liberalismus 13. 30. 75. 83. 88

Maigesetze 25. 30
Matrikularbeiträge 53
Medizinalwesen, Reform 53. 72
Meliorationen (s. Landesmeliorationen)
Militäretat (s. Heer)
Militärpensionsgesetz 77
Militärstrafprozeß 66
Minderjährige, strafrechtl. Behdlg. 96
Ministerverantwortlichkeit 11

Mittelstand
51. 52. 56. 59. 60. 66. 71. 77. 84. 93
Monopole 46

Nachtarbeit 95
Nationalverein
Programm 1859 3
Wahlaufruf 1866 8
Nebenbahnen 36. 57
Nebenregierung 85. 92
Norddeutscher Bund 7. 8. 9. 10. 14
Nordmark (s. Dänen)

Offiziersvereinigungen 59
Opposition 6
Ostmarken (s. Polen)

Parität 61
Partei, nationalliberale (s. a. Liberalismus)
Grundsätze 9. 10. 91. 92
Verhältnis zur Regierung 6. 37
„ zu anderen Parteien 14. 31
Bekämpfung des Rückschritts in jeder Form 60
Positive Mitarbeit 20. 83
Programm 9. 40. 91
Selbständigkeit und Unabhängigkeit 33. 36
Verschmelzung m. and. Parteien 33
Vierteljahrjundert des Bestehens 49
Wirtschaftl. Fragen 23. 28. 30. 48. 76
Patentgesetzgebung 20. 59
Pensionsversicherung der Privatbeamten 84
Personalkredit 57. 66. 94
Persönliches Regiment 98
Polen und Zentrum 54. 56. 67. 69. 80. 91. 96
Polizeigewalt 12. 35. 42. 53. 71
Presse
Abschaffung der Kaution und Steuer 12
Preßfreiheit 10
Preußen
Unterordnung des Nordens 5
Beruf zur Führerschaft 7
und das Reich 40
Privatbeamte 77. 84. 95
Provinzialverfassung 42

Realkredit 11. 36
Rechtseinheit 46
Reichsamt des Innern 74
Reichsarbeitsamt 94
Reichsbeamte, Gehälter 70. 71. 77
Reichsfinanzreform 56. 61. 70. 83
Reichstag, Rechte 33
Reichstagsauflösung 22. 38. 84. 85
Reichstagswahlrecht (s. Wahlrecht)
Reichsvereinsgesetz (s. Vereinsgesetz)
Reichsverfassung 11
Reichsvermögenssteuer (s. Vermögenssteuer)
Religionsunterricht 54. 61. 92
Rentengütergesetz 52
Richter, unabhängige 40
Roeren 86
Rüstungen (s. Militäretat)

Schiedsgerichte, kaufmänn. und gewerbliche 95
Schuldentilgung
Reich 47. 70
Preußen 70
Schule
und Kirche 25. 30. 36. 54. 61. 92
und Zentrum 54. 80
Schulgesetz 42. 62. 69. 97
Schulkompromiß 1904 81
Schullasten 36. 41
Schulunterhaltungsgesetz 53. 72. 80. 81. 82
Schutzzoll 28
Sekundärbahnen (s. Nebenbahnen)
Selbstverwaltung 6. 12. 17. 26. 35. 36. 42. 49
Septennat 37
Seuchengesetzgebung 57. 94
Simultanschule 61. 81
Sklavenhandel 47
Sozialdemokratie 22. 31. 47. 55. 67. 70. 78. 79. 88. 89. 90
Sozialistengesetz, Verlängerung 33. 34
Sozialpolitik 27. 31. 34. 46. 48. 75. 77
Sparsamkeit 26. 40. 53. 92
Staatsgerichtshof 12
Stempel bei Grundbesitz 41
Steuern
direkte 25. 28. 36. 47
indirekte 25. 28
Steuerpflicht, der untersten Stufen 41
Steuerreform
Reich 15. 23. 28. 30. 41. 51. 53
Preußen 35. 36. 39. 41. 71
Stimmrecht 32
Stolgebühren 54
Strafgesetzbuch 21. 96
Strafrechtsreform 96
Strafprozeßreform 96
Strafvollzug 92
Submissionswesen 59 94

Tabakmonopol 28
Toleranz, religiöse 69
Treue zu Kaiser und Reich 26 30. 31. 48. 65. 91

Umsturz, Abwehr 55
Ultramontanismus 54. 55. 61. 67. 68. 69. 78. 88
Unfallversicherung 27. 32. 34. 45
Ausdehnung auf das Handwerk 58
Universitäten 72
Unlauterer Wettbewerb 59. 77
Unschuldig Verurteilte, Entschädigung 92
Unterrichtsgesetz (s. Schulgesetz)
Unterstützungswohnsitz 33
Untersuchungshaft 96

Verantwortlichkeitsgesetz 20
Verbandswesen, großgewerbliches 93
Vereinsgesetz 59. 61. 66. 70
Verfassung
des Norddeutschen Bundes 10. 14
des Reiches 11. 18
der Einzelstaaten 27
preußische 11. 12. 25
Verfassungskonflikt 9
Verkehrswesen (s. a. Eisenbahnen) 36. 92
Vermögenssteuer 99
Versammlungsrecht 92. 96
Versicherungswesen 57
Versteigerungswesen 77. 94
Verwaltung 20. 25
liberale 6
gesetzestreue 13
Viehzucht, Hebung der 57
Volk, verfassungsmäßige Rechte 5. 46. 49. 66
Volksschule, staatliche Aufsicht 43
Volksschulunterricht, Unentgeltlichkeit 34 41
Volksschullehrer-Hinterbliebenen 41. 71
Volksschulunterhaltung 72
Volksvertretung, Rechte 27. 30. 32

Wahlgeheimnis 92
Wahlperiode, fünfjährige 46
Wahlrecht, allgemeines 10. 11. 46. 66 71. 91. 96
Wahlrecht, preuß. 17. 97
Währung 62. 67. 69
Waisenversicherung 77. 95
Wanderlager 59
Wasserrecht 53
Wasserstraßen 42. 53. 57. 62. 72. 73. 80
Wegeordnung 36. 53
Wegeverbände 34
Wein 62. 93
Wilhelm I., Attentat 22
Wilhelm II., Thronbesteigung 40
Wilhelm II., persönliches Regiment 98
Wirtschaftlicher Aufruf 63
Wirtschaftliche Fragen und Partei 28. 30. 48. 76
Wissenschaft 40. 67
Witwen- u. Waisenversicherung 77. 95
Wohnungsfrage 95
Wucher 58. 66

Zeitungen, Abschaffung der Kautionen und Steuer 12
Zentralgenossenschaftskasse 70
Zentrum 72. 75. 80. 84. 85. 88. 89. 90
Zeugenschutz 96
Zeugniszwang 96
Zollfragen (kein Teil des politischen Programms) 23. 28. 30
Zollgesetzgebung 32. 76. 93
Zolltarif 73. 74. 76. 79
Zuckerfabrikation 62
Zuckersteuer 45
Zwangsinnungen 60
Zwangsvergleich 59
Zweijährige Dienstzeit 50

Buchhandlung
der Nationalliberalen Partei G. m. b. H.
Berlin W. 9, Schellingstraße 9.

In unserem Verlage erschien:

Arthur Dix

Der Bund der Landwirte

Entstehung, Wesen und politische Tätigkeit

8°. 68 Seiten. Preis: 1,— Mark.

Die öffentliche und geheime Wirkung des Bundes der Landwirte ist in den letzten Monaten wieder doppelt fühlbar geworden. Was ist der Bund eigentlich für ein Gebilde, welche Strebungen und Entwicklungsmöglichkeiten sind in ihn bei seiner Gründung hineingelegt worden? Arthur Dix untersucht das in einer handlichen Schrift, die soeben unter dem Titel: „Der Bund der Landwirte Entstehung, Wesen und politische Tätigkeit", im Verlag der Buchhandlung der Nationalliberalen Partei (Berlin W. 9, Schellingstr. 9, Preis M 1,—) erscheint. Dix verfolgt den Werdegang des Bundes von dem Geburtsschrei an, der von dem schlesischen Gutspächter Ruprecht auf Kansern ausgestoßen wurde. „Wir müssen schreien!", so proklamierte Ruprecht am 21. Dezember 1892. Es war die Zeit, da mit dem Uebergange der Landwirte in das sozialdemokratische Lager gedroht wurde. Wer geschichtliche Parallelen zu ziehen gewohnt ist, mochte bei dem Sturm und Drang der Anfänge des Bundes an die großen Bauernbewegungen des 16. Jahrhunderts denken. Aber die Entwicklung nahm doch sehr bald unter der straffen Zügelführung politisch überlegener Großgrundbesitzer eine andere Richtung. Nicht ein kleiner Pächter oder Bauer, sondern Freiherr von Wangenheim-Klein-Spiegel unternahm es, dem Gedanken einer berufsständischen Organisation der Landwirtschaft Gestalt zu geben. Schon am 4. Februar 1893, als eine Vorversammlung im Klub der Landwirte in Berlin stattfand, hörte man den Namen des konservativen Abgeordneten von Ploetz-Döllingen als den des Vorsitzenden und auch Dr. Roesicke-Görsdorf trat damals schon auf. In der Organisation wurde so von Anfang an eine weitgehende Personalunion mit konservativen Politikern hergestellt. Am 18. Februar 1893 fand dann die Tivoli-Versammlung in Berlin statt, durch die der Bund sein Programm erhielt. Von diesen Anfängen führt uns Dix's Schrift zu den Reichstagswahlen vom Jahre 1893, in denen der Bund sich zum erstenmal in großem Maßstabe politisch hervortat, zu den Kämpfen um den russischen Handelsvertrag, zum Antrag Kanitz, der am 7. April 1894 zum erstenmal eingebracht, dem Reiche das Monopol für die Getreideeinfuhr und außerdem die Bemessung der Verkaufspreise übertragen wollte, zu den Kämpfen um den neuen autonomen Zolltarif, gegen den schließlich die Mitglieder des Bundes der Landwirte stimmten, weiter bis zur Kanalvorlage, dem Margarinegesetz und endlich zur Bekämpfung der Erbschaftssteuer im letzten Jahre. Die Agitation des Bundes im Mittelstande, in der Lehrerschaft, sein Kampf gegen Börse und für Bimetallismus, sein Verhältnis zur inneren Kolonisation bis zu der denkwürdigen Gnesener Versammlung vom 17. März 1909 werden dargestellt. Besonders lehrreich ist der Nachweis, wie mancherlei Hasen der Bund mit großem Hallo gejagt hat, — zum Teil wohl nur, um seinen Anhängern etwas zu bieten — ohne das Wild zu erlegen. Das alles wird nicht in engherziger Gegnerschaft, sondern mit der Fähigkeit, die Dinge objektiv und geschichtlich zu betrachten, erörtert. Die Sorgen der Landwirtschaft werden nicht mißachtet, sondern als eigene Sorgen empfunden. In den Schlußworten setzt sich Dix mit der Denk- und Handelsweise des Bundes folgendermaßen auseinander: „Die Bedeutung der Landwirtschaft für die gesamte Volkswirtschaft, die gesamte soziale Struktur unseres Volkes und die Richtung unserer gesamten Politik wird von nationalliberaler Seite restlos gewürdigt; aber jene verhetzende und zersetzende Agitation, die nicht nur auf die berechtigten Interessen der anderen Berufsstände und Bevölkerungskreise keinerlei Rücksicht nimmt, sondern in ihrer extremen Einseitigkeit auch die Durchsetzung der landwirtschaftlichen Interessen selbst immer und immer wieder gefährdet hat, kann zum Heile der Landwirtschaft und zum Wohle des Vaterlandes nicht unterstützt und in ihren Ausschweifungen auch nicht stillschweigend geduldet werden."

Buchhandlung
der Nationalliberalen Partei
G. m. b. H.
Berlin W. 9 **Schellingstr. 9**

In unserem Verlage erschien:

Paul Zimmermann:

Das Zentrum, seine Entstehung, Wesen und politische Tätigkeit.

8°. 64 Seiten. Preis: 1,— Mark.

Der Verfasser hält dem Zentrum einen Spiegel vor aus seiner Geschichte. Er begleitet es von den ersten Ansätzen, wie sie in der Gründung des Wahlkomitees der Katholiken mit einem Programm vom April 1848 zu beobachten waren, von den Forderungen der zu Würzburg im Oktober und November desselben Jahres vereinigten Bischöfe, den sogenannten Würzburger Forderungen, bis zur Bildung der „Katholischen Fraktion" im preußischen Abgeordnetenhause im November 1852, weiter über den Erlaß des Syllabus hin zu den Programmvorschlägen Peter Reichenspergers vom Juni 1870, die zur Aufstellung des Soester Programms vom Oktober 1870 führten, dann zur Gründung der Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses im Dezember 1870, die sich auf Vorschlag von Savigny und August Reichensberger als Zentrum (Verfassungspartei) bezeichnete, zum Aufruf dieser Fraktion für die Wahlen zum Reichstag 1871 und zur Bildung der Reichstagsfraktion des Zentrums in dem März 1871 gewählten Reichstag. Es wird dann weiter die parlamentarische Geschichte der Partei verfolgt, die Zeit ihrer grundsätzlichen Opposition, der Umschwung Ende der 70er Jahre, die Zeit der „positiven Mitarbeit", der Vormachtstellung, endlich des Sturzes durch die Auflösung 1906 und die Wahlen von Anfang 1907. Neben der parlamentarischen Tätigkeit der Partei werden die Weltanschauungsgrundlagen nicht vernachlässigt, wie denn der Verfasser mit Recht die eigentlichen Wurzeln des Zentrums in dem „Sinne des deutschen Volkes für kirchliche Frömmigkeit" sieht und zwar in einer besonderen konfessionellen Art dieser Frömmigkeit, einer Art, die sich auch mit dem Gesamtumfange der katholischen Konfession noch nicht deckt, sondern innerhalb ihrer wieder eine eigene Ausprägung darstellt. Das Buch empfiehlt sich gleicherweise zur gesammelten Lektüre wie zum Nachschlagen und kann den politischen Organisationen wie den einzelnen Politikern wärmstens empfohlen werden.

Mathias Erzberger und der Militär-Etat

Nach den stenographischen Berichten des Reichstags.

8°. 28 Seiten. Preis: 25 Pfennig.

Druck von Emil Nagel, Berlin SW. 68.